

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis vierteljährlich 1.10 Mk., monatlich 30 Pf., freier und gratis, einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit beiliegendem Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Einmalige Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserations-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Berichte und Versammlungs-Berichte 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Streifen- und Schloß-Beleg-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Darwin.

12. Februar 1809 — 19. April 1882.

Kein anderes Prinzip hat sich für die Wissenschaft des letzten Jahrhunderts so fruchtbar erwiesen wie das der natürlichen Entwicklung. Seine höchsten Triumphe feierte aber dieser Gedanke auf den Gebieten der Biologie und der Gesellschaftslehre in den Lehren von Charles Darwin und von Karl Marx.

Es ist daher auch kein Zufall, daß sich so oft die Angriffe gegen den Darwinismus mit denen gegen die Sozialdemokratie vereinigen. So hat Professor Reinke in der unwürdigen Rede, die er am 10. Mai 1907 im preussischen Herrenhause gegen Haackel hielt, den alten Bortwurs Birchows wieder aufgenommen und den Monistenbund als eine Organisation von Kräften bezeichnet, die „analog dem Vorgehen der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete, auf geistigem Gebiete umfänglich vorzugehen sich anschickte gegen das, was bisher in den Kirchen und Schulen aller Konfessionen gelehrt wird, insbesondere gegen die christliche Weltanschauung, die nach § 14 der preussischen Verfassung bei denjenigen Einrichtungen des Staates, die mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, zugrunde gelegt werden sollen“.

Vorsichtig hat es hier allerdings der Herr Professor vermieden, gegen den Darwinismus selbst zu Felde zu ziehen; aber aus dem ganzen Zusammenhang geht hervor, daß er in der Tat die Entwicklungslehre, besonders in ihrer Anwendung auf den Menschen im Auge hat, wenn er auf Haackels unwissenschaftliche Verallgemeinerungen losschlägt und seinen erlauchten Hörern durch Verufung auf die Sozialdemokratie Grauen einzuflöhen sucht.

Freilich hat Haackel ganz recht, wenn er sich gegen diese Nebeneinanderstellung nach Kräften wehrt, und wir können ihm nur bestätigen, daß wir mit seinem „Monismus“ und gar mit seinem „Monistenbund“ nichts zu tun haben. Andererseits zeigen aber die Verfechter und Lobredner der bestehenden Gesellschaftsordnung doch eine richtige Bitterung, wenn sie auch dem Darwinismus nur mit dem größten Mißtrauen entgegenkommen.

Zunächst ist es die Religion, die ihnen von beiden Mächten bedroht erscheint. Zwar verlangt die Sozialdemokratie als politische Partei nicht die Abschaffung der Religion, sondern nur ihre Erklärung zur Privatsache und der Darwinismus an und für sich führt, wie das Beispiel Darwins selbst zeigt, noch nicht notwendig zum Atheismus. Aber den Herren ist es ja auch nicht um die Religion als Befriedigung eines metaphysischen Bedürfnisses des einzelnen Menschen zu tun, sondern um die Erhaltung des kirchlichen Glaubens als Herrschaftsmittel. Dieser wird aber allerdings durch die Darwinsche Lehre direkt bedroht.

Als Napoleon den großen Mathematiker und Physiker Laplace fragte, welche Rolle er in seiner Weltentstehungstheorie dem göttlichen Willen eingeräumt habe, soll dieser geantwortet haben: „Wir bedürfen dieser Hypothese nicht“. In der Tat räumte die von Kant und Laplace aufgestellte Theorie mit der Vorstellung gründlich auf, als ob die Welt, so wie sie heute ist, durch einen göttlichen Wortspruch aus dem Nichts herborgezauert worden wäre. Noch aber blieb auch dann ein Bereich der Natur, das einen sichtsicheren Beweis für eine auferweltliche, schöpferische Macht zu bieten schien: das Reich des Lebens. Besonders die hier überall zutage tretende Zweckmäßigkeit und Harmonie schienen einen Schöpfer voraus zu setzen, der dem Lebenden die Zwecke setzte und es mit den Organen und Fähigkeiten ausstattete, um diese Zwecke zu erreichen und zu verwirklichen.

Es ist nun das unsterbliche Verdienst Darwins, gezeigt zu haben, daß man auch auf diesem Gebiet organischer Zweckmäßigkeit der Hypothese göttlichen Waltens nicht bedarf, daß man auch hier mit den Faktoren auskommt, die uns aus der täglichen Erfahrung bekannt sind. Sehr richtig hat auf diese Bedeutung von Darwins Hauptwerk bereits sein persönlicher Freund, der berühmte englische Geologe Lyell, hingewiesen, indem er bei einer Versammlung der geologischen Section der British Association im Jahre 1859 das Erscheinen der „Entstehung der Arten“ mit den Worten ankündigte: „Neber diesen schwierigen und geheimnisvollen Gegenstand wird in sehr kurzer Zeit ein Werk von Mr. Ch. Darwin erscheinen . . . in welchem er zu der Schlussfolgerung gelangt, daß diejenigen natürlichen Kräfte, welche Rassen und permanente Varietäten bei Tieren und Pflanzen entstehen lassen, die nämlichen sind wie diejenigen, welche in viel längeren Perioden Spegels und in noch längeren Reihen von Jahrtausenden Verschiedenheiten von Gattungswert hervorbringen.“

Ob die von Darwin aufgestellte und verfochtene Theorie der natürlichen Auslese im Kampfe ums Dasein richtig und zur Erklärung der Entwicklung ausreichend ist, tritt, wie er selbst wiederholt betont hat, gegenüber der Wichtigkeit der Frage, ob man mit übernatürlicher Schöpfung rechnen müsse, oder mit natürlicher Entwicklung, weit zurück. Dieser Nachweis aber ist von Darwin erbracht worden und seither berart bestätigt und gestärkt, daß er ernstlich nicht mehr angefochten werden kann.

Nur in zwei Punkten suchen die Verteidiger einer göttlichen Weltanschauung noch Stützen für ihre Anschauung. Sie behaupten die Unmöglichkeit der „Urzeugung“ und die Göttlichkeit der menschlichen Seele. Nun ist es ja richtig, daß es uns noch nicht gelungen ist, Lebendiges aus unbelebtem herzustellen und wir Leben nur von Leben abstammen sehen; aber stellen wir uns vor, ein wilder Volksstamm, der die

Kunst des Feuermachens durch Reibung zweier Holzstücke noch nicht kannte, sondern jeden Feuerbrand an einem früheren ansiedeln mußte, hätte bereits die nötige Fähigkeit zu abstraktem Denken besessen, dann wäre bei ihm sicherlich die Vorstellung herrschend geworden, Feuer könne nur von Feuer abstammen und sei ursprünglich durch den Blitz vom Himmel auf die Erde gekommen. Heute erscheint uns eine solche Vorstellung kindlich, weil wir schwedische Streichhölzer besitzen. Nichts schließt aber aus, daß unsere Nachkommen dereinst dazu gelangen werden, aus unbelebtem Leben zu erzeugen.

Was nun den zweiten Einwand betrifft, die ungeheure Kluft zwischen der Seele des Menschen und den Lebensäußerungen des Tieres, so haben wir einsehen gelernt, daß einer nicht von Vorurteilen verblendeten Beobachtung diese Unterschiede viel geringer erscheinen, als man früher stets annahm. Auf der einen Seite haben wir Menschenrassen kennen gelernt, deren geistiges Leben tief unter dem des erwachsenen normalen Europäers steht, wir sind aber auch darauf aufmerksam geworden, daß der Geist des Kindes Stadien durchläuft, die mit dem der Tiere große Verwandtschaft aufweisen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch einsehen gelernt, daß die Tiere durchaus nicht nur von blinden Instinkten geleitet werden, daß auch bei ihnen Verstand und Ueberlegung viel weiter ausgebildet sind, als man früher annahm. Selbst Sprache und Moral, die man so lange als ausschließliche Privilegien der Menschheit in Anspruch nahm, finden bereits im Tierreich ihre Vorstufen und Anlagen. So wurde an beiden Seiten die Kluft immer mehr verengt, bis sie endlich fast ganz geschwunden ist und auch hier die Erklärung durch natürliche Ursachen ihren Triumph feiert.

Damit ist nun allerdings die Religion in ihrem innersten Kern getroffen. Nicht nur können wir heute die religiösen Vorstellungen bis zu ihren primitivsten Anfängen zurückverfolgen, die dem Wilden aller Wahrscheinlichkeit nach mit den höchst entwickelten Tieren gemeinsam sind, wir müssen auch das religiöse Bedürfnis psychologisch zurückverfolgen und finden seinen Kern in der instinktiven Angst vor im Dunkel der Nacht nahenden Gefahren. Aus dieser Angst hat sich die Göttergötterfurcht entwickelt, diese aber ist die Quelle, der Ursprung aller Religion.

Diese Theorie über die Entstehung der religiösen Bedürfnisse und Vorstellungen hat zwar die Entwicklungslehre zur Voraussetzung, sie ist aber keine unmittelbare Folgerung aus ihr, und wenn die Pfaffen der verschiedenen Konfessionen gegen den Darwinismus eifern, so haben sie auch nicht diese Theorie vor Augen, sondern den Widerspruch, in dem die neue Lehre unmittelbar mit dem allhergebrachten Kirchenglauben steht. In dieser Hinsicht ist aber der zitierte Ausdruck des strebsamen Herrn Reinke ungenau bezeichnend, der an die Interessensolidarität zwischen Staats- und Kirchengewalt appelliert.

Die Furcht vor Erschütterung der kirchlichen Autorität, dieser mächtigsten ideologischen Waffe der Klassenherrschaft gegen die Ansprüche und Angriffe der Arbeiterschaft ist aber nicht der einzige Grund, warum sich solch tiefes Mißtrauen gegen die Darwinsche Lehre richtet und sie so oft in Zusammenhang mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie gebracht wird.

Im ersten Augenblick müßte dies geradezu verwunderlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß die liberale Wissenschaft mit solcher Energie versuchte, aus dem Darwinismus gegen die Sozialdemokratie Kapital zu schlagen. Darwins Lehre vom Ueberleben der Passendsten im Kampfe ums Dasein wurde in der Weise auf die sozialen Verhältnisse der Menschen angewendet, daß dieser Kampf aller gegen alle, das Lebensprinzip des Liberalismus, als die notwendige Vorbedingung der Entwicklung, des Fortschritts angesehen wurde. Jede Vereinfachung, ja jede Milderung dieses Kampfes müßte zu allgemeinem Stillstand und insolgedessen zum Rücktritt führen. Damit schien aber nicht nur jedes sozialistische, sondern auch schon jedes sozialreformistische Streben vom erhabenen Standpunkt der Menschheitsentwicklung aus verurteilt. Der Sozialismus hatte sich nach der Ansicht dieses Herrn auf Grund des Darwinismus als naturwidrig und somit als verderblich und in seiner Durchführung unmöglich herausgestellt.

Dabei war allerdings übersehen worden, daß in der menschlichen Gesellschaft der Kampf ums Dasein unter wesentlich anderen Bedingungen vor sich geht als in der freien Natur. Die menschlichen Individuen treten einander nicht als einfache Naturwesen gegenüber, die Aussichten des Kampfes hängen ungleich weniger von den persönlichen Fähigkeiten ab als von der sozialen Lage, in die der Mensch hineingeboren wird. Das Arbeiterkind, das die herrlichsten geistigen, moralischen und physischen Eigenschaften mitbringt, mag im Elend verkommen, während der degenerierte und stumpfsinnige Sprößling reicher und vornehmer Eltern vielleicht zu den höchsten Ehren emporsteigt. Unter diesen Umständen von einer Auslese der Tüchtigsten im Kampfe ums Dasein zu sprechen, ist die reinste Ironie oder Torheit.

Aber auch in der Natur hat Darwin den Kampf ums Dasein nicht lediglich als ein gewalttätiges Riederringen des schwächeren Nivalen durch den stärkeren aufgefaßt. Er selbst hat bereits in seinem berühmten Werk über die Abstammung des Menschen ausführlich darauf hingewiesen, daß bei gesellig lebenden Tiergattungen der Zusammenhalt, die Solidarität, eine der wichtigsten Waffen im Kampfe ums Dasein bildet. Zu diesen Tierarten gehört aber in erster Linie der Mensch, dessen Entwicklung also nicht so sehr durch die Ausbildung seiner rein selbstsüchtigen Triebe und Instinkte gefördert wird, als durch die seiner Anlagen zu

Sympathie, zu Solidarität. Dieser Gedanke wurde später besonders von Kropotkin in seinem schönen Buch über „Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung“, von dem jüngst auch eine Volksausgabe erschienen ist, ausgeführt und begründet. Er zeigt, wie die gegenseitige Hilfe schon im Tierreich eine mächtige Rolle spielt in der Verteidigung und Weiterentwicklung, wie dieser Faktor aber gerade beim Menschen seine höchste Ausbildung und Bedeutung erlangt. Kautsky hat dann in seiner „Ethik“ nachgewiesen, wie die Ausbildung der sympathischen Gefühle durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt wird, insbesondere durch die Interessengemeinschaft innerhalb aufstrebender Klassen.

Dem im Klassenkampfe stehenden Sozialdemokraten mußte dieser Gedanke nahe liegen. Sieht er doch täglich vor sich, wie die physischen, geistigen und moralischen Kräfte des Proletariats gerade durch die Organisation gefördert, gestärkt und gehoben werden. Er mußte die völlige Haltlosigkeit der Lehre von der heilspendenden Wundermacht des erbarmungslosen Kampfes aller gegen alle am klarsten durchschauen.

So waren die liberalen Vertreter der Zuchtwahllehre auf sozialem Gebiete auf ihrem eigenen Grund und mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Aber die Zuchtwahllehre selbst, auf die jene Argumente sich stützen, wird heute allenthalben in der Biologie angefochten. Die hauptsächlichsten gegen sie prinzipiell erhobenen Einwände laufen darauf hinaus, daß sie nur die Verstärkung schon vorhandener Merkmale erklären könne, nicht aber deren erstes Auftreten, und daß sie gerade von dem charakteristischsten absteht, was die Lebensformen auszeichnet, die sie erklären will: vom Leben selbst, von der Tätigkeit der Organismen.

Wie immer man sich nun auch zu diesen Streitfragen stellen mag, die heute die theoretische Biologie beherrschen, so viel ist jedenfalls klar, daß man bei der Betrachtung des Menschen, bei der Erklärung seiner Geschichte nicht außer acht lassen darf, daß er ein handelndes, tätiges Subjekt ist, das sich selbst Zweck setzt und sie verfolgt. Freilich ist der Mensch in der Wahl dieser Ziele nicht frei, seine Entschlüsse werden durch seine Lebenslage und Umgebung bestimmt. Die Art dieses Zusammenhanges zwischen der Zweckmäßigkeit des Menschen und seiner Bestimmtheit durch die Umwelt, deren wichtigster Bestandteil wieder seine Nebenmenschen sind, die ihm hindernd oder fördernd in den Weg treten, dieses ganze scheinbar unentwirrbare Netzwerk der sozialen Zusammenhänge hat uns die geniale Geschichtstheorie unseres großen Meisters Marx vertieft gelehrt. In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, diese bestimmen wieder ihr gesellschaftliches und damit auch ihr geistiges und moralisches Sein. Die Menschen sind keine Automaten. Sie handeln nach ihren Bedürfnissen. Diese aber werden ebenso wie die Mittel zu ihrer Befriedigung durch die Produktionsweise bestimmt.

Die materialistische Geschichtsauffassung von Marx ist nicht, wie man oft behaupten hört, eine Anwendung von Darwins Zuchtwahllehre auf die menschliche Geschichte; sie steht vielmehr zu dieser im Gegensatz, indem sie den Menschen nicht wie jene lediglich als Objekt blinder Naturkräfte, sondern zugleich auch als Subjekt zwecktätigen Handelns aufsaßt, und hierin zeigt sie ihre große Ueberlegenheit.

Gemeinsam aber ist den beiden Theorien die Voraussetzung der Entwicklung, und diese ist es, die hier wie dort den Anwälten des Bestehenden ein unheimliches Grauen einjagt. Wer mit seinem Schicksal zufrieden ist, wer sich wohl fühlt, der möchte, daß es auch immer so bliebe, daß die Welt stille stehe. Sehr charakteristisch ist diese Stimmung des Gesättigten mit den Worten bezeichnet, die Richard Wagner den horriblenden Drachen Fafner sagen läßt: „Ich lieg und besitze, laßt mich schlafen.“ Der Gedanke, daß es auch einmal anders werden könnte, hat da etwas Beängstigendes, was man sich gerne vom Leibe hält. Unsere heutige Bourgeoisie kann und will den Gedanken noch immer nicht lassen, daß auch die jetzige Wirtschaftsform, der heutige Staat nur eine Etappe auf dem Wege der Entwicklung seien. Deshalb ist ihnen auch der Darwinismus unheimlich und verhasst. Denn dessen unsterblicher Kern ist nicht die Zuchtwahllehre, wie auch Darwin selbst erkannte, sondern der Gedanke der natürlichen Entwicklung, der von keinem anderen Forscher und Denker mit solcher Energie und solchem Erfolg verfochten und zur bezwingenden Herrschaft gebracht wurde wie von ihm.

Und deshalb steht Darwin uns so nahe, deshalb sympathisiert gerade die Arbeiterschaft so sehr mit seiner Lehre, die Klasse, die emporstrebt, die von der Entwicklung nichts zu fürchten hat und alles zu hoffen. Mögen sich die Bestehenden ängstlich an das Bestehende klammern. Uns gehört die Zukunft, der wir freilich nicht untätig entgegensehen. Die Entwicklung weist uns unsere Bahn. Sie zeigt uns aber nicht nur das Ziel, sie gibt uns auch die Mittel an die Hand, das Ziel zu erreichen: die Solidarität der kämpfenden Klasse.

Drum können wir mit froher Zuversicht dem kommenden entgegengehen, dem Aufstieg aus der dunklen Tiefe an das helle Licht des Sieges, und mit dem uralten Göttergötter, dem Repräsentanten der unierirdischen Elementarmacht, in Goethes „Faust“ sagen:

„Einmal noch mit Kraft gehoben,  
 Mit den Schultern drav gehoben,  
 So gelangen wir nach oben,  
 So uns alles weichen muß.“

# Reichsverbandschwindel.

Unmittelbar nach der letzten Reichstagswahl, im ersten Laune seiner Siegesfreude, feierte der Reichsverband die Latarennachricht in die Welt, der Sieg unseres Genossen W r e y in Hannover sei nur durch ein unerhörtes System von sozialdemokratischen Wahlfälschungen zustande gekommen. Wech hatte 86 113 Stimmen, sein reichsverbändlerischer Gegenkandidat Senator H i n k 12 901 Stimmen, der Mittelständler Plate 12 109 und der Welfe L u y 10 075 erhalten. Ein Wahlprotokoll wurde angehängt, so wichtiger Tatsachen voll, daß sofortige Klaffung des Reichsverbandes zu erwarten sei.

In der Tat strengten nicht weniger als zwei Rechtsanwälte ihren juristischen Scharfsinn an; aber in dem ellenlangen Protest waren wohl juristische Listeleien — wo blieben jedoch die wichtigen Tatsachen?

Rechtsanwalt Heiliger, als stellvertretender Vorsitzender des Wahlausschusses der nationalliberalen Partei, löst die Wahl an, weil mehr als 870 Wähler zu Unrecht nachträglich in die Wählerliste aufgenommen seien; nach § 3 des Reglements müßte jeder Wähler selber und zwar mit eigener Unterschrift den Antrag stellen, in Hannover seien diese Anträge vom nationalliberalen und sozialdemokratischen Wahlausschusse gestellt worden. Der nationalliberale Referent mußte selber beantragen, diesen von juristischer Unwissenheit tiefenden Protest kurzerhand abzuweisen, und ohne Debatte stimmte die Kommission diesem Todesurteil nationalliberaler Justizerei zu.

Ein zweiter nationalliberaler Rechtsanwalt und Reichsverbändler namens Kleinrath ging noch gründlicher zu Werke. Um sein juristisches Licht von vornherein nicht unter den Scheffel zu stellen, bezog er sich auf den Protest Heiliger, „dessen Begründung er sich zu eigen macht“. Mit welchem Erfolge, ist eben gesagt. Er stellte dann die Behauptung auf, die ganzen Wählerlisten müßten für ungültig erklärt werden, weil der Magistrat sie nach den Steuerveranlagungslisten angefertigt habe, eine behördliche (das heißt polizeiliche) Feststellung des Alters, der Staatszugehörigkeit usw. aber unterblieben sei. Schon vom Magistrat der Stadt Hannover mußte sich der juristische Reichsverbändler lassen lassen, daß die Wählerlisten diesmal genauso aufgestellt worden seien, wie bei allen früheren Wahlen, und daß sogar in den Fällen, wo Zweifel obgewaltet hätten, Stadtsoldaten und andere Beamten Nachkontrolle in den Häusern geübt hätten.

Auch hier passierte dem nationalliberalen Reichsverbändler das Nahe, daß der nationalliberale Referent — auch ein Rechtsanwalt — selber die Grundlosigkeit dieses Protestes hervorheben und dessen Abweisung beantragen mußte, was die Kommission auch einstimmig beschloß, weil keinerlei Vorschrift besteht, auf welchen Grundlagen die Wählerlisten anzulegen seien.

Noch eine weitere blamable Zurückweisung mußte der reichsverbändlerische Rechtsanwalt erfahren: mehr als 4000 Wähler — behauptet er — seien gegenüber der Wahl von 1906 mehr in die Wählerliste aufgenommen worden, weil „in die Listen des Jahres 1907 sämtliche Personen Aufnahme gefunden haben, deren Namen von der Polizei 1906 aus den Listen ausgemerzt wurden“.

Nach den offiziellen Listen sind 1906 78 918 und 1907 81 818 Wähler in die Wählerliste eingetragen gewesen, also nur 2900 mehr und nicht, wie die reichsverbändlerische Wahrheitsliebe versichert, „mehr als 4000“.

Ob aber die Polizei 1906 mit Recht diese „Ausmerzungen“ vorgenommen — und in wessen Auftrage — darüber gleitet der Protest mit elegantem Stillschweigen hinweg.

Aber der reichsverbändlerische Protest begnügt sich nicht mit allgemeinen Behauptungen, nein, er reicht ganze Bände von Wählerlisten ein, sorgsam registriert nach den einzelnen Polizeirevieren, welche 13 079 Wähler nach Namen, Vornamen, Beruf, Wohnung, Alter einzeln aufzählen und angeblich die Namen derjenigen Personen enthalten, „welche in den Listen des Jahres 1907, nicht dagegen in denen des Jahres 1906 gefanden haben“. Und der Reichsverbands-Rechtsanwalt besigt die Ungenauigkeit, der Kommission zuzumuten, sie solle „mit Hilfe der königlichen Polizei in Hannover“ Erhebungen über deren Wahlberechtigung veranstalten.

Diese naive Zumutung seiner reichsverbändlerischen Parteifreunde ging sogar dem nationalliberalen Referenten zu weit. Er meinte, solche Erhebungen seien nicht Aufgabe der Kommission.

Die Ungenauigkeit dieser Zumutung erhält aber ihr richtiges Bild erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß erst „von über 4000“ die Rede war, und jetzt plötzlich Listen über 13 079 Wähler vorgelegt werden.

Und interessant wird diese Tatsache weiter, wenn man sich fragt: wie so kommt der reichsverbändlerische Protestheber zur Abschrift dieser Polizeilisten?

Bereits in früheren Jahren hat der Reichstag eine solche Hilfe der Polizei zugunsten einer bestimmten Partei für unzulässig erklärt, der Protest behauptet auch gar nicht, daß er diese Listen von der Polizei erhalten habe, ganz im Gegenteil, er versichert sogar zweimal — und zwar wird diese auffallenderweise wiederholte Versicherung sogar unterstrichen — daß seine Listen „lediglich durch private Ermittlungen herbeigeführt sind“.

Auf welchem Privatwege hat der reichsverbändlerische Protestheber diese Abschrift der Polizeilisten erhalten?

An der Beantwortung dieser Frage hat schließlich die hannoversche Polizei selber ein Interesse! Oder scheint ihr solch unimige Verbindung zwischen Reichsverband und Polizei nicht kompromittierend?

Der reichsverbändlerische Rechtsanwalt D. Kleinrath ist zwar sonst sehr geschicklich; er erzählte der Wahlsprüfungskommission sogar, daß er Strafanktrag wegen Beleidigung gegen das sozialdemokratische Organ „Der Volkswille“ gestellt habe; er vergaß aber zu melden, daß es weder zu einer Anklage noch zu einer Verurteilung gekommen. Und er glaubte vielmehr weiter Stimmung bei der Wahlsprüfungskommission zu machen, wenn er beifügte, auch die Staatsanwaltschaft habe sich veranlaßt gesehen, ihn um Angabe der behaupteten Wahlfälschungen zu ersuchen und das Polizeipräsidium sei bereits in „Feststellungen über die vorgekommenen Wahlfälschungen eingetreten“. Nur schade, daß der schreibsüchtige Rechtsanwalt wiederum unterlassen hat mitzutheilen, daß der Staatsanwalt bis zur heutigen Stunde keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden hat!

Wahlfälschungen! Unmittelbar nach der Wahl erhob, wie gesagt, der Reichsverband ein fürchterliches Geschrei — was weiß der Protest, der doch wirklich nicht engherzig im Behaupten ist, darüber zu sagen?

Er führt 28 Behauptungen auf; in 5 handelt es sich um angebliche Verurtheile, in 23 Fällen um angeblich vollendete Fälle.

Und welcher Art sind diese angeblichen Wahlfälschungen? Da werden Wähler aufgeführt, die am Wahltag im Krankenhause gewesen sein und angeblich nicht gewählt haben sollen. Von einzelnen ist bereits das Gegenteil nachgewiesen; andere haben erst eine andere Wohnung angegeben (als ob nicht

bei jeder Wahl zwischen Listenaufstellung und Wahl foundsoziale Fälle von Wohnungswechsel vorkämen); andere sind angeblich polizeilich nicht gemeldet gewesen; ja sogar „ein völlig betrunkenen Mann ist von sozialdemokratischen Agitatoren zur Wahl geschleppt worden“ — aber es ist konstatiert worden, daß es sich um einen schwerkranken Parteigenossen handelte, der seine Wahlpflicht trotz seiner Krankheit erfüllen wollte!

Nicht ein einziger Fall ist mit Namen und Zeugen belegt, so daß ein gerichtliches Einschreiten möglich war — doch ein Zeuge ist genannt: der reichsverbändlerische Agitator Antiquitätenhändler A. Papenberg. Damit war's aber auch nicht; denn dieser Antiquitätenhändler ist inzwischen nach Amerika verdriftet, weil er wegen Hehlerei und Schmiedestehlen beim Diebstahl eines Platinfessels, dessen Urheber am 30. Januar 1900 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, den Boden im Lande des Reichsverbandes zu heiß fand. Sonst wäre der Ehrenmann in der Tat der würdigste Zeuge für die sozialdemokratischen Wahlfälschungen des Reichsverbandes gewesen. Vielleicht dient der Vorfall dem Herrn Rechtsanwalts Kleinrath, der natürlich von der Qualität des von ihm benannten Zeugen keine Kenntnis hatte, doch zur Warnung und Vorsicht gegen künftige Behauptungen seiner Verbandsgenossen.

Nach diesem Zusammenbruch der reichsverbändlerischen Behauptungen von dem nur durch sozialdemokratische Massen-Wahlfälschungen erzielten sozialdemokratischen Siege in Hannover ist es erklärlich, daß der nationalliberale Referent selber die Gültigkeit der Wählerlisten Wahl beantragen mußte und daß die Kommission diesem Antrage einstimmig beistimmte.

Das nennt man einen Reinsfall!

## Reich und arm im Jahre 1908.

Die „Vergleichende Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1907 und 1908“ bietet wiederum interessante Zahlen. Wir geben daraus für heute folgende Ziffern wieder:

Ein Einkommen von weniger als 900 Mark besaßen in Preußen 1908 — die eingeklammerten Zahlen geben die Zahlen des Jahres 1907 wieder — 17 957 848 (18 842 470) Personen oder 47,22 (50,29) Proz. der Gesamtbevölkerung einschließlich der Familienangehörigen. Die Zahl derjenigen mit weniger als 900 M. Einkommen hat sich also wiederum vermindert, was freilich weniger auf die faktische Steigerung des Einkommens dieser Personen, als auf die 1908 noch schärfer als im Jahre 1907 in Wirksamkeit tretende steuergesetzliche Bestimmung zurückzuführen ist, daß die Arbeitgeber den Steuerbehörden Auskunft über das Einkommen der bei ihnen angestellten Arbeiter und Angestellten zu geben haben, sofern dies Einkommen nicht den Betrag von 3000 M. übersteigt. Es dürfte also nunmehr das Einkommen der nichtbesitzenden Klassen bühlig erfährt worden sein, was von den Einkommen von mehr als 3000 M. nicht im entferntesten behauptet werden darf, fehlt doch vielfach jede Kontrolle zur Feststellung des wirklichen Einkommens.

Trotz dieser für das Proletariat ungünstigen Umstände enthalten die amtlichen Zahlen über die Einkommensverteilung in Preußen für das Jahr 1908 unendlich viel Aufreizendes und Erbitterndes!

Es betrug nämlich das Gesamteinkommen der 16 176 000 Personen mit 900—3000 M. Einkommen 7 345 000 000 M., d. h. pro Kopf 450 M.; dagegen das Einkommen der 1 916 000 Personen mit mehr als 3000 M. pro Kopf 2850 M.

Oder, wenn wir das Einkommen auf die Zensiten ohne Angehörige berechnen, so besaßen ein Einkommen:

5 284 000 Zensiten mit bis 3000 M. pro Kopf 1390 M.

520 000 „ über 3000 „ 10 500 „

Weiter: das Gesamteinkommen der Steuerpflichtigen, d. h. derer mit mehr als 900 M. Einkommen vermehrte sich insgesamt um 1050 Millionen.

Davon entfallen auf die

90 Proz. Zensiten mit weniger als 3000 M. Einkommen 750 Millionen — 71 Proz.

10 Proz. Zensiten mit mehr als 3000 M. Einkommen 300 Millionen — 29 Proz.

0,06 Proz. Zensiten mit mehr als 100 000 M. Einkommen 63 Millionen — 6 Proz.

Die Gruppe mit mehr als 100 000 M. Einkommen vermehrte sich nur um 801 Köpfe, einschließlich der Angehörigen, oder nur um 235 Zensiten, ihr Einkommen aber um 63 Millionen Mark!

Zum Schluß noch eine Zusammenstellung des preussischen Volkseinkommens. Berechnen wir — eher zu hoch, als zu niedrig — das Einkommen der Bevölkerung mit weniger als 900 M. pro Zensiten für den Kopf auf 250 M., so ergibt sich folgendes Bild:

Es besaßen:

Prozent Gesamt- Prozent des

der Bevölkerung einkommen Gesamteinkommens

47,2 4 500 000 000 M. 26

(bis 900 M. Einkommen)

42,5 7 350 000 000 „ 42

(900—3000 M. Einl.)

9,5 5 450 000 000 „ 32

(über 3000 M. Einl.)

Wir werden auf diese aufreizenden Zahlen der Einkommenssteuerstatistik noch wiederholt zurückkommen.

## Das deutsch-französische Abkommen und die Presse.

Paris, 10. Februar 1908. (Fig. Ver.)

Mit unbedrücklichen Ausnahmen begrüßt die Presse aller Richtungen die formelle Beendigung des Marokkowitzes. Und die Befriedigung selbst ist auch aufrichtig. Man hat hier in weiten Kreisen die ganze Zeit mit heimlichen Angriffsplänen und Provokationsabsichten der deutschen Regierung gerechnet, so daß die jegliche Lösung eine wohltätige Nervenaussparnung bewirkt. In den Kommentaren, die die Blätter zum Text des Abkommens geben, treten allerdings die besonderen Partei- und Claqueurinteressen scharf hervor. Die regierungsfreundliche Presse hebt natürlich das Verdienst des Ministeriums, besonders B i c h o n s, in den Himmel, unter gleichzeitigen Komplimenten für die deutsche Diplomatie, als ob es einer übermenschlichen Weisheit bedürft hätte, für eine einfache Sache eine einfache Formel zu finden. Daneben aber werden noch patriotische Afforde angeschlagen über die Wichtigkeit, die die energische Haltung der Regierung in der letzten Affäre von Casablanca für das Zustandekommen der Vereinbarung gehabt hätte.

Diese Agenturierung der Notwendigkeit einer „starken“ Politik hat eine besondere Bedeutung in dem Augenblick, wo die großpolitischen Interessen der Marine den Finanzminister dem ausweichenden Flottenprogramm B i a r d s die Bedenken eines verdrängten Verwalters entgegenhalten sehen. Es gilt zu verhindern, daß die Friedensliebe der nun von der Unruhe befreiten demokratischen Massen den Profit der Kapitalmagnaten schmälere.

Daß die wirtschaftlichen und Klasseninteressen auch diesmal über die politischen Beziehungen entscheidend haben, wird natürlich in der bürgerlichen Presse nicht ausgesprochen. Aus dem Profennebel von der „Weisheit“ und dem „guten Willen“ der Regierungen ins Freie führt die Kritik, die Sembat in der „Humanité“ in seinem schneidenden, knappen Stil gibt. Wenn zwei verfeindete Guisherrn ihre Kinder miteinander verheirateten, umarmt sich ihre Dienerschaft, die bis dahin einander mit den Häuten gedroht hat: „Die Schneider und die Krupp sind in Nordafrika übereingekommen. Da ist es nun recht, daß Bülow und Clemenceau einander um den Hals fallen“. Sembat weist auch darauf hin, daß die Konzeption der Onengo jetzt in der Kammer mit der Bedeutung eines diplomatischen Vertrags in Szene gesetzt werden kann. Die sozialistische „Revolution“ führt aus, daß der kürzlich zwischen Deutschland und Frankreich geschlossene Vertrag auf Kosten Marokkos zustande gekommen sei. Jetzt beginne die „feindliche Durchdringung“ des Landes mit dem vereinigten deutsch-französischen Ausbeuterkapitalismus. Aber begrüßt werden müsse das Abkommen schon darum werden, weil es die Ablenkung der Massen von den sozialen Kämpfen mittels Erregung der patriotischen Gefühle einschränke.

Die offiziellen und freiwilligen Regierungsblätter Deutschlands und Frankreichs, die einander jetzt in wechselseitigen Lobpreisungen und staatsmännischen Förderer des Abkommens überbieten, sprechen nur von einem Faktor nicht, dem gleichwohl das entscheidende Verdienst an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zufällt: vom internationalen Proletariat, das den Regierenden seinen Willen, das Verbrechen des Krieges zu verhindern, maßvoll kundgegeben und ihnen die heilvolle Furcht vor den Folgen eines Krieges eingeschlägt hat. Das deutsch-französische Abkommen ist kein diplomatisches Kunststück. Es ist eine Wirkung des fortschreitenden Kapitalismus und ein Anzeichen des fortschreitenden Klassenkampfes.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar 1908.

### Fischfang und Stimmengang.

Aus dem Reichstag. (11. Februar.) Der Posten „350 000 M. Subvention für Unterstützung der Seefischerei“ führte heute zu einer fünfständigen Debatte, weil der Agrarier Dr. Diederich Hahn diesen Anlaß ausnutzte zu einem Wahlstimmengang im großen und darüber mit seinen freisinnigen Blodbrüdern in einen hitzigen Streit geriet. Hahn nahm mindestens 6 mal das Wort. Eine ähnliche Vergeudung der Zeit des Reichstages zum Privatwohl des Wahlstimmenganges ist überhaupt noch nicht dagewesen. Auch bei dieser Gelegenheit zeigte es sich wieder, daß die Sozialdemokratie die Zeit des Reichstages weit weniger in Anspruch nimmt als die übrigen Parteien, die dennoch beständig darüber stöhnen, daß zu viel geredet wird.

Im Wahlkreise Otterndorf-Geestemünde ist die Geestemünder Seefischerei domiziliert. Der Agrarier Hahn bemühte sich nun eifrig nachzuweisen, welch warmes Herz er nicht nur für die Großgrundbesitzer, sondern auch für die Fischereikapitalisten hat. Weil die letzten Jahre diese Gesellschaften schlechte Geschäfte gemacht haben, verlangte er schlanke Weg die demnächstige Einführung eines Zolls auf Seefische fremden Fangs von 6 Mark für den Doppelzentner. Das hätte ja die für die Agrarier höchst angenehme Nebenwirkung, daß auch dieses Nahrungsmittel dem Volke entsprechend verteuert wird. Bis dies durchführbar sei, solle den Fischereigesellschaften eine Subvention von 2 Millionen Mark jährlich gegeben werden. Auch schlug er vor, die fremden Seefische, die überall in Deutschland eingeführt werden, einer Gesundheitsinspektion zu unterwerfen, was natürlich durch die dabei verbrauchte Zeit die Fische sicher dem Verderben aussetzen und dadurch die Einfuhr fremder Fische womöglich ganz hinterreiben würde.

Diesen sauberen Plänen trat ein Bundesratsmitglied, Herr v. Jonquidres, zwar entgegen, aber bei weitem nicht mit der erforderlichen Schärfe. Er war nämlich dem Fischzoll prinzipiell durchaus nicht abgeneigt, trotzdem er selber mitteilte, daß die Gesellschaften in früheren Jahren bis zu 20 Proz. Dividende verteilt hätten. Die von Hahn geforderte Subvention aber würde für die Hauptgesellschaft auf ein Kapital von 5 Millionen Mark 400 000 M. jährlich betragen. Die Reichssteuerzahler würden also den Gesellschaften das Kapital mit 8 Proz. verzinsen, ohne irgend ein Äquivalent dafür zu bekommen. Das ist jedenfalls die unverschämteste Forderung, die im Interesse des ausbeutenden Kapitals je gestellt worden ist.

Kräftiger als der Regierungsvertreter rechnete Gothein (fr. Bg.) mit dem agrarischen Stimmengänger ab, indem er ihm die Ungereimtheiten seiner Behauptungen nachwies und den Widerspruch unterstrich, in den sich Herr Hahn durch seine gegenwärtige Flottenbegeisterung mit seinem früheren Ausspruch von der „gräßlichen Flotte“ gesetzt habe.

Genosse Stadhagen stellte fest, daß gerade Hahn und seine Freunde den Fischern die Produktionsmittel — Schiffe, Netze usw. — durch den Zolltarif verteuert hätten und sich so als deren ärgste Feinde erwiesen hätten. Stadhagen verlangte auch, daß die Subvention nicht den großen Kapitalisten sondern den kleinen Fischern zugute kommen solle.

Schließlich artete die Debatte in ein Blodgequäl zwischen Hahn und den freisinnigen Fegler und Stengel aus, die sich um die Witte bemühten, nachzuweisen, daß sie mehr als die Gegner für die Listenbevölkerung Vorteile bei der Regierung herauschlagen würden und somit auch größeren Anspruch auf deren Stimmen hätten.

In den Wahlkreisen Verden und Stade werden jedenfalls zunächst diese Wahlreden als Köder ausgeworfen werden. Morgen Fortsetzung — hoffentlich in etwas würdigerer Weise als nach der Methode des Hahn.

### Beanstandung der Berliner Mandate.

Am Donnerstag hat das Abgeordnetenhaus beschlossen, die Mandate unserer Genossen Vorgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann zu beanstanden und den Berliner Magistrat um eine amtliche Auskunft über die Art der Aufstellung der Wählerlisten zu ersuchen. Auch unsere Fraktion stimmte für den Antrag. Für uns kommt es darauf an, Klarheit zu schaffen; wir sehen mit der größten Seelenruhe der Antwort des Magistrats und dem endgültigen Beschluß des Hauses entgegen. Kassiert man die sozialdemokratischen Mandate, so wird schon allein die Tatsache

daß die auf Grund gleicher Wahlen gewählten freisinnigen Abgeordneten Berlins das Reichstagsparlament weiter zieren, für uns ein Agitationsmittel bilden, für das wir Herrn Fischel und seinen Gesellschaftern gar nicht dankbar genug sein können.

Das Auftreten des Zentrumsredners Dr. Hager und des Rationalisten Wilmann unterschied sich wesentlich von dem der konservativen und freisinnigen Heißsporne. Beide Redner bemühten sich, ruhig und sachlich die Frage zu erörtern, deren Schwierigkeit sie ausdrücklich anerkannten; beide gaben den freisinnigen Vertretern Berlins deutlich zu verstehen, daß es, falls die sozialdemokratischen Mandate auf Grund der falschen Listen kassiert würden, Pflicht des politischen Anstandes sei, auf ihre Mandate freiwillig zu verzichten. Aber damit kamen sie bei Herrn Pachtke, der für seine Parteifreunde eine Lanze brach, schön an. Politischer Anstand ist ein Begriff, den der Volkssinn nicht kennt; mit aller Energie protestierte Herr Pachtke dagegen, daß man seinen Gefinnungsgegnern so etwas zutrauen könnte. Da er aber selbst einleuchtet, wie unangenehm den Freisinnigen die Suppe bekommen mag, die ihnen Fischel eingebracht hat, suchte er sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er dem Hause den Rat gab, die sozialdemokratischen Mandate nicht auf Grund der Wählerlisten, sondern auf Grund des angeblichen Terrors zu kassieren! Wenn irgend etwas, so beweist die Rede Pachtkes, wie faul die Situation für den Freisinn ist.

Dabei mußten es sich die Freisinnigen noch gefallen lassen, daß ihnen außer Herrn Stroffer, der an seiner gestrigen Blamage noch nicht genug hat, auch Herr Malkewig, der Wigbold der Konservativen, zu Hilfe kam und sie immer tiefer hineinredete.

Für unseren Genossen Ströbel war es nicht allzu schwer, die sogenannten Gründe der konservativ-freisinnigen Bundesdrücker zu widerlegen und nochmals das Spiel aufzudecken, das sich hinter den Kulissen abgepielt hatte. Wie die um Fischel operieren, das lehrt die eine Tatsache, daß ein Mitglied der Wahlprüfungskommission, der Abg. Wilmann, offen erklärte, er sei verblüfft gewesen, als er neulich die Mitteilung unseres Genossen Heimann hörte, daß gegen alle Berliner Wahlen Protest eingeleitet sei! Trotzdem belam es Fischel fertig, als Referent in seinem Schlusswort dem Hause zu erzählen, der Brief unseres Genossen Hoffmann, der die Wahlprüfungskommission auf den Protest des Leutnants Dohr aufmerksam machte, habe bei allen Mitgliedern zirkuliert. Wer hat nun recht: Herr Fischel oder Herr Wilmann? Solcher Unstimmigkeiten gibt es noch mehr. . . .

Nach Erledigung der Wahlprüfungen beriet das Haus den Justizetat, dessen Beratung am Freitag fortgesetzt werden soll. Außerdem stehen die Pfarrerbesoldungsgesetze in zweiter und das Lehrerbefoldungsgesetz in dritter Lesung auf der Tagesordnung.

### Reichstagsauflösung oder Kompromiß?

Die „Kölnische Zeitung“ beschäftigt sich in einem aus Berlin stammenden, anscheinend halbhofftönen Artikel mit der gegenwärtigen „innerpolitischen Lage“. Der Artikel verdient deshalb besondere Beachtung, weil er erstens die umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Reichstagsauflösung schroff zurückweist, und zweitens als ziemlich sicher annimmt, daß es zwischen den Konservativen und der Regierung zu einer Verständigung über die Nachlasssteuer kommen wird.

Wörtlich sagt das Kölner Blatt:

„Das Gerücht über eine Reichstagsauflösung ist unsinnig. Sie würde der so dringenden Finanzreform nicht zum Heile helfen, sie würde der Regierung demütlich eine für eine verständige Reichsfinanzreform noch ungünstigere Wahrheit bringen, und sie würde dem sogenannten Bloß und seinen Schöpfen den Stempel der politischen Unfähigkeit aufdrücken, weil sie es nicht verstanden, in einer Lebensfrage des Vaterlandes den richtigen Weg zu finden. Ehe glauben wir, daß die Konservativen bei sich Einkehr halten werden. Sie sind es, die die jetzige schwierige Lage der inneren Politik herbeigeführt haben, weil sie sich sperren gegen eine Vermögensbelastung, die der Reichs- und den Bundesregierungen und den liberalen Parteien annehmbar erscheinen könnte. Das Verhalten der „Kreuz-Zeitung“, die mahnenden Artikel und Reden einzelner hervorragender Konservativen, die Beschlüsse einzelner konservativer Vereine weisen auch deutlich darauf hin, daß hier der Kern zu einer Verständigung vorhanden ist, den selbst die Versammlung im Birkel Wack, wenn sie eine reife Beurteilung unserer innerpolitischen Lage und der finanziellen Bedürfnisse des Reichs vermissen ließe, nicht wird zerstreuen können.“

Daß das Blatt nicht von einer „Einkehr“ der Regierung, sondern von einer „Einkehr“ der Konservativen spricht, verleiht nur den Eindruck, daß der Artikel halb-offiziöser Ursprungs ist; denn das Reichskanzleramt hat festverständlich ein Interesse daran, so zu tun, als sei nicht die Regierung, sondern die konservative Reichstagsfraktion eigentlich die Nachgebende.

### Kleber.

Wir haben es schon gestern als höchst wahrscheinlich bezeichnet, daß wenn die Nachlasssteuer in der von der Regierung vorgeschlagenen Form fallen sollte, weder der Kanzler, noch der Reichsfinanzsekretär daraus die Folgerung ziehen werden, ihren Abschied zu fordern, da für Preußen-Deutschland die subtileren politischen Ehrbegriffe anderer Staaten nicht gelten.

Derlei Ansicht ist die Aleriale „Köln. Volksztg.“, die sich folgende Verhöhnung Wilows und Sydows leistet:

„Über Wilow müßte gehen, zum mindesten Sydow und Rheinbaben? Für den ersteren liegt kein Grund dazu vor. Von Sydow wünschten es vielleicht die Rationalisten, von Rheinbaben sind die Konservativen nicht mehr enttäuscht. Es hieß schon im Sommer, Wilow werde diesem bei der Reichsfinanzreform ein Bein stellen. Wenn Wilow das wollte, so hat er es mit der Bekämpfung Rheinbabens zur Nachlasssteuer gemacht. Die Konservativen wünschen heute Rheinbaben herlich eine gut bezahlte Direktorstelle. Im übrigen können die Herren einfach rasch wieder retour lernen. Das schadet doch in der Aera Wilow nichts mehr. Früher mußten mit den Ansichten in der Regierung auch die Männer wechseln. Heute gehen die Ansichten, und die Männer bleiben fast lächelnd.“

### Wie Revolutionen gemacht werden!

Herr Major a. D. und Landtagsabgeordneter Stroffer hat in der Sitzung vom 11. d. M. wieder einmal die alte, tausendmal zerzauste Vogelstunde aus der Kammerkammer des Arsenals der „leisigen“ Waffen gegen die Sozialdemokratie, die „gewalttätige Revolution“ herbeigeholt, um politischen Kindern graulich zu machen und den Terror, den Konservativen und Regierung den Beamten gegenüber üben, zu entschuldigen.

Herr Stroffer wird uns daher Dank wissen, wenn wir ihm authentisches Material zur Frage zur Verfügung stellen, wie Revolutionen zustande kommen. Wenn wir dabei die größte Revolution von 1789 in Frankreich zur Unterlage nehmen, die am meisten von unseren Gegnern la Stroffer gegen uns ausgespielt wird, so beweist das jedenfalls ebensoviel Entgegenkommen, wie der

Umstand, daß wir das authentische Material aus einem Urteilstenor eines Königl. Preussischen Landgerichts nehmen, das zum Ueberflus auch noch von einem Königl. Oberlandesgericht bestätigt wurde. Das Urteil ist ergangen gegen den jetzigen soziald. Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann vom Raumburger Land- und Ober-Landgericht wegen der Proklamation „Die Sozialdemokraten kommen“, durch welche Hoffmann die Kleinbauern und Landarbeiter zur gewalttätigen Revolution aufgereizt haben sollte. Beide Gerichte wiesen die Strafverfolgung ab und in der Begründung dieses im Namen des Königs von beiden Gerichten erlassenen Beschlusses heißt es wörtlich:

„Dieser durchgehend sich gleichbleibenden, unzweideutigen Ausdrucksweise kann der einzige Passus der Schrift, welcher die Möglichkeit einer blutigen Revolution freist (S. 13), deshalb nicht ins Gewicht fallen, weil damit lediglich auf einen fixierten Einwurf der Gegner der Sozialdemokratie hin die historische Tatsache konstatiert wird, daß die französische Revolution von 1789 durch den Uebermut und die Sittenverderbnis der Großen und die gewissenlose Rechtsverletzung seitens des Adels veranlaßt worden ist, daraus gefolgert wird, daß die Schuldigen das geerntet, was sie gesät hätten, und endlich behauptet wird, daß die Vermeidung einer blutigen Revolution auch heutigen Tages nicht in den Händen der Sozialdemokratie, sondern in den Händen der herrschenden Klasse liege. Aus diesem Passus der infirmierten Druckschrift läßt sich um so weniger die Anreizung zu Gewalttätigkeiten herauslesen, als gerade an dieser Stelle und im logischen Zusammenhang mit jenen Bemerkungen hervorgehoben wird, die Sozialdemokratie wünsche keine andere Revolution als die der Geister, nicht die blutige.“

Vielleicht lieft Herr Stroffer diese Erkenntnis Königlich preussischer Gerichtshöfe einmal seinen Fraktionskollegen vor, und wenn er laut genug schreien kann, auch dem schwerhörigen Herrn Malkewig, der ja eigentlich aus seiner Jugendzeit noch einiges behalten haben sollte! Gelingt es Herrn Stroffer, seinen Vorzeigenden die Beachtung der oben angeführten Gründe ans Herz zu legen, so wird er sich von seinem Alpdrücken durch die „gewalttätige Revolution“ selbst befreien.

### Die unzufriedene Tante Wof.

Das ehemalige Revolutionsorgan in der Breiten Straße, das jetzt neubis zusammenzuckt, wenn sich Arbeiter einmal in größeren Massen auf der Straße zeigen, will es nicht wahr haben, daß die Nachkontrolle der Arbeitslosenzählung durch den Magistrat an den von Partei und Gewerkschaften gewählten — seit Wochen (!) gewählten — Termin gebunden sei.

Das Blatt schreibt:

„In Wirklichkeit liegen die Dinge wesentlich anders. Der Magistrat hat die Arbeitslosenzählung auf den 16. Februar anberaumt. Sie erfolgt wie im November nach dem Meldehystem. Der Termin war lange vorher bestimmt. Er konnte mit dem Einzuge König Eduards am 9. Februar in keinerlei Zusammenhang gebracht werden. Die Sozialdemokratie aber hat das Bedürfnis empfunden, die von ihr für zweckmäßiger gehaltenen häusliche Zählung, die sie selbständig vornimmt, unmittelbar vor der amtlichen Zählung zu veranstalten, obwohl doch, wenn die Zählung des Magistrats „kontrolliert“ werden sollte, das Natürliche gewesen wäre, die Kontrollzählung erst nach der amtlichen Zählung vorzunehmen. Somit kann nicht die Rede davon sein, daß zur Vorbereitung der Zählung die Arbeitermassenverfammlungen just auf den Vormittag des Einzugsstages angelegt werden mußten.“

Was die alte Tante Wof doch schon ist! — Eine genaue Kontrolle der Magistratszählung hätte sich nur am 16. Februar selbst vornehmen lassen. Da aber die Einmischung der ausgefüllten Zählarten, die ohne Entgelt geschieht, von den Arbeitern nur in ihrer freien Zeit, d. h. an einem Sonntag, vorgenommen werden kann, stand die Arbeiterschaft vor der Wahl, den Zähltag entweder auf Sonnabend, den 13. oder Sonnabend, den 20. Februar, zu verlegen. Man zog den 13. vor, weil nach alter Gewohnheit jeden Mittwoch vor dem 15. der Jahlabend der Partei stattfindet und dieser sich so der beabsichtigten Arbeit gut einfügte.

Die „Kölnische Zeitung“ verschleibt aber die Sachlage, wenn sie fortfährt:

„Es soll der Sozialdemokratie nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie die Ausschreitungen gewünscht habe. Aber wenn sie sie in der Tat nicht wünschen konnte, so ist zu bedauern, daß sie nicht verstanden hat, die Aufzüge, für die eine polizeiliche Genehmigung nicht nachgesucht war, zu verhindern und den wilden Exzessen vorzubeugen.“

Für die Mehrzahl der Wähler, die in diesen Tagen Entrüstung geäußert haben, hatte dies gar keinen Sinn, wenn sie nicht die Sozialdemokratie der Veranstaltung dieser Demonstrationen beschuldigen konnten. Selbst die Woffin hält ja noch für notwendig, zu betonen, daß für die Aufzüge eine polizeiliche Genehmigung nicht nachgesucht war. Warum das? Für etwas, was man nicht veranlaßt, nicht einmal wünscht, kann man doch keine Genehmigung einholen!

Was unsere Herrschaft über die Massen anbelangt, so haben sich alle aus Parteikreisen wirklich inszenierten Demonstrationen stets ohne Ausschreitungen abgespielt. Wo die Partei aber ihre Hand überhaupt nicht im Spiele hat, kann sie doch nicht die Fägel halten!

### Der Köhlbrandvertrag.

In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde über den Köhlbrandvertrag verhandelt. Bürgermeister D'Swald als Vertreter des Senats gab einen Rückblick über die bisherigen Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen in dieser Frage. Er sagte, es bedränge, daß man trotz großen Entgegenkommens Hamburgs im preussischen Abgeordnetenhause mit neuen Forderungen hervorgetreten sei, die geeignet seien, das Zustandekommen des Vertrages zu gefährden. Hamburg übernehme bei Annahme des Vertrages eine verhältnismäßig größere finanzielle Last. Nachdem der Redner, der sich für den Vertrag aussprach, auf den Nutzen hingewiesen hatte, der mehr noch als für Hamburg für den gesamten deutschen Handel aus der vorgezeichneten Regelung der Frage sich ergeben werde, empfahl er die Ueberweisung des Vertrages zur Prüfung an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

### Ein Reichsverbands- und Räuberhauptmann.

Der „Volkswille“ zu Hannover berichtet: Im Hildesheimer Gefängnis in Untersuchungshaft sitzt bekanntlich schon seit Mai v. J. das schätzbarste Mitglied des Reichsverbandes Herr Papenberg, der als Obmann des Reichsverbandes für die Rordstadt Hannover noch während der letzten Landtagswahl in Hannover und Linden förmlich auf dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, soweit ihm seine umfangreiche Räuber- und Einbrecherstätigkeit, die sich so ziemlich über halb Europa erstreckte, Zeit dazu ließ. Da sein Gewerbe sehr einträglich war, konnte er sich den Kampf für die „Heiligkeit der Ehe und des Eigentums“, auf die er selbst höhnisch pff, unter dankbarer Anerkennung der Oberleitung des Reichsverbandes auch einen schönen Vagen Geld kosten lassen. War der Postmarken Diebstahl in Burgdorf just vor der Wahltagation doch besonders ergiebig gewesen.

Leider hat die Staatsgewalt mit rauer Hand den ehrenwerten Herrn Papenberg mitten aus seiner patriotischen Arbeit heraus-

gerissen, indem sie ihn wegen seines sozusagen Neptomanischen Sammelers einen festen Wohnsitz im Gefängnis antwort mit der Aussicht, ihn dauernd an sich zu fesseln. Gegenwärtig genießt Hildesheim die Ehre der Anwesenheit des Idealpatrioten. Inzwischen hat sich ergeben, daß zahlreiche Einbrüche in allen möglichen Gegenden auf das Konto Papenbergs und seiner Mitarbeiter kommen, außer dem Einbruch ins Postgebäude zu Burgdorf die Diebstähle der Blatinessel in den Hüttenwerken zu Oer und Freilberg t. S. Wegen des letzteren Diebstahls ist ein Mitangeklagter namens Piegfeldt vor kurzem zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden und hat jetzt ein unvollständiges Geständnis abgelegt. Danach hat die Diebstehnde nicht weniger als 25 schwere Einbruchsdiebstähle ausgeführt, wobei ihnen Beute im Betrage von über 100 000 M. in die Hände gefallen sein soll. Nach dem Geständnis Piegfeldts ist auch der Diebstahl der Orden im Weisenmuseum zu Herrenhausen, der seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregte, das Werk dieses Reichsverbändlers.

Zimmer neue Fälle ergeben sich, und noch ist die Untersuchung nicht abgeschlossen. Die einzelnen Straftaten werden die verschiedensten Gerichte in Deutschland beschäftigen, und die Verhandlungen dürften noch manche interessante Dinge über die vielseitige Tätigkeit des sympathischen Herrn ergeben, dessen Juridizierung vom politischen Leben für den Reichsverband neben dem Verlust der Mitarbeit des kongenialen Herrn Pöpel einen schwer beklagten Verlust bedeutete.

Ueber einen anderen Reichsverbands-Ehrenmann wird aus Dresden vom 11. Februar gemeldet:

Von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde der Verbeagent des Reichsverbandes, der frühere Landwirt und Schriftsteller Joachim Kurts, wegen Urkundenfälschung und wiederholten Rückfalls betrugtes zu 8 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. — Der Mann ist schon wiederholt wegen Betruges vorbestraft. Er trat in der Rolle von Offizieren a. D. auf und legte sich verschiedene adlige Namen bei. Die letzte Strafe hatte er im April 1907 verbüßt. Durch Vermittlung des Schriftstellers Wiemann wurde er als Verbeagent des Reichsverbandes in Berlin und Magdeburg verwannt. In Magdeburg hat er zahlreiche Betrugsverfuche ausgeführt. Er trug falsche Namen in die Zeichnungsliste des Reichsverbandes ein, beschwindelte den bürgerlichen Presseverein in Leipzig und einen Hotelbesitzer in Dessau, ferner einen Beamten in Leipzig und einen Geistlichen in Leutzsch bei Leipzig, auch einen Hotelbesitzer in Dresden. — Kurts beschwerte sich darüber, daß er von seinem Vorgesetzten, dem Reichsverbandsgeneralsekretär Leussen, sehr kurz gehalten wurde, so daß er in Not geraten sei.

### Die Balkankrise.

#### An die serbische Adresse.

Wien, 11. Februar. Wie die „N. Fr. Pr.“ erfährt, wird in der serbischen Sache eine Entscheidung erst gegen das Frühjahr hin erfolgen. Alles hänge von Serbien selbst ab. Oesterreich-Ungarn werde alle rednerischen und ähnlichen Herausforderungen auch weiterhin ignorieren und werde erst dann zur Tat schreiten, wenn Serbien von Worten zur Tat schreiten wird.

Der christlichsozialen „Reichspost“ zufolge steht ein diplomatischer Schritt Oesterreich-Ungarns bei den Mächten bevor, welcher mit Rücksicht auf die fortschreitenden Kriegsvorbereitungen Serbiens eine gemeinsame Vorstellung der Mächte in Belgrad bezweckt. Würden auch die Bemühungen der Mächte versagen, so bliebe nichts als die ultima ratio des Krieges.

### Oesterreich.

#### Die Einberufung des Reichsrats.

Wien, 11. Februar. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, soll der Reichsrat zwischen dem 2. und 7. März wieder einberufen werden. Der tschechische Landesmannminister Dr. Jacek hat seine Demission gegeben mit Rücksicht auf die Kritik, die vom Tschechenklub an dem Ministerium geübt wurde. Das Demissionsgesuch wird aber vorläufig nicht erledigt werden.

### Wahlrechtskampf in Kroatien.

Ugram, 10. Februar. Die oppositionellen Parteien in Kroatien veröffentlichen ein Manifest, in dem sie die Einberufung des allgemeinen Stimmrechts und die Einberufung des seit einem Jahr stillstehenden Landtages fordern. Zum Schluß wird in dem Manifest erklärt, daß die Oppositionsparteien den Kampf gegen das gegenwärtige Regime, das sie als verfassungswidrig bezeichnen, fortsetzen werden.

### Magyarische Freiheit.

Budapest, 11. Februar. Handelsminister Kossuth hat den Verkauf des sozialdemokratischen Parteiorgans „Nepzava“ auf allen Bahnhöfen Ungarns verboten.

### Frankreich.

#### Eine Amnestiebekate.

Paris, 11. Februar. Deputiertenkammer. Bei der Verhandlung über die Amnestie für die wegen Ausschreitungen bei den Ausständen in Signeuz und Billemeuve bestraften Personen verlangte Sembat (Sozialist) Ausdehnung der Amnestie auf Vergehen, die in Außerungen der Presse und in Reden gefunden wurden, das heißt auf Vergehen des Antimilitarismus und des Antipatriotismus. Ministerpräsident Clemenceau sprach darauf die Hoffnung aus, daß die Ausständigen schließlich einsehen würden, daß sie zu den Gezeiten und nicht zu Gewalt ihre Zuflucht nehmen müßten. Keine Regierung könne aber Antimilitaristen begnadigen. Ebenso werde die Regierung die Wiedereinsetzung abgesetzter Beamten bekämpfen und jedesmal die Vertrauensfrage stellen. (Pauze.)

Der Antrag Sembats wurde schließlich mit 373 gegen 96 Stimmen abgelehnt und sodann Artikel 1 der Vorlage angenommen, wonach für die bei den Vorgängen in Signeuz und bei allen Ausständen Beteiligten Amnestie einzutreten soll.

### Belgien.

#### Eine Bombenaffäre.

Brüssel, 10. Februar 1909. (Fig. Ver.) Vorige Woche haben Arbeiter — allerdings ohne vorher die Qualität ihres Fundes zu erkennen — in dem Brüsseler Vorort St. Josse eine Bombe aufgefunden, die mit gefährlichen Explosivstoffen gefüllt war. Nur einem wunderbaren Zufall ist es, nach Ausspruch der Fachleute, zu danken, daß die Arbeiter am Leben blieben und noch weiteres, schreckliches Unglück ungeschädet blieb.

Die Polizei hat — einige Leute behaupten: natürlicherweise — die Bombenleger noch nicht entdeckt, dagegen eine höchst eifrige Kazzia gegen die hiesige russische Kolonie inszeniert, an die sich übrigens hier wie überall verächtliches Gesindel, Koschpikel u. dergl. heranmacht, um unter der Maske irgendeines Revolutionarismus — sozialistisch oder anarchistisch gefärbt — Schwindelereien und nach Schlimmeres auszuföhren. Die Bombenverfertiger sind allerdings, wie die Vorgegeschichte beweist, russischer Nationalität — was im gegenwärtigen Zeitlauf zu allerlei Mutmaßungen in den hiesigen revolutionären Kreisen Anlaß gibt.

Die Vorgegeschichte ist folgende: Am Mittwoch, dem Tag vor dem Bombenwurf, erschienen bei einem hiesigen Kaufmann zwei Ju-

bibbuen, deren Aeußeres wenig vertrauenswürdig war. Troz dem forderte der Herr, der oft arme Studenten unterstützt, die beiden selbst auf, einzukreten. Kaum im Zimmer angekommen, stellten sie ein ansehnliches „Palet“ auf den Tisch, mit der Bemerkung, daß sie von einem „geheimen anarchistischen Komitee“ entlehnt seien und „für Propagandazwecke“ 3000 Frank fordern. Zur Befristung ihrer Worte wies sie auf die Bombenliste und stellten Herrn M. zwei Revolver entgegen, gleichzeitig die schriftliche Aufforderung des „Komitees“ vorweisend. Außerdem erklärten sie ihrem Opfer, falls es ihre Forderung erfüllen, sie aber dann der Polizei anzeigen würde, daß seine „Exekution“ von dem „Komitee“ beschlossen sei! Herrn M. blieb angesichts der Revolver und der auf dem Tisch liegenden Bombe nichts anderes übrig, als sein Ehrenwort zu geben, am folgenden Tag — da er kein flüssiges Geld bei sich hatte — die Summe zu bezahlen. Einer der Revolverhelden kam in der Tat am nächsten Morgen allein in das Bureau des Herrn M., wo er einen Scheck auf 3000 Frank erhielt. Die mitgebrachte Bombe wurde nun am nächsten Tag in einer Avenue von St. Joffe gefunden.

Der Wagemut, der darin liegt, daß der Abgesandte des angeklagten Komitees allein in das Bureau ging, um seine Rolle bis zu Ende zu spielen, aber auch andere Merkmale, die darauf hindeuten, daß die beiden Individuen die hiesige russische Kolonie ausspionierten, legt den Gedanken nahe, daß es sich nicht um einfache Banditen, sondern möglicherweise um kleine Agens handelt.

Daß die ganze Geschäftlichkeit der Polizei und ihr Eifer um die Sache vor allem darin besteht, die russischen Emigranten, die hier studieren und arbeiten, zu molestieren oder gar abzuschieben, und wieder einmal die „Netterei“ gegenüber der drohenden „Revolution“ zu spielen, kann diese Meinung nur bestärken. Auch der heutige „Peuple“ sieht in der Haltung der Polizei mehr ein Mandat, die revolutionäre Bewegung zu schikanieren, als die Bemühung, die Banditen oder Agents provocateurs aufzufinden, die möglicherweise und wahrscheinlichweise ihre — Kollegen sind. Als einziges Resultat ergibt sich vorläufig nur, insbesondere für unsere hiesigen russischen Freunde, sich vor den großen und kleinen Agens in acht zu nehmen.

In die Öffentlichkeit gekommen ist sonderbarerweise die Sache vorerst durch die Renommee der betreffenden „Anarchisten“, die anscheinend keine große Angst vor der Polizei haben.

## Rußland.

### Azew und Tatjana Leontjewa.

„Journal de Genève“ bestätigt die Mitteilung, daß Azew der Organisator des Attentates gegen den Rentier Müller in Interlaken war, das von Tatjana Leontjewa verübt wurde. Bekanntlich fiel Müller als Opfer seiner Neugier mit dem russischen Minister Durnowo, der kurz vordem in Interlaken weilte. Obgleich von verschiedener Seite darauf hingewiesen wurde, daß Durnowo nicht mehr in Interlaken weilte, bestand Azew auf die Ausübung des Attentates. Er tat es demnach mit voller Absicht, denn ihm, dem Beauftragten des Polizeidepartements, war der Aufenthaltsort Durnowos gut bekannt. Er machte wissentlich falsche Angaben, um einen unschuldigen Menschen von der Hand einer russischen Terroristin morden zu lassen, damit die öffentliche Meinung der bürgerlichen Klassen Europas sich gegen die russischen Revolutionäre wende.

Tatjana Leontjewa ist wie so viele andere das Opfer eines Schurken, eines Agenten der Zarenregierung geworden. Das grausame Urteil, das sie traf, darf nicht länger aufrecht erhalten werden.

## Argentinien.

### Der Steuerstreik.

Buenos Aires, 10. Februar. In Rosario wurden gestern, wie die Zeitungen melden, im Verlaufe von Kundgebungen, die mit der dortigen Aufstandsbewegung zusammenhängen, zwei Personen getötet und mehrere verwundet. Der Gemeinderat von Rosario hat die neuen Steuern außer Kraft gesetzt, in der Annahme, daß hierdurch die Gemüter beruhigt werden. Der Ausstand dauert an. Die Bevölkerung verlangt, daß der Gemeinderat zurücktrete.

Buenos Aires, 11. Februar. In Rosario plünderte der Pöbel den Zentralmarkt. Die Börse ist geschlossen. Der Gemeinderat ist zurückgetreten.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Soeben erschien im Verlag von W. V. u. G. m. b. H. (Verlag der „Münchener Post“) in München:

Schulz, Arthur, **Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland.** Ein Versuch, die Autonomieforderung der sozialdemokratischen Landesorganisationen theoretisch zu begründen. 65 S. Preis 1,20 M.

Zu den Stadtverordnetenwahlen in Offenburg. Die Mannheimer „Volkstimme“ hat bemängelt, daß dem „Vorwärts“ über die Stadtverordnetenwahlen der 3. Klasse zu Offenburg gemeldet wurde, daß der sozialdemokratische Stimmzettel auch Namen aus dem demokratischen Lager enthielt, während in Wirklichkeit neben neun Sozialdemokraten und vier Demokraten auch fünf ausgeproben Nationalliberale darauf standen. Wir finden das leider bestätigt. Anlässlich des Effener Falles haben wir kürzlich erklärt, daß in Ausnahmefällen, wenn es sich darum handelt, eine dringende Gefahr — z. B. die absolute Mehrheit einer mit besonders mörderischen Mitteln kämpfenden Partei — zu verhindern, ein Stimmablaß von man mit den Nationalliberalen erträglich sein kann. Ob solche dringende Gefahr in Offenburg vorlag, ist uns nicht bekannt. Inbes ist das Zusammengehen mit Nationalliberalen im ersten Wahlgange unter allen Umständen zu verwerfen.

### Uniere Taten.

Brüssel, 10. Februar. (Fig. Ber.)

Gestern ist in seinem Heimatsort Enival der sozialistische Deputierte des Industriebezirks Werbiers, Jean Malempré, im Alter von 50 Jahren gestorben.

Hast 16 Jahre hat Malempré der belgischen Kammer angehört. Seine sachlichen Budgetreden wurden sehr geschätzt. Es fehlte übrigens seinen Ausführungen an der richtigen Stelle nicht an scharfen Anklagen und heftigem Witz. Wie so viele andere der tüchtigsten Mitglieder der belgischen Partei, war auch Malempré Autodidakt und hat sich durch emsiges Studium vom einfachen Weber zu einem Führer des belgischen Proletariats hinaufgearbeitet, der über ein erhebliches Wissen verfügte. In seiner Vaterstadt Enival hat er das Amt eines Gemeindevorstandes und Stadtrats und eine Zeit auch des Bürgermeisters bekleidet. Aber weder die parlamentarische Würde noch die anderen Würden hatten sein einfaches Arbeiterleben verändert. Er blieb immer der ehemalige Weber, der in seinen neuen Ämtern nur die Pflicht zu neuem Streben sah.

Der schmerzliche Verlust trifft die Partei ziemlich unermutet, denn noch in der letzten Woche brachte der „Peuple“ beruhigende Nachrichten über den Gesundheitszustand Malemprés.

In der Kammer Sitzung vom Dienstag hielten der Präsident Rertuz wie der Minister Sclapette Reden, worin beide

die Tüchtigkeit sowie das ernste Streben des Verstorbenen rühmend hervorhoben. Für die Sozialisten sprach Genosse P. P. in.

Die Kammer wird wohl, wie sie das in früheren ähnlichen Fällen schon getan hat, der alten Mutter Malemprés eine Pension zukommen lassen.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Die Autorität über alles.

Wegen Verletzung eines Hilfsgerichtsbieners wurde Genosse V. Chemnitz zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte sich „den Unteroffizier“ des Hilfsgerichtsbieners verbeeren. Diese Verbeuerung wurde als eine schwere öffentliche Verletzung des Beamten angesehen und im Interesse der gefährdeten Staatsautorität stellte der Gerichtsvorstand Strafantrag, erob die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Offizialklage und tagte die Strafkammer des Landgerichts Chemnitz! Ja, in Deutschland hat der Bürger nicht aufzumucken, wenn er von Beamten angegriffen wird.

## Gewerkchaftliches.

### Ein Tarifbruch der Unternehmer.

Zwischen dem Arbeitgeberverband im Holzergerwerb für Hamburg-Altona einerseits und den organisierten Holzerkern andererseits ist im vorigen Jahre ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, welcher bis um 1. April 1910 Gültigkeit hat. In diesem Tarif ist die Akkordarbeit nicht erwähnt, da nur in Lohn gearbeitet werden sollte. Die Unternehmer verlangten allerdings beim Abschluß des Tarifes die Anerkennung der Akkordarbeit oder — da die Holzerer durchaus dafür nicht zu haben waren — die Aufnahme einer Mindestleistungsklausel in den Tarif. Da die Holzerer es nicht zum äußersten kommen lassen wollten, entschieden sie sich für die Leistungsklausel. Die Unternehmer aber betonten beim Abschluß des Tarifes, sie wollten nun einmal „eine Zeitlang Ruhe haben“ und wurde auf ihr Verlangen der Tarif bis 1. April 1910 abgeschlossen.

Dieses Ruhebedürfnis war aber, wie die Tatsachen jetzt lehren, nur von sehr kurzer Dauer. Es währte nicht bis zu dem Zeitpunkt, an welchem der Tarif mit beiderseitiger Zustimmung sein natürliches Ende erreichte, sondern nur bis zum Eintritt der schlechten Konjunktur. Am Anfang des vorigen Monats traten die Unternehmer plötzlich mit dem Ansinnen an die organisierten Holzerer heran, einem von Arbeitgeberseite einseitig zusammengebrachten Akkordtarif ihre Zustimmung zu geben, welcher für die Arbeiter völlig unannehmbar war. Dieses Verlangen wurde aber von den Holzerern mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß — wenn sie nach Ablauf des Tarifes 1910 einem Akkordtarif ihre Zustimmung geben sollten — dieser dann mindestens unter Hinzuziehung einiger Sachverständigen aus den Kreisen der organisierten Holzerer ausgearbeitet werden müßte. Unter keinen Umständen aber würden sie jemals einen Tarif anerkennen, welcher ganz einseitig von einigen Kaufleuten ausgearbeitet ist, von denen die Mehrzahl auch nicht im entferntesten eine Ahnung von der praktischen Ausführung dieser fortgesetzt mit Lebensgefahr verbundenen schwierigen Arbeit haben.

Als die Unternehmer auf diesem Wege ihr Ziel nicht erreichten, begingen die Herren ganz ungeniert und offen Vertragsbruch. Durch Plakate, welche sie in den Büreaus anbrachten, machten sie in der letzten Januarwoche bekannt, daß alle diejenigen Holzerer, welche bis Montag, den 1. Februar, den von ihnen ausgearbeiteten Akkordtarif nicht unterschrieben anerkannt haben, sofort entlassen würden. Der Erfolg blieb aber auch hier für die Unternehmer gänzlich aus. Diese Drohung machte auf die Holzerer absolut keinen Eindruck. Sie ließen sich lieber aufs Pfahler werfen, ehe sie sich durch Unterzeichnung eines derartigen Tarifes die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die jetzt schon überaus traurig sind, noch mehr verschlechtert ließen.

Der hinterlistige Wortbruch aber, wie er hier von den Hamburger Unternehmern gegen organisierte Arbeiter verübt wurde, wird von den organisierten Holzerern Deutschlands nicht so ruhig hingenommen werden. Es kommen hier Firmen in Frage, welche über ganz Deutschland verstreut sind und mit denen die Organisation der Holzerer in den meisten Orten Tarife abgeschlossen hat. Wenn nun aber in den Filialen dieser Firmen in dieser Weise gegen Treu und Glauben gehandelt wird, dann sind die Inhaber dieser Firmen, wenn sie es ruhig geschehen lassen, auch für die Folgen verantwortlich, die ein derartiges sriboles Vorgehen ihrer Vertreter zeitigen muß. Welchen Wert kann das schriftlich gegebene Ehrenwort eines Unternehmers bei den Arbeitern überhaupt noch haben, wenn es von diesen bei der ersten Gelegenheit gebrochen wird?

Wie uns aus Hamburg mitgeteilt wird, soll der Vorstand des Zentralverbandes der Holzerfirmen Deutschlands, welcher seinen Sitz in Berlin hat, den Tarifbruch in Hamburg nicht nur gut heißen, sondern derselbe soll sich sogar mit dem Plan beschäftigen, eine allgemeine Aussperrung der organisierten Holzerer Deutschlands in die Wege zu leiten. Wir wissen zwar nicht, ob es sich dabei vielleicht nur um einen Schwelmsch der Hamburger Unternehmer handelt, die durch solche Klatschricht einen Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben versuchen, oder ob die Unternehmer sich wirklich mit diesem Gedanken tragen. Jedenfalls aber müssen die Holzerer auf alles gefaßt sein. Wenn aber auch der Arbeitgeberverband diesem Tarifbruch der Hamburger Unternehmer die Krone aufsetzen wollte und eine allgemeine Aussperrung unter neuen Tarifbrüchen inszeniert, so ist doch zweifelhaft, ob die anständigen Firmen diesem Verlangen nachkommen würden. Wenn das aber auch der Fall sein sollte, dürften die Holzerer Deutschlands bei ihrem Zusammenhalt trotzdem in kurzer Zeit als Sieger aus diesem Kampf hervorgehen. Die Folgen desselben aber werden diejenigen zu tragen haben, die in sribolose Weise diesen Kampf anzetteln. Die Holzerer Deutschlands aber werden, wenn es zu einem solchen Kampf kommen sollte, die Sympathie der ganzen organisierten Arbeiterschaft auf ihrer Seite haben. Dieses Bewußtsein wird sie darin bestärken, jedes unehrenhafte Ansinnen von Seiten des Arbeitgeberverbandes ganz entschieden zurückzuweisen!

## Berlin und Umgegend.

### Achtung, Holzarbeiter!

Die vom 14. Februar ab eintretende Arbeitszeitverkürzung von 52 auf 51 Stunden pro Woche beschäftigt die Freie Vereinigung der Holzhandwerker auf die Vesperpausen zu verteilen. Die Berliner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß die Verkürzung von der Arbeitszeit am Sonnabend in Abzug gebracht werden sollte. Jedenfalls entspricht das Vorgehen der Freien Vereinigung nicht dem Wortlaut des Vertrages, der die Verkürzung der Arbeitszeit der freien Vereinbarung der Parteien überläßt, die einseitige Beschlußfassung jedoch eine freie Vereinbarung nicht zuläßt.

Die Verwaltung hat in einer am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Schlichtungskommission versucht, eine den Wünschen unserer Kollegen entsprechende Vereinbarung herbeizuführen. Da sich die Unternehmer unseren Vorschlägen gegenüber ablehnend verhielten, muß das Einigungsamt, das heute, Freitag, zusammen-

tritt, über die Verteilung der einen Stunde entscheiden. Wir werden den Spruch des Einigungsamtes, sobald er gefällt ist, den Kollegen zur Kenntnis bringen.

## Die Ortsverwaltung.

### Die Markthallenarbeiter und die Demonstration.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Verband der Gemeinde- Berlin SO. 16, den 10. Februar 1909. und Staatsarbeiter.

### Gehehrte Redaktion!

Unter den im „Vorwärts“ erschienenen Berichten über die ArbeitslosenDemonstrationen am Dienstag geben Sie einer Notiz Raum, welche anscheinend polizeilichen Ursprungs ist. Es wird darin behauptet, daß die Arbeiter der Zentralmarkthalle sich einem Zuge von Demonstranten entgegenstellten und diese „mit Besenstielen und Schaufeln“ aufeinander getrieben hätten. Diese Behauptung ist von A bis Z unwarh; denn unsere im Dienst befindlichen Kollegen der Zentralmarkthalle hielten sich gerade zur fraglichen Zeit in ihrem Speiseraum auf.

Die in unserem Verbandsorganisierten Arbeiter der Zentralmarkthalle autorisieren uns aber auch zu der ferneren Erklärung, daß sie sich niemals so so zweifelhaften Diensten gegenüber stehenden Arbeitslosen, wie ihnen im angezogenen Bericht nachgesagt, mißbrauchen lassen würden.

Sie bittend, von Korrespondentem im „Vorwärts“ Notiz nehmen zu wollen, zeichnen

Mit Hochachtung und Parteigruß

Ortsverwaltung Berlin, SO. 16, Engelauer 14.

Emil Buchtz, Bevollmächtigter.

In einigen Blättern wurde übrigens gemeldet, es handle sich um Schlächtergefelln, die in der Zentralhalle tätig waren. Auch das scheint nicht zu stimmen. Wenn sich überhaupt Zivilisten den Demonstranten entgegenstellten, waren es vermutlich jene Nicht-Gentlemen in Zivilkleidung vierter Garnitur, die — wie in dem Prozeß wegen der sogenannten Brotkravalle in Berlin im Jahre 1892 gerichtlich festgestellt wurde — leider in den Arbeitslosenversammlungen eine große Rolle spielen.

## Deutsches Reich.

### Ein neuer Tarifvertrag im Malergewerbe.

Nach sechs monatlichen Verhandlungen ist endlich das Ziel erreicht worden, für den Malerberuf in Görlich einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Vor 1½ Jahren mußten die Gehilfen einen neunwöchentlichen hartnäckigen Streik um einen Tarif führen. Damals sträubten sich die Meister mit aller Energie dagegen; sie wollten unbedingt an ihrem Selbstbestimmungsrecht festhalten und waren allen Vorstellungen gegenüber unzugänglich, selbst die größten materiellen Opfer konnten sie nicht von ihrem überlebten Standpunkt abbringen. Leicht war es auch jetzt nicht, zum Ziele zu kommen, das beweist die lange Zeitdauer der Verhandlungen, bis endlich die Einsicht siegte, daß die Lage nun einmal vorbei sind, wo die Arbeitgeber allein Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen. Der Tarifvertrag, der nunmehr zwischen dem Zentralverband der Maler, Radierer, Anstreicher usw. und dem Arbeitgeberverband der Maler abgeschlossen ist, geht unter anderem fest: Eine sechsstündige tägliche Arbeitszeit; 43 Pf. Stundenlohn für Gehilfen über und 39 Pf. für Gehilfen unter 20 Jahren. Anstreicher erhalten 38 Pf. die Stunde. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pf., bei Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 20 Pf. die Stunde gezahlt. Die Auslösung bei Landarbeit beträgt täglich 1,50 M. Bei etwaiger Akkordarbeit ist der Stundenlohn zu garantieren. Die Ueberwachung des Vertrages erfolgt durch Vertreter der Gehilfen- und der Arbeitgeberorganisation. Der Tarifvertrag hat ein Jahr Geltung.

### Gewergerichtswahl in Leipzig.

Am Montag und Dienstag erfolgte in Leipzig die Vertreterwahl zum Geweregericht zum ersten Male unter dem Proportionalwahlssystem. Das Proportionalwahlssystem ist auf Verlangen der nationalen Arbeitervereinigung eingeführt worden. Da es auch für die Unternehmer gilt, so haben die Leipziger Arbeiter unter dem neuen Wahlsystem einen achtungswürdigen Erfolg zu verzeichnen, indem sie zum ersten Male 5 Unternehmerbeisitzer und 2 Stellvertreter bekamen. Von den 45 Vertretern entfielen auf die Zünfte: 40 Beisitzer und 12 Stellvertreter, auf die der freien Unternehmer 5 Beisitzer und 2 Stellvertreter. Bei der Arbeitervertreterwahl wurden 20370 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Gewerkschaftsliste 18895 und die Liste der nationalen Arbeiter 1875 Stimmen. Das Gewerkschaftsliste erhält 42, die nationalen Arbeiter 3 Beisitzer. So kommt für die Leipziger Arbeiterschaft bei der Proportionalwahl noch ein Plus von 2 Sitzen im Geweregericht gegen früher heraus.

### Zu der Abrechnung des Bergarbeiterverbandes

ist berichtigend zu bemerken, daß diese sich auf das volle Kalenderjahr erstreckt. — Der Irrtum war dadurch entstanden, daß die Abrechnung der Firma Hansmann u. Co., auf die die Grundstücke usw. des Verbandes eingetragen sind, an erster Stelle veröffentlicht wurden. Diese umfaßt nur 11 Monate, während die darunter befindliche Abrechnung des Verbandes keine Zeitangabe aufwies.

### Streik der Militärfabrikanten in München.

Die in der Militärfabrikantenfabrik von Weill u. Co. in München beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sämtlich die Arbeit niedergelegt. Die Veranlassung dazu war hauptsächlich der Umstand, daß die Firma bis bisherigen Akkordtarife kürzte und die Vertrouensentlieh. Diese Entlassung sahen die Arbeiter als eine Maßregelung an und beschloßen in einer Versammlung den allgemeinen Streik. In Betracht kommen 120 Arbeitnehmer.

## Ausland.

### 2000 Gutsmacher ausgesperrt.

In der Gutsfabrik G. Vorfalino in Megombria (Piemont) sind am 4. Februar sämtliche Arbeiter, mehr als 2000, ausgesperrt worden. Diese Maßnahme, die eine vorzüglich organisierte Arbeiterschaft betrifft, hat folgende Vorgeschichte: Im September vorigen Jahres schloß die Firma Vorfalino mit dem Zentralverband der Gutsmacher, Lokalverwaltung Alexandria, einen Tarifvertrag ab, in welchem beide Parteien sich verpflichteten, daß in der Schwarzfärberei 16 Arbeiter beschäftigt sein sollen für einen Tageslohn von 4 Lire; es sollten mindestens 16 Färbungen am Tage geliefert und für jede weitere Färbung 4 Lire extra gezahlt werden, in die sich die Arbeiter zu teilen hätten. In der Praxis erwies sich, daß die Arbeiter nicht die gewünschte Zahl von Färbungen zu liefern vermochten. Angesichts der den Erwartungen nicht entsprechenden Arbeitsleistung änderte die Firma ohne Rücksprache mit dem Zentralverband den Tarifvertrag, indem sie den Tageslohn der Produktion beibehielt, die Zahl der Arbeiter aber auf 14 herabsetzte und den Tageslohn auf 4,25 Lire erhöhte. Darauf traten die Arbeiter der Färberei in den Streik. Nunmehr erklärte die Firma, ohne die Färberei ihren Betrieb nicht aufrechterhalten zu können und sperrte die gesamte Arbeiterschaft aus.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein erfreulicher Fortschritt.

Frankfurt a. M., 11. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Kaufmannsgerichtswahl entfielen auf die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinen 234 Stimmen. Auf dieselbe entfielen 3 Beisitzer. Bei der Wahl im Jahre 1907 wurden 133 Stimmen abgegeben, worauf 1 Beisitzer entfiel.

Reichstag.

201. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Februar 1909. nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratssitzung: von Bethmann-Hollweg, Sydow.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs zum Reichshaushaltsetat für 1908. Esfordert werden 4 1/2 Millionen Mark zur Vergrößerung mehr ausgegebener und neuer Schahenweisungen und 1 718 329 M. zur Ausführung der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907. (Diese Zahlung kostet dann im ganzen 5 554 918 M.)

Abg. Sped (3.): Wir haben ein ganz gewaltiges Anwachsen der Reichsanleihen und der Schahenweisungen gerade in den letzten Jahren zu verzeichnen. Es bestand ursprünglich nicht die Absicht, Schahenweisungen anders als zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel zu verwenden. Trotzdem zwingt uns die Notlage des Reiches, der Forderung zuzustimmen. Auch der zweiten Forderung werden wir zustimmen; wir halten es für richtiger, daß diese Mittel, die durch die Berufs- und Betriebszählung nötig wurden, jetzt in einem Nachtragsetat gefordert werden, als daß bis zum ordentlichen Etat gewartet wird.

Abg. Ortel (nail.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage und fragt, ob nicht der Kriegsschatz von 120 Millionen als Unterlage der neuen Schahenweisungen mit herangezogen werden könne.

Reichsschatzsekretär Sydow: Ueber den Kriegsschatz darf nur im Kriegsfall verfügt werden; auch stehen diesem Geldschatz ja Reichsschatz als Gegengewicht gegenüber.

Abg. Raempf (fr. Sp.): So erschreckend, wie Herr Sped meint, ist die Summe von 600 Millionen Schahenweisungen nicht. Der Gedanke, den Kriegsschatz als Unterlage für Vantnoten im dreifachen Betrage zu verwenden und im Zusammenhang damit eine Reichsdepositenkasse zu gründen, den Abg. Ortel antwortet, ist volkswirtschaftlich ganz undurchführbar.

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.): Der Reichskriegsschatz darf anders als im Kriegsfall nicht angegriffen werden; aber den Gedanken der Gründung einer Reichsdepositenkasse möchte ich nicht für so undurchführbar halten wie der Vorredner.

Abg. v. Nächsthofen (L.): Der Vorlage stimmen wir zu. Der Kriegsschatz darf seinem Zwecke nicht entfremdet werden. Damit schließt die Diskussion. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, folgt die zweite Beratung sofort.

Debatte werden die einzelnen Forderungen und der Wortlaut des Etatsgesetzes angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Bei den Forderungen zur Unterstützung für das Germanische Museum in Nürnberg (108 700 M.), der Herausgabe der Monumenta Germaniae Historica (70 600 M.), für das Römisch-Germanische Museum in Mainz (30 000 M.) bemerkt

Abg. Thaler (3.): Leider haben wir in Deutschland keine gleichmäßigen Gesetze zum Denkmalschutz. Alle ehrenwürdigen Denkmäler der Vergangenheit fallen der Dummheit, der Geschmackslosigkeit, der Spekulation, der ideenlosen Rührertheit, dem platten Nützlichkeitsprinzip bejammernswert zum Opfer. Keulich ist erst wieder ein wunderschönes Tor in Säckingen beseitigt worden. Positive Vorschläge will ich nicht machen, denn die Reichsregierung ist hier nicht zuständig. Wohl aber will ich von dieser hohen Warte aus die Mahnung an die Bundesstaaten richten, auf die Erhaltung erhabener Schätze der Vergangenheit Bedacht nehmen zu wollen. (Beifall.)

Abg. Dr. Pfeiffer (3.) freut sich, daß aus den Monumenta Germaniae (Quellen zur deutschen Geschichte) einzelne Historiker, wie Otto v. Freisingen (Stauferzeit) in Schulausgaben herausgegeben werden. — Bei der steigenden Bedeutung der Zeitungen für die Zeitgeschichte würde sich die Errichtung eines Zeitungs-Museums empfehlen. Ferner wünscht Redner angesichts der Ueberfüllung des Berliner Museums für Völkerkunde Errichtung eines Reichs-Ethnologischen Museums, aber nicht in Berlin, sondern in irgendeiner anderen Stadt. (Rufe: Bamberg! — Große Heiterkeit. Redner ist nämlich Stadtrath in Bamberg.)

Kleines feuilleton.

Aus dem toten Hause. In welcher Weise die niederen Polizeiorgane in Rußland die Verhängung des „verstärkten Schutzes“ für ihre Geschäftszwecke benutzen, und in welcher ungenierter Art sie die Vollmachten der „verstärkten Gefängnisverwaltung“ mißbrauchen, zeigt ein Bericht von Tatsachen, der der „Vossischen Zeitung“ übermittelt wird. Gewöhnlich ist ein junger Physiologe, der in Berlin als Assistent wissenschaftlich tätig ist und sich niemals um Politik kümmert hat. Er war vor wenigen Wochen auf die aus Warschau eingetroffene Schredensnachricht, sein Bruder, ein Student, sei wegen Streikagitator in Gefängnis geworfen worden, nach Hause gereist. Von einem Diener begleitet, begab er sich mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken zum Bruder ins Gefängnis und wurde sogleich mit dem Diener „dabehalten“. Ohne Verhör, ohne Untersuchung vorläufig erst einmal auf Wochen eingesperrt. Man hatte ein Zimmer für vier Personen, in dem ein drakonisches Reglement einfach alles verbot. Alles was durch die Vorschriften untersagt, seitens der Aufseher aber zu einem ansehnlichen Preisluzant erlaubt. Eine von diesen Staatsstrafen hat sich bei elendem Gehalt in diesem sonst gar nicht fidelem Gefängnis in wenigen Jahren die Kleinigkeit von 50 000 Rubeln gespart, und erzählte das selbst in reizender Naivität. Die hygienischen Einrichtungen des Gefängnisses waren gleich Null. Niemals kamen die Gefangenen an die Luft, angeblich weil die Wauern des Hofes nicht hoch und fest genug waren, um Fluchtversuche unmöglich zu machen. Waschen mußten sich die Gefangenen auf dem Korridor an einem Wasserhahn. Bäder gab es nicht, das Essen war miserabel.

Eines Tages kommt ein Schub neuer Gefangener. In das Zimmer, in dem vorher vier Menschen gewohnt hatten, werden jetzt 20 gesteckt, darunter Kranke, Fiebernde, Schwindsüchtige, Galtberkungerte in Lumpen, denen der Bessergestellte seinen letzten Rock gab, weil sie vor Frost zitterten. Die vier vorhandenen Pfeifen, zur Nachtzeit dreifach belegt, reichen nicht aus, man legt sich zum Schlafen auf den Steinboden nieder. Eines Tages wird unter großem Geschrei eine todbende Frau in den Nebenraum gebracht. Durch ein Loch neben den Ofen beobachtet die Nachbarn, daß man die Frau nackt, in ihre Haare gefüllt, auf den bloßen Boden hingelegt hat. Dort bleibt sie sechs Tage liegen und stirbt am siebenten am Typhus. Mit den vier Gefangenen verfuhr man dergestalt, daß man ihnen täglich durch die Aufseher ankündigen ließ, man werde sie ohne Verhör aufhängen. Täglich kam ein Schub an den Galgen. Die zum Tode bestimmten Revolutionäre sangen den ganzen Tag und in den Nächten „gotteslästerliche“ Lieder. In der Stille der Nacht klang das furchtbare, dazu hörte man die Weinstämme der Verzweifelten durch die Gänge schallen und das Schreien der Geprügelten. Die vier Zimmergenossen sind noch immer ohne Verhör und in vollkommenster Ungewissheit über ihr Los. In einer Nacht gegen 3 Uhr morgens reißt man mit großem Gepolter die Türen auf und weckt unseren Gewächsmann. Schlaftrunken wird er zum Verhör geschleppt. Sieben Polizeileute erwarten ihn. Bei seinem Eintritt in das Verhörzimmer kommt einer von den sieben auf den Sträfling zu, reißt ihm die Hand und sagt: „Wie geht es dir, Tugge? Wir kennen uns doch aus dem revolutionären Klub!“ „Verstuchter Dügner,“ entgegnet der „Delinquent“, „die Zähne schlage ich dir ein!“ Diese Antwort wirkte Wunder, denn der „Präsident“ warf den ungehobenen Spiegel sofort hinaus. Nun folgte das Verhör. Es ergab nichts Befriedigendes als das eine, daß der Delinquent aus reichem Hause sei, was man übrigens bei seiner Verhaftung schon gewußt hatte. Sie wäre sonst wahrscheinlich gar nicht erfolgt. Denn gegen Zahlung von mehreren tausend Rubeln wurde nun er wie sein Bruder mit dem jungen Diener entlassen, und der Tisch in hatte wieder einmal ein recht hübsches Geschäft gemacht. Der Diener der beiden Brüder, der als ein harmloser, politisch unbeteiligter Mensch in das Gefängnis gekommen war, verließ die Haft als entragierter Revolutionär. Dazu hatten ihn alle die empörenden Szenen in wenigen Wochen gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die beiden Brüder, wären sie arm gewesen, hätten hängen müssen. Daß sie die Enthaltung erlebten, dankten sie doch nur einem Zufall, denn am Tage vor ihrer Entlassung begab sich folgendes: einige zum Tode Verurteilte sangen die Marseillaise. Man untersagte es ihnen. Sie prügelten die Aufseher, die ihnen das Singen verboten wollten. Jetzt wurden Soldaten beordert, die wahllos durch die Türen in die Zimmer hineinschleuderten. Der Gefangene hörte auf. Fünfzehn Tote — die beiden Brüder waren zufällig nicht darunter. So geht es in dem toten Hause der russischen Justiz zu.

Warum nicht in Bamberg? (Erneute Heiterkeit. Beifall im Zentrum.)

Siermit schließt die Diskussion. Die Titel werden bewilligt.

Verschiedene weitere Artikel werden debattelos oder nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Beim Titel: Zur Förderung der Seefischerei 350 000 M., bedauert

Abg. Dr. Hermes (fr. Sp.), daß für diesen Zweck nicht mehr aufgewendet wird; andere Länder täten bedeutend mehr zur Förderung der Hochseefischerei.

Abg. Dr. Hahn (L.) betont, daß unsere Hochseefischerei und Heringsfischerei durch die englische Konkurrenz stark bedroht ist; ihre Erhaltung ist eine Lebensfrage auch für unsere Kriegsmarine, die bei der Vernichtung unserer Hochseefischerei nicht mehr den genügenden Ersatz finden würde. Erhöhte Zölle, namentlich auf Heringe, würden dieser Gefahr vorbeugen. Auch unmittelbare Subvention müßte die Reedereien der Hochseefischerei erhalten. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Hochseefischerei muß über Wasser gehalten werden (Große Heiterkeit), und das kann nur durch Subvention seitens des Reiches geschehen. Die Mittel dazu können durch eine Dividendensteuer aufgebracht werden (Abg. bei den Freisinnigen), die Dividendensteuer ist besser als eine Vermögenssteuer. (Lachen und Widerspruch bei den Freisinnigen.) Wer mit mir eine nationale Politik auf dem Wasser treiben will (Große Heiterkeit), Sorge für die Erhaltung der deutschen Hochseefischerei. (Bravo! rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres: Die Regierung hat ein ebenso warmes Herz für unsere Hochseefischerei wie der Abg. Hahn. Wir wünschen nicht nur, daß sie über Wasser gehalten wird, sondern daß sie dauernd schwimmen kann. (Heiterkeit.) Im ganzen hat Herr Hahn die Lage der Hochseefischerei zutreffend geschildert, die sehr unter der ausländischen Konkurrenz leidet. Das beste Mittel dagegen ist und bleibt der Schutz. (Sehr richtig! rechts.) An allgemeine Fischzölle kann aber jetzt nicht gedacht werden (Rufe rechts: Leider!), das verhindern die bestehenden Handelsverträge. Nur an eine Erhöhung des Heringszolls könnte man denken! Aber man muß erwägen, daß gerade der Hering zur Nahrung des kleinen Mannes gehört und daß die Fischereigesellschaften früher große Gewinne hatten. Wenn die Notlage vorübergehend ist, soll man zur Abhilfe nicht dauernde Mittel vorschlagen, wie Herr Hahn getan hat. Unsere Kriegsmarine findet übrigens ihren Ersatz wesentlich nicht aus der Mannschaft der Fischereidampfer, sondern von der Mannschaft der deutschen Segelschiffe. Eine Subvention ohne jede Gegenleistung seitens des Reiches zu gewähren, wäre ein sehr bedenkliches Prinzip. (Sehr richtig! links.) Wir meinen auch, daß die Hochseefischerei-Gesellschaften nicht vor dem Untergang stehen, sondern sich aus eigener Kraft über Wasser halten werden. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Gothein (fr. Sp.) bedauert zunächst, daß aus diesem Fonds nur die Nordseefischerei, nicht auch die Ostseefischerei unterstützt wird und polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Hahn: Herr Hahn hat sehr patriotische Worte mit Beziehung auf die Kriegsmarine gesprochen, er hat also seine Anschauungen über die „gräßliche Flotte“ gründlich geändert. Ich bin selbst Aktionär einiger Hochseefischerien (Hört! hört! rechts), ja wohl, ich will die Hochseefischerei unterstützen, und das geschieht doch am besten durch Anwendung von Kapital. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Natürlich freue ich mich über hohe Dividenden mehr als über niedrige. (Große Heiterkeit.) Dr. Hahn hat sich wahrhaft ungeheuerliche Aufstellungen und Behauptungen geleistet. (Sehr richtig! links.) Er scheint zu verlangen, daß die Ostseefischer ihren Fischbedarf über Altona oder Westmünde beziehen. Herr Dr. Hahn ist eben neuerdings aus Fischhändler geworden. (Große Heiterkeit.) Fischzollhebung heißt wenigstens für die Sommermonate ganz einfach: Verhinderung der Einfuhr von Fischen! (Sehr richtig! links.) Dabei sind die Fische eines der wichtigsten Volkswirtschaftsmittel. Durch den von Dr. Hahn geforderten Fischzoll wird in Zeiten der Fleischverknappung der breiten Masse die letzte eintweihaltige Nahrung entzogen. (Sehr wahr! links.)

Bedauerlich ist, das Geheimrat von Jonquieres am belgischen Handelsverträge unschuldig zu sein behauptete. Erblickt er etwa im Abdruck des belgischen Handelsvertrages ein Verschulden des Bundesrats? (Sehr gut! links.) Herr Dr. Hahn schwärmt sehr

für Dividendensteuern. Da ist es doch besser, man nimmt nicht eine Einkommensart heraus, sondern führt eine Reichsvermögenssteuer ein. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Hahn (L.) fordert den Abg. Gothein auf, mit ihm im Lande herumzureisen und überall mit ihm Redebuelle zu veranstalten. (Abg. Gothein lehnt die Einladung dankend ab.) Redner lobt die Freisinnigen seines Kreises, die in der Stichwahl für ihn stimmen „der Sache der Ordnung wegen“. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Doch wir Konservativen an der betreffenden Bestimmung des belgischen Handelsvertrages unschuldig sind, weiß der ganze Reichstag mit Ausnahme des Herrn von (L) Gothein. (Stürmische Heiterkeit. Jemanden Junker ruft: Is ja jar nich adlig!) Nun, dann wird er es vielleicht noch. In der Zeit der Vlodpolitik ist alles möglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im Verlauf der biographischen Notizen, die der Redner alsdann über seine parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit gibt, kommt er auch auf das Wort von der „gräßlichen Flotte“ zu sprechen, das nur ganz harmlos im Privatgespräch gefallen sein könne. (Lautes Lachen links.)

Redner fährt dann fort: Daß nur ich zu der Veranlassung der Fischereireferenten, in der diese Frage verhandelt wurde, eingeladen wurde, ist nicht meine Schuld. Ich habe die Interessenten aufgefordert, auch die Herren Tracrer, Fechter usw. einzuladen. Die sozialdemokratischen Vertreter von Hamburg usw. einzuladen, habe ich allerdings nicht vorge schlagen, da ich mir von ihrer Mitwirkung keinen Nutzen versprach nach der in dieser Frage in der Posttarifkommission von Stadthagen eingenommenen Haltung (Abg. Stadthagen: Ich bitte um Wort! Große Heiterkeit.) Meine Rede war keine Wahlrede, sondern der Ausdruck meiner Ueberzeugung, also hoch über dem Niveau einer Wahlrede stehend. (Stürmische Heiterkeit links.) Das Vermögen ist zur Genüge von den Einzelstaaten besteuert. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Reich möge die Dividenden, z. B. die des Abg. Gothein, besteuern. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Herr Hahn geht ins Ministerium, um billige Pacht für einen Domänenpächter zu erhalten, also in sehr privatem Interesse! Derartiges tue ich eben nicht. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Herr Hahn meinte, Norwegen habe nur ein geringes Interesse am Meer. Norwegen, meine Herren, das im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die größte Handelsflotte hat. Das zeigt die tiefgründigen Kenntnisse des Herrn Dr. Hahn. (Sehr gut! b. d. Freil.) Herr Hahn klagte wieder über die Not der Landwirtschaft. Ich bin als Grundbesitzer sehr zufrieden mit meiner Grundrente. (Hört! hört! rechts.) Ich habe nicht das Talent zur Unzufriedenheit und Begehrlichkeit, wie Sie, meine Herren! (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Was die Einladungen zu der von Herrn Hahn erwählten Veranlassung der Fischereireferenten anlangt, so zeigen seine Ausführungen, daß die Einladungen und die ganze Aktion von Herrn Hahn ausging. (Widerspruch rechts.) Beweis, lesen Sie nur das Stenogramm der Rede, aber bitte, Herr Hahn, korrigieren Sie das Stenogramm nicht vorher! (Sehr gut! b. d. Freisinnigen.) Die Dividendensteuer, die Herr Hahn statt der Vermögenssteuer vorschlägt, würde vor allem den Mittelstand treffen, die Hunderttausende der kleinen Aktionäre, nicht aber die Milionäre. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Was schließlich die Einladung des Herrn Hahn betrifft, mit ihm herumzureisen — nun, ich kann ja sehr viel vertragen, aber so gemüthlich, Herr Hahn, bin ich nicht. (Schallende Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Herr Dr. Hahn bemerkte, daß er zu einer Zusammenkunft der Fischerei-Interessenten Sozialdemokraten nicht eingeladen habe. Dabei hat ihn jedenfalls das böse Gewissen getrieben. Herr Hahn muß wissen, daß die außerordentliche Not nicht der Großaktionäre, nicht der Direktoren, nicht der Interessenten, für die er eintritt, sondern der Seefischer zeitlich zusammenfällt mit der Verteuerung aller Bedarfsartikel der Fischerei infolge des von Herrn Hahn besonders propagierten Schutzzolles und der künstlichen Verteuerung der Produktionsmittel. Wer war es denn, der in der Kommission taub war gegenüber allen Bitten, gerade die Bedarfsartikel der Fischer nicht durch den Zoll zu erhöhen? Wer ist für den Garnzoll, für den Reyzoll eingetreten? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst ein konservativer Herr, der die Verhältnisse in Mecklenburg genau kennt, trat im Plenum mit aller Energie gegen den Reyzoll auf. Aber die Freunde

Nordpolarmeer bereits so breit, daß man ernste Bedenken äußern darf, ob demgegenüber alle guten Wünsche und Verordnungen zum Schutz der Wale etwas nützen werden.

Humor und Satire.

Zwischenspiel.

Bemerklich an die Brust gesunken, durch die Strahlen festerlich kuschelt, dann gehockt, geburrt und getrunken, ein paar Helmbüchse dekoriert...

Auf den Strahlen zirkulfröhe Kinder, hier und da ein kleiner Ohnmachtsfall, ein begeistert taumelnder Jüngling, sehr viel Polizei allüberall...

Mit den bruderbrünstigen Monarchen fühlt der bruderbrünstige Patriot. Aber laßt sie nur den Hauch verschmähen — und bereits im Katermorgenrot

werden wir, „dem ganzen Erdball trübend“, „Auf dem Wasser liegt die Zukunft!“ schreien, und in England stellt man noch ein Dutzend Panzerkreuzer in das Budget ein.

Franz.

Notizen.

— Musikchronik. Das dritte Sonntagskonzert des Charlottenburger Schiller-Theaters findet Sonntag, den 14. mittags 12 Uhr statt. Das Programm bringt außer dem gefangenen Teil eine Sonate für Viola mit Begleitung des Pianoforte von St. Scharwenka und das Klaviertrio in C-moll, op. 1, Nr. 3 von Beethoven.

— Theaterchronik. Am Sonntag, den 14. wird in der Hochschule für Musik unter Leitung von Julius Tiel „Minna von Barnhelm“ aufgeführt.

— Städte, die gehen. Das Streben der meisten Berliner Theater ist auf das Saisonziel gerichtet, das eine halbe oder ganze Saison, vielleicht auch mehrere hindurch das Repertoire in der Hauptsache bestreitet. Die literarischen Theater, die noch anderen Ehrgeiz kennen, machen die Mode etwas verächtlich mit, sind aber froh, wenn sie auch einmal ein solches Stück erwischen. Das Lessing-Theater hat hat in dem französischen Narembalschwanz „Der König“ eine solche Unterhaltungsware eingeschmuggelt. Dieser „König“ hat bereits 80 000 M. eingetragen und zieht so sehr, daß man die Erlaufführung von Hauptmanns neuem Drama „Griseba“ des „Königs“ wegen auf den 6. März verschiebt. Wenn das im „börnenhem“ Lessing-Theater geschieht, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie es in anderen Theatern aussieht.

— Die Wandgemälde im Sitzungssaal des Reichstages. Der Hauptauschuh der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft in München hat, wie die „Berliner Post“ meldet, an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, er möge für die Wandgemälde des Sitzungssaales einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb unter den deutschen Künstlern ausschreiben.

des Herrn Dr. Hahn traten mit aller Macht für die Verteuerung der Bedarfsartikel der Fischerei ein. Herr Hahn muß die Schiffer außerordentlich tief einschätzen, wenn er glaubt, ihnen klar machen zu können, daß die Verteuerung ihrer Produktionsmittel und Bedarfsartikel für sie einen Schuß bedeutet. Ich bedaure, daß auch der Vertreter der verbündeten Regierungen so tief in der Erkenntnis der wirklichen Dinge zurückgeblieben ist.

**Präsident Graf Stolberg:** Sie dürfen von einem Mitgliede der Regierung nicht sagen, daß er auf einer tiefen Höhe (Schallende Heiterkeit) der Erkenntnis steht.

**Abg. Stadthagen (fortfahrend):** Ich bedaure, daß die Regierung bei diesem Titel von Herrn Hahn dazu gedrängt wird, die kapitalistischen Gesellschaften noch mehr zu unterstützen. Der Großbetrieb der Hochseefischerei ist ein Unglück für die in der Fischerei wirklich Arbeitenden, für die kleinen Fischer, und ich bedaure, daß gerade für die von den 350 000 R. so wenig abfällt. Herr Hahn tritt für das Kapital ein, das die Arbeit verwertet, und verlangt für diese einen besonderen Schutz. Zwei Millionen will er dann noch extra durch Dividendensteuer aufbringen. Dieses „Sparen“ erinnert an das des Reichskanzlers, das uns in den nächsten Jahren bis 1913 105 Millionen Mehrkosten für das Meer, 116 Millionen mehr für die Marine kostet. Statt der Dividendensteuer liegt es doch viel näher, die großen Vermögen zu treffen, vor allem die auf dem Lande. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In Preußen haben ein Einkommen über 3000 R. und ein Vermögen von über 20 000 R. nur 1,14 Proz. der Bevölkerung, im ganzen nur 424 969 Personen. Diese hatten im Jahre 1906 ein Vermögen von 8 1/2 Milliarden. Drei Jahre vorher betrug ihr Vermögen 7 1/2 Milliarden und drei Jahre früher 6 1/2 Milliarden, es ist also damals in drei Jahren um 8 Milliarden und dann wieder in drei Jahren um 10 Milliarden gestiegen. Wenn Sie von dem Vermögen dieser paar Leute nur 1 Proz. durch die Steuer nehmen, so haben Sie viel mehr davon als Herr Hahn aus der Dividendensteuer herausgerechnet hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das fählt ja auch der Meistbedingte. Wenn Sie auf der einen Seite sagen, Sie wollen einer großen Gesellschaft, welche Dividenden bezahlt, aus dem Reichsstaats eine Unterstützung geben, und wenn Sie andererseits sagen, diese Unterstützung soll aus einer Dividendensteuer herauskommen, so ist das doch ein kompletter Widerspruch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da muß sich ja jeder sagen: Warum legen Sie nicht lieber eine Steuer auf das Vermögen? Aber damit würden Sie eben die großen Steuer auf dem Lande treffen, deren Vermögen vor sechs Jahren 19 000 Millionen betrug, in drei Jahren auf 20 272 Millionen gewachsen ist und wiederum in drei Jahren auf 22 749 Millionen, also auf weit über 22 1/2 Milliarden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das glaubt Ihnen doch niemand, daß die arme Landwirtschaft die Vermögenssteuer nicht anbringen kann.

Eine Erhöhung des Heringszollens kann die Arbeit nicht schädigen. (Zuruf rechts: Ach, das sind ja taule Fische!) Große Heiterkeit. Wenn Sie den Fischern die Produktionskosten verringern wollen, so müssen Sie weit eher als an erhöhte Zölle an eine Aushebung der Zölle auf Holz, Eisen usw. denken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber möchte ich die Regierung bitten, mehr als bisher für die wirklich arbeitenden kleinen Seefischer herzugeben und nicht den großen kapitalistischen Gesellschaften noch mehr in den Rücken zu werfen. Geben Sie vielmehr den kleinen etwas mehr, dann tun Sie auch etwas für die Arbeiter, die wirklich in Not sind. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Hahn (L.):** Die Rede, die wir eben gehört haben, zeigt, daß die Sozialdemokratie jede Situation für sich auszunutzen sucht. Sonst schwärmt die Sozialdemokratie für die Konzentration, für die Großbetriebe, und hier tritt Herr Stadthagen für die kleinen Fischer ein. (Hört! hört! rechts.) Die Fischer sollten Herrn Stadthagen nur einmal sehen und hören, dann würden sie seine Sympathie für ihn empfinden. (Bravo! rechts.) In dieser Frage bin ich der Arbeiterfreund. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Entwidlung ist nun einmal so, daß nur der Großbetrieb in der Seefischerei sich halten kann. Durch die kleine Subvention, die wir für den Großbetrieb verlangen, wollen wir nur den deutschen Hochseefischern die Arbeitsgelegenheit erhalten. Herr Stadthagen aber will diese Produktionsgelegenheit ruhig zugrunde gehen lassen des Prinzips und der Theorie zuliebe und die Arbeiter damit selbst umbringen. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Dahlem (B.)** verlangt, daß für die Rheinfischerei mehr ge-  
schehe.

**Abg. Dr. Stengel (fr. Sp.):** Die Tätigkeit des Bundes der Landwirte auf dem Gebiete der Domänenwirtschaft hat mich in den Reichstag gebracht. (Hört! hört! links.) Im Interesse einer einzelnen Familie finden hunderte Familien keine Arbeit. (Sehr wahr! links.)

**Abg. Gothein (fr. Sp.):** Das Reisen mit Herrn Hahn durch Deutschland habe ich aus Altruismus abgelehnt. Wenn ich immer solche Reden hören müßte wie die seinen, so würde ich freestant werden, und das könnte für meinen Begleiter sehr unangenehm werden. (Stürmische Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Hahn (L.), Stengel (fr. Sp.), Hegler (fr. Sp.), Gothein (fr. Sp.) wird der Titel bewilligt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.  
Schluß 7 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung Donnerstag, den 11. Februar 1909,  
vormittags 11 Uhr.

### Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Besprechung des Berichtes der Wahlprüfungskommission über die Wahl der sozialdemokratischen Abgeordneten Bergmann, Heumann, Dirich und Hoffmann wird fortgesetzt.

**Abg. Dr. Hager (B.):** Wir stehen der Sache ganz unparteiisch gegenüber. Wie der Protestgrund in die Akten hineingelegt ist, ist ganz gleichgültig. Nachdem er einmal vorliegt, muß er vom Hause geprüft werden. Wir haben gestern die Wahl des Abg. Koele ganz ohne Widerspruch für ungültig erklärt, obgleich gar kein Protest vorlag. Und liegt vor allem daran, einen unbedingt gültigen Wahlakt für die Auffstellung der Listen festzulegen. Wir wollen nicht außer der Wahlkreisgeometrie auch noch eine Wahlkreisarithmetik, bei der die Regierung in der Lage wäre, immer das Steuerjahr der Listen-auffstellung zugrunde zu legen, welches der ihr genehmen politischen Richtung am günstigsten ist. Wir wollen klar sehen, warum die Stadt Berlin gerade so vorgegangen ist und welches das Resultat wäre, wenn die Listen anders aufgestellt worden wären. Es muß auch festgestellt werden, ob wirklich durch eine andere Listenauffstellung das Wahlergebnis ein erheblich anderes geworden wäre. Wie der Protest des Leutnants Wohl auszuliegen ist, darauf gehe ich jetzt nicht weiter ein. Die Hauptsache ist, daß der Protest zurückgezogen ist, soweit er sich auf alle 12 Berliner Wahlkreise bezog. Nach der Praxis im Reichstage kann jeder Protest ohne weiteres ohne Angabe von Gründen zurückgezogen werden. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob beim Ruffieren der 4 Mandate eine freiwillige Mandatniederlegung der übrigen 8 Berliner Mandate in Betracht kommen könnte. Jedenfalls werden wir streng nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung handeln, die der sicherste Schutz der Minorität ist. (Bravo! im Zentrum.)

**Abg. Dr. Bachmide (fr. Sp.):** Der Redner der Sozialdemokratie hat gestern versucht, durch Hineinziehen einer großen Anzahl von Nebenbeneden die Aufmerksamkeit von dem Kern der Sache abzulenken. Eine Reihe der Behauptungen des „Vorwärts“ sind bereits gestern als objektiv unwahr festgestellt worden. Es fragt sich, ob der „Vorwärts“ den Zustand besitzen wird, das auch öffentlich zuzugeben. Die Herren Kronsohn und Mallewiy hatten nichts anderes zu tun, als den Protest der Wahlprüfungskommission zu übergeben. Heute

liegt nichts weiter vor als der Antrag der Kommission auf Beweiserhebungen. Es scheint, daß die Herren von der Sozialdemokratie sogar gegen diese Erhebungen sind. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es freut mich, das zu hören. Aus der gestrigen Rede des Herrn Strödel war das nicht zu ersehen. Dann hätte Herr Strödel sich seine ganzen übrigen Ausführungen ersparen können. (Sehr richtig! rechts.) Daß der Protest des Leutnants Wohl sich nur gegen die Wahl im 12. Berliner Wahlkreise richtet, ist nach seiner Interpretation klar. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sch e b u n g!) Das sind nicht Erhebungen, sondern das sind die gewohnheitsmäßigen Verdächtigungen, mit denen man auf einer gewissen Seite stets gegen den Gegner vorgeht. (Sehr richtig! rechts.) Sie lassen eben Dinge, die absolut klar liegen, nicht gelten. Nach § 5 b der Geschäftsordnung sind die Wahlen, sobald die Einspruchsfrist abgelaufen und kein Protest eingegangen ist, definitiv gültig. Wenn Sie also verlangen, daß auch die übrigen Berliner Wahlen für ungültig erklärt werden, muten Sie uns zu, das Gesetz des Hauses mit vollem Bewußtsein zu brechen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Uebrigens verweise ich auf folgendes: Die Sozialdemokraten sagen, in Rixdorf sollte so verfahren werden sollen, wie in Berlin verfahren worden ist; sie geben zu, daß das Verfahren des Berliner Magistrats für ihre Partei günstig gewesen ist. Daraus folgt unbedingt, daß die Wahlkreise, in denen trotz der für die Sozialdemokratie günstigeren Listenauffstellung die Mehrheit der Wähler sich gegen die Sozialdemokratie erklärt hat, von einer sozialdemokratischen Vertretung nicht wissen wollen. Also die Gewählten sind in diesen Wahlkreisen auf keinen Fall zu Unrecht gewählt, und sie haben deshalb auch keineswegs die Pflicht, ihre Mandate niederzulegen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Prüfung der Frage, ob die Anstufung des Magistrats über die Listenauffstellung genügt, um die Wahl zu kassieren, behalten wir uns vor. — Was nun den anderen Protestgrund des sozialdemokratischen Terrorismus anlangt, so hat man bisher private Beeinflussung, wenn sie nicht einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hätte, zwar auch scharf verurteilt, aber nicht als Kassationsgrund benutzt. Anders wird aber die Sache, wenn dazu Übergangsweg wird, allgemein von Partei wegen, wie in diesem Falle, die Parole auszugeben: Arbeitet mit dem wirtschaftlichen Volk! Wenn das nachgewiesen wird und wenn auch nachgewiesen wird, daß von dieser Empfehlung in einer großen Zahl von Fällen tatsächlich Gebrauch gemacht worden ist und daß man auch für die Zukunft sogar in noch stärkerem Maße davon Gebrauch machen will, dann werden wir es uns allerdings zu überlegen haben, ob die Wirkung einer solchen Parole nicht viel weiter geht als die Wirkung einer nicht ganz richtigen Listen-auffstellung, und ob nicht auf Grund eines solchen systematisch geübten Terrors die Wahlen allein zu kassieren wären. Zum Schluß möchte ich den Herren der Rechten zurufen: Wenn Sie solche Verhandlungen für die Zukunft ganz unmöglich machen wollen, wenn Sie zur Hebung der politischen Moral beitragen wollen, so schaffen Sie die öffentliche Wahl ab und führen Sie das geheime Wahlrecht ein. (Bravo! links, Gelächter rechts.)

**Abg. Wismann (natl.):** Nachdem die Herren Sozialdemokraten erklärt haben, sie würden dem Antrage der Kommission zustimmen, verstehe ich nicht, was diese tagelangen Debatten für einen Zweck haben sollen. Daß mein Rechtsempfinden schwer verletzt wurde, als ich erfuhr, daß nur die 4 Wahlen eventuell kassiert werden sollten und nicht alle 12 Berliner Wahlen, gehe ich zu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung haben wir nicht mehr die Möglichkeit, die anderen 8 Wahlen zu kassieren.

**Abg. Mallewiy (L.):** Die Ausführungen des Herrn Bachmide haben bis auf den Schluß den uneingeschränkten Beifall meiner Freunde gefunden. Herr Strödel hat gestern die Bestimmungen der Geschäftsordnung mit größter Nichtachtung behandelt. Wenn Herr Strödel sagte, es könne seiner Partei gar nichts Angeheimeres geschehen als die Kassierung der Mandate. (Zuruf des Abgeordneten Bergmann: Vom agitatorischen Standpunkte aus!) — Sie haben also zwei Standpunkte. (Heiterkeit rechts.) Wir wissen ja allerdings, daß Sie nur immer gegen die Kassierung von Wahlen auftraten, wenn es sich um Ihre Freunde handelt. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Schreien Sie doch nicht so, Herr Hoffmann, Sie sind ja noch nicht draußen. (Große Heiterkeit rechts.) Wenn Sie ein so lebhaftes Interesse haben an der Ungültigkeitserklärung Ihrer Wahlen, so begreife ich umso weniger die fürchterlichen Ausfälle des Herrn Strödel gegen die Kommission, die Abteilung und das ganze Haus. Diese Angriffe beweisen uns nur, wie unsicher Sie sich fühlen und welche Angst Sie davor haben, daß Ihnen wirklich die Tür aufgemacht wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Vorwurf, daß die Referenten in der siebenten Abteilung ihre Schuldigkeit nicht getan hätten, ist ganz unhaltbar. Nach der Geschäftsordnung werden Proteste den Abteilungen überhaupt nicht zur Prüfung überwiesen. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen stelle ich fest, daß der siebenten Abteilung auch die Herren Bergmann und Dirich angehört, sie waren aber in der betreffenden Sitzung nicht anwesend. (Hört! hört! rechts.) Also weil Sie Ihre Pflicht nicht erfüllt haben, machen Sie uns nun Vorwürfe, als wenn wir an dem Verlauf der Dinge schuld wären. Sie konnten ja Kenntnis von den Abteilungsakten nehmen. Warum haben Sie denn nicht gegen die freisinnigen Wahlen protestiert? (Abg. Dirich: Dazu waren wir zu ansüßig!) Große Heiterkeit rechts.) Nein, Sie haben es nicht getan, um Ihre eigenen Mandate nicht zu gefährden. Wenn Sie von den Freisinnigen jetzt die Niederlegung der Mandate verlangen, so sollten doch die Herren Strödel und Liebschütz erst mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden dem Antrage der Kommission zustimmen, sehen aber in ihm noch keine Entscheidung über die Frage der Gültigkeit der Wahlen. (Bravo! rechts.)

**Abg. Pabste (R.):** Meine Freunde werden dem Kommissionsantrage zustimmen. Wir wollen dem objektiven Recht Geltung verschaffen, wünschen aber nicht, daß es Halt macht vor der Sozialdemokratie.

**Abg. Kronsohn (fr. Sp.)** betont, daß die anderen acht Wahlen in Berlin bereits für gültig erklärt waren, als die 7. Abteilung sich mit dem Protest des Leutnants Wohl gegen die Wahl im 12. Berliner Wahlkreise zu beschäftigen hatte.

**Abg. Strödel (Soz.):**

Herr Fischbed hat gestern die mich niederschmetternde Behauptung aufgestellt, daß meine Ausführungen einen Rattenkönig von Mißverständnissen, von Unkenntnis der Geschäftsordnung dargestellt hätten. Er hat es aber unterlassen, auch nur einen einzigen Beweis für diese Behauptungen anzuführen. Er sagte, ich hätte den Antrag der Kommission nicht verstanden; nicht wegen des Terrors wäre die Wahl beanstandet, sondern wegen der ungleichmäßigen Listen-auffstellungen. Ich habe das anfangs auch geglaubt. Aber die Ausführungen im Bericht der Kommission haben mich zu einer anderen Auffassung gebracht. In dem Bericht wird auf einen Brief meines Parteigenossen Bergmann hingewiesen, und dieser Brief bezog sich auf die Behauptung des „Terror“ und verlangte dafür die Verbringung von Weiseln! Ueberhaupt war von dem „Terror“ im Bericht der Kommission mit aller Ausführlichkeit die Rede. Wenn ich also zu der Auffassung gelangt bin, daß die Beanstandung erfolgen solle, einmal wegen der Listenauffstellung, zweitens wegen des „Terror“, so liegt die Schuld bei Herrn Fischbed, der dem Briefe Bergmanns die ganz eigenartige Deutung gegeben hat, als verlange er Beweiserhebungen über die Listenauffstellung.

Ran sagt nun, die anderen Berliner Wahlen seien bereits für gültig erklärt gewesen. Das ist ganz richtig. Der „Vorwärts“ sowie auch ich gestern haben deshalb darauf hingewiesen, daß der Fehler schon von der Abteilung begangen worden ist, deren Berichtshatter ihre Pflicht verabsäumt haben, indem sie der Abteilung nicht von dem vollen und wirklichen Inhalt des Protestes des Leutnants Wohl Kenntnis gegeben haben. Auch nach den Erklärungen der Herren Kronsohn und Mallewiy muß ich bei dieser Auffassung verbleiben, daß die Herren nicht so objektiv Bericht erstattet haben, wie sie es hätten tun müssen; sie hätten Mitteilung davon machen müssen, daß dieser Protest sich auf alle zwölf Berliner Wahlkreise bezog. Herr Mallewiy hat uns

ja das Kompliment gemacht, daß, wenn wir in der Abteilung gewesen wären, wir korrekter verfahren wären. Also die Kenntnis von dem vollen Inhalt des Protestes ist nicht gegeben worden und daher die Ueberraskung und Verblüffung der Kommissionsmitglieder, die selbst von dem Redner der Nationalliberalen hier zugegeben worden ist. Ich glaube, es waren auch noch eine ganze Menge anderer Mitglieder der Kommission, die im höchsten Grade befremdet und unangenehm berührt waren, daß von diesen Dingen keine Mitteilung gemacht worden war. Außerdem halte ich weiter anrecht, daß auch die Referenten der Wahlprüfungskommission dieser nicht Kenntnis gegeben haben von dem vollen Inhalt des Protestes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst nachträglich, nachdem der „Vorwärts“ und Kollege Heumann die Sache ans Tageslicht gezogen hatten, wurde in der Wahlprüfungskommission beschlossen, dem Hause den Protest in vollem Umfange mitzuteilen, den man vorher verschwiegen hatte. Die Herren, die den Protest nicht in vollem Umfange zur Kenntnis gegeben hatten, waren die Herren Fischbed und Stroffer!

Kollege Fischbed meinte, die Listenauffstellung in Berlin sei falsch, weil das Gesetz verlange, daß für alle Wähler ein gemeinsamer Zeitpunkt genommen werde. Der Bericht der Wahlprüfungskommission, der von Herrn Fischbed selbst stammt, betont aber ausdrücklich, daß die Kommission sich nicht an den Wortlaut des Gesetzes gehalten, sondern erklärt habe, die Wahl müsse beanstandet werden, weil durch die Listenauffstellung einzelne Teile der Wählerschaft benachteiligt sein könnten. Wenn man diesen Standpunkt einnimmt, daß bei der Listenauffstellung keine Wähler benachteiligt werden dürfen dadurch, daß sie eventuell mit einer zu geringen Steuer eingestuft werden, dann darf man doch objektivweise nicht nur die Interessen der Wähler mit weniger als 3000 R. Einkommen berücksichtigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hat aber die Kommission getan. Sie hat nicht berücksichtigt die Interessen der großen Masse der Wähler mit weniger als 3000 R. Einkommen. Daß das die große Masse ist, beweist auch die Statistik über die Einkommensteuerveranlagung, wonach nur 10 Proz. aller Wähler ein Einkommen von mehr als 3000 R. beziehen. Wenn man eine Benachteiligung von Seiten der Wähler durch die Listenauffstellung verhtäten will, so muß man doch auf die Interessen der neun Zehntel, also der großen Masse der Wähler Rücksicht nehmen, und wenn das eine Zehntel geschädigt ist, so muß eben das Gesetz geändert werden. Nun meinte Herr Fischbed, ich hätte mich nur deshalb der Wähler unter 3000 R. angenommen, weil das die sozialdemokratischen Wähler sind. In der Tat habe ich immer nur von der Masse geredet und kein Wort von Sozialdemokraten gesagt. Leider hat die Sozialdemokratie noch nicht neun Zehntel der gesamten Bevölkerung auf ihre Seite gebracht. Ich hoffe aber, daß dies bald der Fall sein wird. (Lachen rechts.) Aber auch dann darf man doch die Interessen dieser neun Zehntel nicht geringer einschätzen, weil sie Anhänger der Sozialdemokratie sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist dann behauptet worden, der Fall in Rixdorf läge ganz ähnlich wie der Fall in Berlin. Nein, in

### Rixdorf und Schöneberg

lag die Sache ganz anders: Für Schöneberg war das Jahr 1908, für Rixdorf das Jahr 1907 zugrunde gelegt worden. Das war um so unkorrekter, als Schöneberg keine Arbeiterstadt, Rixdorf aber eine Arbeiterstadt ist, so daß bei der starken Heranziehung der Arbeiterwähler zur Einkommensteuer im Jahre 1908 die Zugrundelegung des Jahres 1907 für Rixdorf eine schwere Benachteiligung bedeutete. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Gesetz müßten die Listen nach der zu entrichtenden Steuer aufgestellt werden. Es handelt sich in Rixdorf um die Frage, ob die Steuerlisten für 1908 bereits fertig waren. Wenn nachgewiesen wird, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft, dann ist natürlich unser Protest gegen diese Wahl hin-fällig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hätten mir gewünscht, daß in der Wahlprüfungskommission Herr Fischbed auch die Nachprüfung dieser von der Sozialdemokratie behaupteten Tatsache beantragt hätte, während von ihm der Gegenprotest von freisinniger Seite, in dem behauptet wird, die Listenauffstellung sei noch nicht vollständig gewesen, als genügende Information angelesen wurde. Das war nicht korrekt. Man hätte auch dort beschließen sollen, beim Magistrat von Rixdorf anzufordern, nach welchen Grundsätzen er bei seiner Listenauffstellung verfahren ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie können natürlich nicht erwarten, daß wir so gutmütig sind, wo offensbare Fehler vorliegen, diese zu vertuschen und von den Mitteln, die das Gesetz und zur Kassierung einer Wahl an die Hand gibt, nicht Gebrauch zu machen. Daß wir aber mit zweierlei Maß messen, je nachdem es sich um einen Sozialdemokraten oder einen bürgerlichen Abgeordneten handelt, das soll uns erst bewiesen werden. Aus dem Fall Rixdorf-Schöneberg geht gerade das Gegenteil hervor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daß wie Herr Stroffer behauptet, der „Vorwärts“ der ganzen Wahlprüfungskommission Schurkerei vorgeworfen hätte, ist unrichtig. Er hat nur

### das Verhalten des Herrn Fischbed und seiner Hinterlassen

gekennzeichnet, die erst dann, als ihre Mandate nicht mehr ange-sprochen werden konnten, die Gelegenheit benutzten, die vier Sozialdemokraten hinauszufahren. In dem Artikel war ausdrücklich ausgeführt: Nach der Information, die die Kommission von Herrn Fischbed erhalten hatte, konnte sie nicht anders handeln. Herr Stroffer hat dann auch sehr humoristische Ausführungen darüber gemacht, daß die Sozialdemokratie den Staat umfärzen wolle und daß deshalb auch kein Beamter sozialdemokratisch wählen dürfe. Das hat er nicht als Terror bezeichnet! Im Gegenteil, er hat es als das gute Recht des Staates bezeichnet, den Beamten vorzuschreiben, daß sie keine Sozialdemokraten sein dürfen! Ja, da proklamieren Sie doch ein ganz eigenartliches Ausnahmerecht gegen die Beamten. Die Sozialdemokratie ist doch eine gleichberechtigte Partei. (Widerspruch rechts.) Wenn das nicht der Fall wäre, lägen wir doch nicht im Drei-klassenparlament. Wenn aber eine Partei als gleichberechtigt anerkannt wird, dann hat jeder Staatsbürger das Recht sich dieser Partei anzuschließen und es ist unerhörter Terror, wenn man das Beamten oder Staatsarbeitern verbieten will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch ganz unrichtig, daß die Sozialdemokratie den Staat umfärzen will. Ich weiß nicht, woher Herr Stroffer diese eigenartigen und nebelhaften Vorstellungen bekommen hat. Vielleicht von Herrn Mallewiy, der sich in seiner Jugend ja auch einmal mit Sozialismus befaßt haben soll. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie will den Staat nicht umfärzen, sondern sie will ihn organisch weiter-entwickeln — (Abel rechts.) allerdings zu einem Zustande, der sich von dem gegenwärtigen unterscheiden wird wie Tag von Nacht. (Lachen rechts.) Die Sozialdemokratie will

gleiches Recht und auch gleichen materiellen Wohlstand für alle Mitglieder der Gesellschaft

erzielen, wenn Sie das unfröhlich, verbrecherisch nennen, so kennzeichnet das nur Sie. Es ist ein Staatsideal, das von allen Philosophen und Soziologen anerkannt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Es liegt in der Hand der Mächte des Volkes, ob sie mit uns gehen wollen bei der organischen Fortentwicklung des Staates. Wir, die wir die Demokratie anstreben, wollen dem Volke, das doch den Staat repräsentiert — denn ohne Volk ist doch der Staat eine Hülse, ein leerer Gefäß, hinter dem gar nichts steht — die Entscheidung darüber lassen, ob es das sozialistische Staatsideal verwirklichen will, und das kann ganz organisch geschehen, wenn man sich nicht auf der Seite der Mächte der naturgemäßen und vernünftigen Entwicklung mit brutaler Gewalt entgegenstellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es dann zu Konflikten kommen sollte, so sind nicht wir die Schuldigen, sondern diejenigen, welche an die Gewalt appellieren. (Sehr wahr! h. b. Soz., Lachen rechts.) Während wir an die Vernunft und an die Einsicht der Wähler selbst appellieren. (Sehr gut! bei den Soz.) Also nicht

Wir wollen den Staat umfärzen, sondern die Umfärzungsliste, die Gewalttätigkeit befinden sich auf der anderen Seite. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Sachverhalt.)

Der Abg. Hager meinte, wir bräuchten zu der Wahlkreisgeometrie nicht auch noch eine Wahlkreisarithmetik. Wenn Sie das vermeiden wollen, wenn Sie festlegen wollen: Die Wahlen dürfen nur aufgestellt werden auf der Basis eines Einheitsjahres, dann dürfen Sie auch nicht die Praxis billigen, daß in dem einen Orte des Wahlkreises, wie z. B. in Schöneberg, nach dem Jahre 1908 und in Nizdorf nach dem Jahre 1907 gewählt wird. Sonst sind eben alle erdenklichen Schwierigkeiten möglich. Es ist dann auch die Rede davon gewesen, ob nicht das Plenum die Möglichkeit hat, die anderen Berliner Wahlen zu beanstanden, nachdem sie für gültig erklärt sind. Ich halte das nicht für geschäftsordnungsmäßig unmöglich, selbst bei Gerichten ist, wenn neue Momente zur Beurteilung eines Falles auftauchen, ein Wiederaufnahmeverfahren möglich. Die Gültigkeitserklärung für die acht Berliner Wahlen ist zu Stande gekommen unter solchen Voraussetzungen, weil man von dem frist- und formgerecht eingegangenen Protest des Deutmann Wohl keine Ahnung hatte. Wenn jetzt neue Tatsachen vorliegen, so wäre es meiner Ansicht nach gar nicht unmöglich, daß das Plenum des Hauses auf seiner Souveränität heraus noch beschließt, auch die übrigen 8 Wahlen zu beanstanden. Jedenfalls wäre es die moralische Pflicht der 8 Berliner Reichstagsmitglieder, für den Fall, daß die 4 sozialdemokratischen Mandate laßiert werden, auch ihre Mandate niederzulegen. In dem Augenblick, wo Sie eine derartige Erklärung abgegeben würden, würden sich selbstverständlich die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten für Berlin, deren Wahl nicht beanstandet ist, sofort dieser Erklärung anschließen. Mit dieser Erklärung vorausgehen, wie uns Herr Falkenau zumute, werden wir nicht. Denn wir sind nicht überzeugt davon, daß die politische Moral der freisinnigen Herren so feinfühlig ist, daß sie uns folgen würden, während Sie das von uns ohne weiteres annehmen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daß wir die Wähler bei der geheimen Wahl kontrollieren, wie Herr Falkenau meinte, ist ausgeschlossen, denn wir können nicht durch Bretter und Wände hindurchsehen. Aber die Herren von der Rechten verwenden in ihren Wahlkreisen Rigoristenlisten zu Wahlen und kontrollieren auch durch Aufeinanderlegen der Kuverts genau die Reihenfolge. Solche Rigoristenlisten können durch Einführung einer Wahlurne von vorgeschriebenem Typ beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Wenn Herr Falkenau sich über den kräftigen Ton, den ich gestern angeschlagen habe, entsetzt hat, so bemerke ich, daß der Vorwurf der schändlichen Klassenjustiz von mir bedingungslos gemacht worden ist, nämlich für den Fall, daß man trotz der klar zutage liegenden Verhältnisse die vier Wahlen laßiert. Es liegt durchaus in der Hand der Mehrheit des Hauses, dafür zu sorgen, daß eine solche Anschuldigung nicht erhoben werden kann. Handeln Sie so, daß Sie die Kritik herausfordern, dann müssen Sie sich diese Kritik auch gefallen lassen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stroffer (L.): Herr Ströbel hat, wenn er auch heute sachlich gesprochen hat, doch nichts Neues vorgebracht. Die Ausführungen der anderen Redner will er offenbar nicht verstehen. Der Artikel des „Vorwärts“ konnte nur als ein Angriff auf die Wahlprüfungskommission aufgefaßt werden. Herr Ströbel hat heute selbst gesagt, er habe es gegreift, daß die Wahlprüfungskommission nur das Interesse der Wähler über 9000 M. wahrgenommen habe. Herr Ströbel behauptet, es wäre ein unerhörter Terror, den Beamten zu verbieten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Es ist aber ein selbstverständliches Recht des Staates, den Beamten die Zugehörigkeit zu einer Partei zu verbieten, die außerhalb dieses Hauses trotz der Ablehnung des Herrn Ströbel tatsächlich die Revolution predigt. Ich erinnere Sie an den Württemberg, wo es in einer Resolution heißt: „Will es nicht biegen von oben herab, so muß es biegen von unten herauf.“ (Laut des Abg. Hirsch: Das war unter dem Ausnahmegesetz!) Warum bringen Sie denn immer auf Ihren Parteitag ein Hoch auf die internationale „revolutionäre“ Sozialdemokratie aus? (Abg. Hoffmann: Das verstehen Sie nicht!) Ich erinnere auch an das Wort des Herrn Veber, er hoffe noch, es selbst zu erleben, daß diese Befehlshaber gestürzt werde. (Wahr! rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hirsch (Soz.): Herr Falkenau hat mir den Vorwurf der Unbilligkeit gemacht, weil ich angeblich an der Sitzung der 7. Abteilung nicht teilgenommen habe. Ich stelle fest, daß ich unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung in den Saal beggeben habe, in welchem die Sitzung stattfinden sollte. Als ich dort ankam, war die sogenannte Sitzung bereits beendet. Ich konnte unmöglich wissen, daß die Abteilungen so fix arbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Herr Falkenau sagte auf einen Zuruf von mir: „Schreiben Sie nicht so, Sie sind noch nicht drauhen!“ Draußen habe ich nicht nötig, so zu schreiben, da sitzen Leute, die hören wollen. Nur bei Ihnen ist es notwendig, so zu schreiben. Zu dem Zweck bin ich hier hineingewählt, weil auf Ihrer Seite Schwerhörigkeit chronisch ist. (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Borgmann (Soz.): Auch ich kam in die Sitzung der Abteilung in dem Moment, als sie zu Ende war. Ich danke übrigens dem Herrn Falkenau, daß er das Vertrauen zu mir hat, daß die Kommission besser gearbeitet hätte, wenn ich dabei gewesen wäre. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Falkenau (L.): Ich wundere mich, daß die Herren Hirsch und Borgmann es damals fertig bekommen haben, in so langsamem Tempo zu der Sitzung hinzugelangen. Die Abteilung ist damals nicht einmal pünktlich eröffnet worden, sondern wir haben eine Weile erwartet. (Hört! hört! rechts.) Es lag auch eine ganze Anzahl von Wahlen vor, und die Wahl Hoffmann war die letzte. (Hört! hört! rechts.) Was Herr Hoffmann anlangt, so wundere ich mich, daß er so genau mit den körperlichen Eigenschaften meiner Freunde Bescheid weiß. Ich will ihm nur erwidern, daß er in diesem Hause überhaupt nicht zu schreiben hat. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Kronfuß (fr. Sp.) bestätigt die Ausführungen des Abgeordneten Falkenau gegenüber den Abgg. Hirsch und Borgmann. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich habe nicht von körperlichen Fehlern einzelner Herren gesprochen, sondern von der chronischen Schwerhörigkeit jener Seite des Hauses gegen die Wünsche des Volkes. (Große Unruhe rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Falkenau (L.): Dann war der Vorwurf des Herrn Hoffmann unpersönlich, und ich kann auf ihn mit einer persönlichen Bemerkung nicht erwidern. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Hirsch (fr. Sp.) [Schlußwort]: Gegenüber den Behauptungen des Herrn Ströbel stelle ich fest, daß sowohl der Brief des Herrn Borgmann wie der Brief des Herrn Hoffmann, der besonders darauf aufmerksam macht, daß der Pöhlische Protest sich gegen alle 12 Berliner Wahlen wendet, nicht nur mündlich in der Kommission vorgetragen ist, sondern auch im Wortlaut im Original bei allen Mitgliedern derselben zirkuliert hat. Wenn heute behauptet wird, daß der Brief des Herrn Borgmann sich nur auf die Frage des Terrors bezieht, so werden wir das für die Zukunft beachten. Das beweist aber nur, wie notwendig eventuelle spätere Interpretationen von Protesten sind, denn der Wortlaut dieses Briefes nahm auf die Listenaufstellung Bezug.

Abg. Ströbel (Soz., persönlich): Daß die Kommission unzulänglich informiert war, hat ja heute auch Herr Borgmann von den Nationalliberalen, der selber Mitglied der Wahlprüfungskommission ist, zugegeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Wahlprüfungskommission auf Beanstandung der vier sozialdemokratischen Wahlen und Vornahme von Beweiss-

erhebungen über die Listenaufstellung in Berlin wird einstimmig angenommen.

Einige weitere Wahlen werden ohne Debatte für gültig erklärt. Es folgt die

Weiterberatung des Justizetat

beim Titel „Ministergehalt“. Abg. Falkenau (L.): Die sozialdemokratische Presse klagt immer über zu hohe Urteile, aber die Sozialdemokraten sollten Gott danken, daß sie unter der preussischen Strafrechtspflege leben. In Ausland würden sie ganz andere Dinge erleben. (Wahr! im Zentrum.)

Abg. Rüdiger (fr. Sp.) protestiert gegen den Vorwurf der Klassenjustiz. Die preussische Rechtsprechung steht hoch über der, die die Sozialdemokratie einflüßeln möchte. (Wahr! rechts.)

Abg. Dr. Hauptmann (L.) spricht für eine Neuordnung bei der Anrechnung der ausländischen Studienmeister von Juristen.

Abg. Wittmann (natl.) wünscht eine Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige mit erhöhten Sätzen und eine bessere Ausbildung der Referendare.

Scheinart Fröhe verweist darauf, daß die preussische Regierung mit dem Reichsjustizamt über die Erhöhung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige in Verbindung getreten ist. Die Vorlegung eines Entwurfes müßte in Rücksicht auf die Rechtsbelassung zunächst unterbleiben.

Abg. Gaarmann (natl.): Herr Veinert hat die Justiz in Grund und Boden geredet. Wenn er aber glaubt, daß seine Reden auf mich einen besonders erschütternden Eindruck gemacht haben, dann irrt er sich. Der Abgeordnete Veinert hat uns nichts Neues gesagt. Es waren alle Kamellen, vermischt mit etwas neuem Wasser. Wenn der Abgeordnete Veinert mir vorher einen Auftrag gegeben hätte, eine sozialdemokratische Rede für den Justizetat auszuarbeiten, so wäre sie genau so ausgefallen wie Veinerts Rede. (Laut des Abg. Hoffmann: Vielleicht hätten Sie noch mehr Fälle gehabt! Heiterkeit.) Ja, etwas interessanter wäre sie allerdings geworden. Aber solche juristischen Verhöre, wie Herr Veinert, wären bei mir auch nicht vorgekommen. (Lachen b. d. Soz.) Es ist verständlich, weshalb Herr Abg. Veinert seine Angriffe erhoben hat. Die Justiz ist einer der Stellen, an dem auch die Herren Genossen zerbrechen. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Rufe: Also Klassenjustiz!) Nein, die Justiz, die dem ruhigen Bürger Ruhe und Sicherheit gibt. Sie (zu den Sozialdemokraten) können ja Ihrem Gott danken, daß Sie unter dieser Justiz leben. Verdient haben Sie es nicht. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen nur Wunden schlagen und keine heilen. Das Gewerbe, das Sie jetzt treiben, können Sie dann nicht mehr betreiben. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Lidt (fr. Sp.): Auf die neuen Ausführungen des Herrn Stroffer über die Prügelstrafe brauche ich um so weniger einzugehen, als für die Einführung der Prügelstrafe der Reichstag zuständig ist und die verbündeten Regierungen die Prügelstrafe ablehnen. Die Vorwürfe gegen die Jugendgerichte waren ganz unberechtigt. Der preussische Justizminister würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er im Gegensatz zum Reichsjustizamt beim Bundesrat einen Antrag auf Schaffung eines besonderen Jugendstrafrechts einbringen würde. (Wahr! links.)

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bedauert Abg. Rosenow (fr. Sp.), daß nur Juristen in der tagelangen Debatte zu Worte gekommen seien, von denen seiner die Weltfremdheit vieler Richter kritisiert habe. Dieser Weltfremdheit könne man fiener dadurch, daß man die Richter an den Handelshochschulen Kurse nehmen lasse.

Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Oberlandesgericht“ führt

Abg. Ratz (L.) Beschwerde darüber, daß im ganzen Bezirk des Kammergerichts die stenographischen Kurse nur nach dem einen System Stolze-Schrey eingerichtet sind.

Das Kapitel wird angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Außerdem kleinere Etats. Zweite Lesung der Pflanzverordnungs-gesetze und dritte Lesung des Lehrerbildungsgesetzes.)

Schluß 4 Uhr.

### Parlamentarisches.

#### Finanzkommission des Reichstags.

In § 10 des Erbschaftsteuergesetzes stellen die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder den Antrag, den § 10 zu fassen wie folgt:

- Die Erbschaftsteuer beträgt:
- I. zwei vom Hundert: 1. für Ehegatten, 2. für Kinder und Stiefkinder, 3. für uneheliche Kinder und im unmündigen Alter adoptierte Kinder;
  - II. vier vom Hundert: 1. für leibliche Eltern und Stiefeltern, 2. für Schwiegerkinder, 3. für voll- und halbwürdige Geschwister;
  - III. sechs vom Hundert: 1. für Großeltern und entferntere Vorfahren, 2. für Schwiegereltern, 3. für Abstammlinge ersten Grades von Geschwistern;
  - IV. acht vom Hundert: für Geschwister der Eltern;
  - V. zehn vom Hundert: für testamentarisch bedachte Personen, die nicht unter Nummer I bis IV fallen, sowie für Körperschaften;
  - VI. sechzehn vom Hundert: für nicht unter I bis IV aufgeführte Intestaterten.

Hebersteigt der Wert des Erwerbs den Betrag von 20 000 M., so wird vom Hebersteig

zwischen 20 000 M. und 40 000 M. das 1/4 fache	
40 000 „	50 000 „
80 000 „	100 000 „
160 000 „	240 000 „
240 000 „	600 000 „
600 000 „	1 000 000 „
1 000 000 „	2 000 000 „
über 2 000 000	8

der in Absatz I bestimmten Sätze erhoben.

Genosse Emmel begründete den Antrag, der eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes bedeute und den Ertrag der Steuer bedeutend erhöhe, ohne starke Belastung des Vermögens. Abg. v. Müller-Weinungen begründete die freisinnigen Anträge. Der nationalliberale Abg. Dr. Veber sagte, der sozialdemokratische Antrag laufe auf Konfiskation des Vermögens hinaus, während der konservative Abg. Dietrich behauptete, der freisinnige Antrag konfiszieren noch mehr als der sozialdemokratische!

Schatzsekretär Schönow erklärte: Wenn man die Nachlasssteuer nicht wüßte, dagegen die Steuer auf Erbschaften erweitern wolle, habe er nichts dagegen, aber er sei gegen die von sozialdemokratischer und freisinniger Seite gestellten Anträge.

Genosse Veber: Schon vor drei Jahren habe man dieselben Einwände gegen unsere Anträge erhoben, aber die französischen wie die englische Erbschaftsteuer gehe viel weiter, und doch rede man dort nicht von „Konfiskation des Vermögens“. Das seien Übertreibungen ohne jeden Wert. Wenn die finanzielle Not des Reiches in einigen Jahren aufs neue steige, werde man auf unsere Anträge zurückgreifen müssen. Vorerst suche man nach Umsätzen aus indirekten Steuern zu ziehen.

Abg. Spahn ist gegen die Anträge; er fragt an, was an der im „Berliner Tageblatt“ gemachten Mitteilung über die geheime Sitzung im Weimarschen Landtage Wahrheit sei. Der Schatzsekretär erwiderte, die Nachricht des „Berliner Tageblattes“ müsse auf unrichtiger Auffassung beruhen. — Genosse Hirsch verteidigte unsere Anträge, die die Westenden ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zur Steuer heranziehen wollen. Das Privatvermögen an den Produktionsmitteln werde durch die Steuer nicht bestraft. Dagegen behaupten die Abgeordneten Dietrich, Rüdiger und Schulz, der Grundbesitz werde durch die Anträge mobilisiert; man wolle mit jahrhundertelanger Entwicklung brechen und zur Aufhebung des Eigentums schreiten! Die Regierung habe ihre Stellung

geändert, sie stehe jetzt auf sozialdemokratischem Boden! Abg. Rüdiger (Zentrum) meinte, das bayerische Königshaus könne die Steuer nach diesen Sätzen nicht zahlen, wenn die Landesfürsten steuerpflichtig gemacht würden.

Schatzsekretär Schönow erwiderte dem Abg. Rüdiger, dieser habe ihn mit einer Volksversammlung verwechselt. Die Behauptung von einer Konfiskation des Vermögens sei Übertreibung. In Preußen sei man ja mit dem Erbschaftsteuergesetz vorangegangen.

Bei der

Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller, der freisinnige Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, der nationalliberale Antrag gegen 12 Stimmen abgelehnt, darauf § 10 nach der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zu § 11 beantragten die Sozialdemokraten zu Ziffer 1, daß statt 500 M. 2000 M. Erwerb von der Steuer befreit bleiben. Der Antrag wurde abgelehnt. Eine heftige Debatte entstand darüber, daß die Regierung die Absätze e, f, g aus dem Gesetz fortlassen will, die eine Reihe von Vergünstigungen enthalten. Der Abg. Müller-Fulda meinte, es sei ein Skandal, daß man dem Reichstage eine solche Vorlage mache, nach aber auf eine entschiedene Bewahrung des Schatzsekretärs hin diesen Ausdruck zurück. ... Die Mehrheit lehnte die von der Regierung beantragte Änderung ab: § 11 verbleibt danach in seiner alten Fassung bestehen.

Der § 12 enthält Begünstigungen für Erbschaften zugunsten der „toten Hand“ usw. Die Sozialdemokraten beantragten Streichung dieses Paragraphen, eventuell der Erhöhung des Steuersatzes von 5 auf 10 Proz. Der Antrag wurde abgelehnt. — Der § 12 bleibt bestehen.

Nach Schluß der Sitzung gab der weimarsche Bundesratsbevollmächtigte Rebe auf Grund eines Telegramms die Erklärung ab, die Nachricht des „Berliner Tageblatt“ über die geheime Landtags-sitzung in Weimar sei erfunden.

Die Zivilprozesskommission des Reichstags nahm am Donnerstag den Bericht der eingesetzten Unterkommission entgegen und stimmte ihren Anträgen zu:

Verschiedene Formalitäten sollen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Die Einlegung von Rechtsmitteln (Einspruch, Berufung, Revision, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) soll künftig dahin abgeändert werden, daß die Frist schon durch die Einreichung bei Gericht gewahrt ist, während bisher in der Regel erst durch die Zustellung an den Gegner diese Folge eintrat.

Auch das Mahnverfahren (Zahlungsbeehl) wird einfacher und praktischer gestaltet. Allgemein wird ferner die Nachbeurteilung der Zeugen eingeführt, die bisher schon im Militär-Strafprozeß gilt.

Von Interesse ist endlich, daß auch die alte Eidesformel etwas abgeändert wurde. Der Zeuge wird nach seiner Aussage beschwören müssen, daß er „die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen“ habe. Die Worte „nichts hinzugefügt“ sind gestrichelt worden.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. (15. Sitzung vom 11. Februar.)

Die Beratung des Etats über Neu-Guinea wurde zu Ende geführt, gleichzeitig wurden die Etats für die Karolinen, Palau, Marianen und Marshallinseln sowie für Samoa erledigt. Unter den Einnahmen befinden sich für Neu-Guinea 13 000 M. Gebühren für Anwerbung von Arbeitern. Von einem Mitgliede des Zentrums wurde angefragt, wie der Posten zu verstehen sei; ob etwa die Regierung Arbeiter für Privatunternehmer anwerbe und sich dafür eine Vermittlungsgebühr zahlen lasse. Aus der Denkschrift über die Kolonien (siehe übrigens herangezogen, daß dort noch Kwana'sarbeit befehlet) — Von der Regierungsbank wurde angefragt, daß die Einnahmen sich aus den Verfügungen der Arbeitsverträge ergeben. Wenn Arbeiter sich weigerten, z. B. Negersarbeiten zu verrichten, so müßten sie eben durch die Polizeitruppe herbeigezogen werden. Auch die Einfuhr von farbigen Arbeitern werde sich notwendig machen, wenn der Plantagenbau gesteigert werden solle. In erster Linie kämen Malaien und erst in zweiter Linie Chinesen in Frage. Am dem Aussterben der eingeborenen Männer entgegenzuwirken, soll die Ausfuhr (II) von Frauen verboten und die Inzucht bekämpft werden. — Ein Zentrumsdarsteller befragte sich darüber, daß die Regierung gegenüber den Vertretern der beiden Konfessionen nicht paritätisch verfähre. Beim Titel „sachliche und vermischte Ausgaben“ regt Abgeordneter Erzberger an, die koloniale Postverwaltung, die jetzt mit in der Reichspostverwaltung verbucht wird, auch aus den Kolonialetat zu übernehmen. Staatssekretär Dernburg erklärt an, daß der jetzige Zustand seine bedenklichen Seiten habe; er selbst habe recht unangenehme Erfahrungen in Afrika damit gemacht. Er sei 3 Wochen lang in Ostafrika der Telegraphenleitung entlang gereist, ohne etwas aus der Welt zu erfahren. Der Telegraphendirektor hätte ihm einen Telegraphenapparat, den er auf der Strecke hätte anbringen lassen können, unter Hinweis auf das Postgeheimnis verweigert. (Große Heiterkeit.) Von sozialdemokratischer Seite wurde angeregt, die Abnahme der hier bestellten Waren nicht in den Kolonien, sondern wo die betreffende Firma ihren Sitz habe, erfolgen zu lassen. Es sei bekannt, daß leistungsfähige Firmen wegen der Möglichkeit der Zurückweisung ihrer Ware in den Kolonien durch einen nicht sachverständigen Beamten gar keine Offerte einreichten.

Staatssekretär Dernburg erwiderte, die Frage sei schwierig; denn es ließe sich keine allgemeine Regel aufstellen; während die eine Ware hier abgenommen werden könne, sei das z. B. bei Maschinen nicht möglich. Er wolle die Angelegenheit im Auge behalten.

Vom Abgeordneten Erzberger wurde angeregt, die alte Einrichtung der Kilometergelder für Beamte, die in die Heimat reisen, aufzuheben; man solle ihnen einfach die Fahrkosten rückvergüten. Hiergegen wandte sich sein fraktionslosge Schwager, der den Standpunkt vertrat, daß die den Beamten bei ihrem Eintritt in den Kolonialdienst bezüglich des Urlaubes und der Reisevergütungen gemachten Zusicherungen aus gehalten werden müßten. Der Beamte besitze hier ein klagbares Recht. Der Posten wurde bewilligt.

Eine längere Debatte entspann sich über die Anstellung eines weichen Maschinen auf der Regierungsdampfpfanne für die Station Nieta. Auf Antrag des Zentrums wurde statt des verlangten weichen ein schwarzer Maschine bewilligt, wodurch 600 M. erspart wurden.

Einen Ausgleichsfonds für unvorhergesehene Ausgaben zu schaffen, regt der Abgeordnete Erzberger an. Von sozialdemokratischer Seite und auch von einem Mitgliede des Zentrums wurde der Gedanke scharf zurückgewiesen, weil seine Durchführung eine Einschränkung des Budgetrechts des Reichstags bedeute und geradezu zu Heberfretungen der bewilligten Mittel auffordere; es müsse möglichst jede Ausgabe etatifiziert werden. Der Antrag wurde nicht weiter festgegeben und der Etat für Neu-Guinea bewilligt.

Beim

Etat der Karolineninseln mündete sich Schwärze's Appell gegen die Kopfsteuer von 40 M. jährlich, welche dort sogar die armen Missionare bezahlen müßten; die Kirche habe viel Geld in das dortige Missionarwesen hineingekerkelt, doch sei der Erfolg sehr gering. Staatssekretär Dernburg verspricht, sich mit dem Gouverneur zu verständigen; ob und eventuell inwiefern die Missionare von der Kopfsteuer befreit werden könnten. Der Etat für die Karolinen wurde glatt bewilligt.

Die Beratung über den Etat für das Schutzgebiet Samoa

brachte zunächst eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite, ob es wahr sei, daß der Gouverneur Konzeptionen für Verkauf von Opium erteilt habe! Die Antwort lautete merkwürdigerweise nicht übereinstimmend, sondern ein Regierungsvertreter erklärte, daß Opium nur gegen Scheine veräußert werden soll. Eine längere Debatte entspann sich über das eiserne Gitter, welches der Gouverneur Dr. Solf anstatt des ihm bewilligten hölzernen hatte anbringen lassen. Die Kolonialverwaltung hat diese selbstherrliche Handlung des Gouverneurs nicht gebilligt und hat, nachdem der Reichstag den Posten im vergangenen Jahre beanstandet hatte, den Betrag von insgesamt 8850 M. von ihm eingezogen. Jetzt scheint ihr der Mann leid zu tun und sie fordert die Summe vom Reichstag, um sie dem Gouverneur zurückzugeben! Die Forderung wurde jedoch mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dem Votum war einer abtrünnig geworden, deshalb der Hereinfall. Im übrigen wurde der Etat für Samoa bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag: Fortsetzung des Etats über die Schutzgebiete.

### Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle

fehle am Donnerstag die Beratung über den **Maximalarbeitszeit**  
fort. Zur Debatte steht folgender Antrag unserer Parteigenossen:  
§ 183 b) In Betrieben mit ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit sind die für die Tag- und Nachtarbeit bestimmten Arbeiter in drei Abteilungen einzuteilen. Die regelmäßige Arbeitszeit der einzelnen Abteilungen darf 8 Stunden innerhalb von 24 Stunden nicht übersteigen. In Hütten-, Walz- und Hammerwerken sowie in Metallschleifereien, Glasfabriken und in Betrieben der chemischen Industrie darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht übersteigen.

Von dem Zentrumsvertreter wird allgemein die Einführung des **Neunstundentages** gefordert. Ferner beantragt Giesberts (Z.): „In Betrieben, welche mit ununterbrochenem Feuer arbeiten, dürfen die in Tag- und Nachtschicht vor dem Feuer verwendeten Arbeiter je höchstens acht Stunden beschäftigt werden.“

Von dem Vertreter der preussischen Regierung wird die Einführung eines **Neunstundentages** für unannehmbar erklärt! In dieser Frage würde die ganze Vorlage scheitern. Es gibt eine Anzahl Arbeiter, denen Gott der Herr die Kraft gegeben hat, länger als 10 Stunden zu arbeiten, und sehr viele Männer, die heute ein großes Unternehmen leiten, haben die Position durch eine lange Arbeitszeit erworben. Für das Handwerk würde diese Anforderung zu schweren Schädigungen führen.

Genosse **Rollenbühr** entgegnet, daß die Beispiele, die der Regierungsvertreter anführt, sehr selten sind. Im übrigen ist es ein großer Irrtum, zu glauben, daß durch übermäßige Arbeitszeit jemand zu einem großen Vermögen gekommen ist? Wie viel Ueberstunden müsse ein Arbeiter eigentlich leisten, um in den Besitz eines **Dachofens** zu kommen? Wenn wir die Zahl der Arbeiter entgegenstellen, die durch überlange Arbeitszeit Schaden erlitten haben, so dürfte diese Zahl tausendfach größer sein als die Zahl derjenigen, die wirtschaftliche Vorteile zu verzeichnen hätten. Die Anträge sehen überhaupt nur Betriebe vor, die mindestens 30 und mehr Arbeiter beschäftigen. Das Kleinhandwerk wird also von der Beschränkung der Arbeitszeit nicht berührt. Durch die Seemannsordnung ist vorgeschrieben, daß der Arbeiter vor dem Feuer nur 8 Stunden arbeiten dürfe, und in tropischen Gegenden ist für die Mannschaft eine 8- und 10stündige Arbeitszeit vorgegeben. Wir haben also hier schon für einen bestimmten Beruf die Begrenzung der Arbeitszeit. Mit welchem Rechte kann man nun aber die gleiche schwere Arbeit vor den Hütten- und in Walzwerken, wo die Arbeiter unter untraglicher Hitze bei schwerer Arbeitsleistung aushalten müssen, von diesen Arbeitern verlangen, ohne ihnen den nötigen Schutz zu bieten? Die Eisenindustrie ist in der Lage, diese Anforderung zu bewilligen.

**Sipe (Z.)** erklärt, daß, wenn diese Anträge abgelehnt werden, man dem Antrag der Sozialdemokraten zustimmen werde, daß der **Bundesrat** nicht wie bisher nur bei Gesundheitschädigung (§ 120a) für bestimmte Gewerbe einen Maximalarbeitszeit vorschreiben kann, sondern auch dann, wenn die Fortbildung des Arbeiters oder sein Familienleben durch lange Arbeitszeit Schaden erleidet.

**Ranz (fr.)** ist ein Anhänger der kürzeren Arbeitszeit. Er habe die Erfahrung gemacht, daß bei einer Erhebung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden sehr gute Erfolge erzielt worden sind. Aber es ist verfehlt, zu verallgemeinern. Durch den Neunstundentag für Arbeiterinnen wird es wohl in Deutschland kaum noch Betriebe geben, die über 10 oder 11 Stunden Arbeitszeit vorschreiben. **Vogel (natl.)** hält den Standpunkt der preussischen Regierung für richtig. In die 12stündige Schicht in Hüttenwerken fügen sich sehr viele Pausen ein; gegenwärtig würde ein Uebergehen zu einer Achtstundenschicht für die Frauenbetriebe eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeuten. Die Konfessionsvertreter den selben Standpunkt.

Genosse **Rollenbühr** weist gegenüber dem Abg. **Ranz** darauf hin, daß in der Statistik des Metallarbeiter-Verbandes nachgewiesen ist, daß in den Hütten-, Walz- und Hammerwerken in einem ganz erheblichen Maße der Zwölfstundentag und längere Arbeitszeiten üblich sind! Dazu kommt, daß beim Wechsel der Schicht alle vierzehn Tage Schichten von 24 Stunden üblich sind, ohne daß in der Regel feste Pausen eingelegt sind. Die kleinen Werke würden nicht bebrängt durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern durch die schlechte Behandlung seitens der großen Syndikate und die Konkurrenz der Großindustrie. Die Schweiz, die unter sehr starker Konkurrenz zu leiden hat, hat seit 1878 den Elftundentag eingeführt und ist dabei sehr gut gefahren; die Ablehnung des Neunstundentages in Deutschland läßt sich nicht rechtfertigen.

Genosse **Schmidt-Berlin** führt einige statistische Zahlen an, die den Umfang der Erkrankung der Arbeiter in der Eisenindustrie nachweisen. Danach sind Erkrankungen bis zu 85 Proz. der beschäftigten Arbeiter in einzelnen Fällen nachgewiesen. Frankreich hat den

### Neunstundentag

und die Schweiz ist gleichfalls auf dem Wege, den Neunstundentag herbeizuführen. Deutschland ist in der industriellen Entwicklung weit voraus, die Industrie kann die Verkürzung der Arbeitszeit vertragen. — **Giesberts (Z.)** begründet den Antrag des Neunstundentages mit dem Nachweise, daß in einigen Berufen die **Gewerkschaften** in großem Umfange den Neunstundentag eingeführt haben. Aber die Großindustrie ist leider diesem Einfluß entrückt und treibt eine rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter. Die Erklärung der Regierung wird bei den nationalen Arbeitern draußen im Lande eine große Enttäuschung hervorrufen. Der Redner will aber die Vorlage nicht in Gefahr bringen und schlägt deshalb eine Resolution vor, die eine Verordnung nach § 120a entsprechend dem Antrage des Zentrums für die Hüttenarbeiter vom Bundesrat fordert. — **Abg. Merkel (natl.)** wendet sich gegen die Anträge. — **Abg. Wehrens (Wirtsch. Vp.)** will bei dem entschiedenen Nein, das die Regierung dem Antrag auf Einführung des Neunstundentages entgegengebracht hat, für die Resolution Giesberts eintreten.

### Bei der Abstimmung

wird die Resolution Giesberts gegen die Stimmen der National-liberalen und Konfessionsvertreter angenommen. Die übrigen Anträge des Zentrums werden zurückgezogen. Der Antrag unserer Genossen, wie er eingangs wiedergegeben ist, wird gegen die Stimmen unserer Parteigenossen und des Mitgliedes der polnischen Fraktion abgelehnt.

Ein Antrag unserer Genossen zu § 84 will, daß bei rechts-widriger Auflösung des Arbeitsverhältnisses ein Wochenlohn als Strafe vom Arbeitgeber nur zurückbehalten werden darf, wenn der Jahresarbeitsverdienst 1800 M. jährlich übersteigt. Genosse **Stadthagen** legt dar, daß nach § 2 des Lohnbeschlagnahme-

gesetzes jedes Rechtsgeschäft, das der Arbeiter über den noch nicht fälligen Lohn abschließt, ungültig ist. Da die Rechtsprechung auch nach dem Verbot der Aufrechnung durch § 394 des B. G. B. hier und da entgegengesetzt entscheidet, sei eine authentische Deklaration erforderlich. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Die Kommission vertagt sich auf Dienstag.

Die **Reichstagskommission zur Vorberatung eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb** hielt am Donnerstag ihre dritte Sitzung ab. Die Redaktionskommission schlug folgende Fassung als Generalklausel vor:

„Wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs Handlungen vornimmt, die gegen die guten Sitten verstoßen, kann auf Unterlassung der Handlung in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, oder von Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen geltend gemacht werden, soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten litigieren können.“

Neben dem Anspruch auf Unterlassung haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Ersatz des durch die Handlung verursachten Schadens gegen denjenigen, welcher die Handlung vorgenommen hat, falls dieser die Entstehung des Schadens voraussetzt oder voraussehen mußte.“

Nach kurzer Debatte wurde diese Fassung angenommen. — **Am Jahnhoff (Z.)** beantragt, den § 1 der Regierungsvorlage nach Annahme der Generalklausel zu streichen, **Jund (natl.)**, **Storz (d. Vp.)** sind gegen die Streichung; die Genossen **Dr. Frank** und **Brühne** erklären: es würde zu den größten Verwirrungen führen, wenn man nun den ganzen § 1, der schon im alten Gesetz enthalten sei, beseitigen würde. Der Antrag auf Streichung des § 1 der Regierungsvorlage wird abgelehnt.

Gestrichen werden nach dem Antrage **Linz** in § 1 die Worte „tatsächlicher Art“.

Zu § 2 liegt ein Antrag **Dr. Ritter, Roeren (Z.)** vor:

„Daspflichtig nach § 1 ist insbesondere, wer in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, über geschäftliche Verhältnisse unrichtige Angaben macht, die geeignet sind, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen. — Der Anspruch auf Schadenersatz kann gegen Redakteure, Verleger, Drucker oder Verbreiter von periodischen Druckschriften nur geltend gemacht werden, wenn sie die Unrichtigkeit der Angaben kannten.“

Nachdem die Antragsteller den Antrag begründet haben, wenden sich **Jund** und **Findel (Natl.)** sowie Genosse **Brühne** gegen den Antrag. **Brühne** führt aus: durch die Generalklausel sei alles geöffnet; man könne nicht jeden einzelnen Wunsch in das Gesetz aufnehmen. Er fürchte, in diesem Antrag könne, wenn er Gesetz werde, mancher getroffen werden, der keine unlauteren Absichten habe. Nachdem noch **Gerkenberger (Z.)** für den Antrag gesprochen hat, wird der Antrag **Dr. Ritter** angenommen.

Angenommen wird auch nach langer Debatte der Antrag **Dr. Ritter (Z.)**:

„Werden die in den § 1 Abs. 1 und 1a bezeichneten Handlungen in einem Handels- oder Gewerbebetriebe von einem Angestellten oder Beauftragten vorgenommen, so ist der Unterlassungsanspruch auch gegen den Inhaber dieses Betriebes begründet.“

Zu § 3 beantragen die Genossen **Dr. Frank, Brühne, Horn** folgenden Zusatzantrag:

„Wird die strafbare Handlung von einem Angestellten begangen, so ist der Geschäftsherr neben dem Angestellten strafbar, wenn die Handlung mit seinem Wissen geschah.“

Genosse **Dr. Frank** führt aus, es handle sich bei diesem Antrag um Schutz der Angestellten. In vielen Fällen sei es vorgekommen, daß der Geschäftsinhaber den Angestellten zu unlauteren Handlungen veranlasse, und da müsse auch den Geschäftsinhaber die Strafe treffen. Im Interesse der Angestellten bitte er um Annahme des Antrages. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen. Desgleichen zu § 3 die Bestimmung, daß neben Geldstrafe auf Gefängnisstrafe erkannt werden kann.

### Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Der Bericht der 33. (Reichstags-) Kommission, die sich mit der Vorberatung des Gesetzesentwurfes über die oben genannte Materie zu beschäftigen hat, liegt — als Drucksache Nr. 1183 — vor. Der Entwurf hat nunmehr folgenden Wortlaut (die Hinzufügung, die von der Kommission beschlossen wurde, ist durch Fettdruck hervorgehoben):

Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind.

**Doppelbesteuerung.** Für die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Reichsgesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden **Abänderungsantrag** eingebracht (Nr. 1182 der Drucksache):

Der Reichstag wolle beschließen, dem § 6 folgenden Zusatz zu geben:

„Wird ein Steuerpflichtiger glaubhaft, daß er in einem Bundesstaate mit seinem gesamten steuerpflichtigen Vermögen oder Einkommen zur Steuer herangezogen ist, so darf er von einem anderen Bundesstaate insofern nicht zur Steuerleistung herangezogen werden, bis die zuständige Behörde rechtskräftig entschieden hat, welchem Bundesstaate bezw. welcher Steuerbehörde in diesem Falle das Besteuerungsrecht zusteht.“

## Aus der Frauenbewegung.

### Das Prostitutionsgesetz in Dänemark.

Das im Oktober 1906 in Kraft getretene Gesetz zur Aufhebung der reglementierten Prostitution in Dänemark wolle die Prostitution beseitigen. Der Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kopenhagen hielt jüngst eine Versammlung ab, in der Kriminalgerichtsassessor **Cold** erklärte, das Gesetz sei eines der schlimmsten Kompromisse, die **Alberti** (der ehemalige Justizminister, der als Millionendieb noch in Untersuchung sitzt, aber zurzeit — wie **Eulenburg** — als krank und nicht vernunftfähig gilt) zustande gebracht habe. Er, **Redner**, habe als Richter den Eindruck gewonnen, daß seit das Gesetz in Kraft getreten, auf diesem Gebiete eine ungläubliche Demoralisation herrsche. Die gewerbmäßige Unzucht floriere in weit höherem Grade als früher. Auch in sanitärer Hinsicht sei das Gesetz ein Rückschritt. Die angestrichelten Männer gingen wohl zu den Ärzten, aber die angestrichelten Frauen nicht — wenigstens nicht gewillig. Die Verurteilungen wegen Verbreitung von Geschlechtskrankheiten (§ 181 des dänischen Strafgesetzbuches) hätten zugenommen. Im Jahre 1905 wurden dieses Vergehens wegen 10 Männer und 3 Frauen bestraft, 1907 aber 20 Männer und 23 Frauen.

Ein anderer Redner, **Professor Pontoppidan**, meinte, das Gesetz biete den Fortschritt, daß den Erkrankten mehr Gelegenheit gegeben werde, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. In Kopenhagen sind 11 Konsultationsstätten für unentgeltliche Behandlung Geschlechtskranker errichtet worden, und davon machten

im ersten Jahre nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes 3746 Patienten Gebrauch. Gleichwohl ist die Zahl der geschlechtlichen Erkrankungen gestiegen. Solcher Erkrankungsfälle wurden gemeldet: im Jahre 1905 6666, 1906 7065, 1907 8383 und 1908 10249. Noch schlimmer erscheinen die Verhältnisse, wenn man nur die Erkrankungen an frischer Syphilis in Betracht zieht, denn ihre Zahl steigerte sich in jenen 4 Jahren von 1277 Fällen auf 1370, 1908 auf 2484 Fälle. Der Redner sagte weiter, daß die Zahl der männlichen Patienten, die sich in ärztliche Behandlung begaben, auf das Doppelte gestiegen sei, während nur halb so viel weibliche Patienten als früher zur Konsultation erschienen.

Ein dritter Redner, der Polizeikommissar **Schopeler-Narzen**, führte eine Reihe von Beispielen für die jetzt in Kopenhagen herrschenden Zustände an und erzählte unter anderen von drei jungen Mädchen, Geschwistern, die aus der Provinz nach der Hauptstadt kamen, um hier in Dienst zu treten. Die älteste, zwanzigjährig, kam auf Abwege und wurde angehehlt. Die zweit-älteste, achtzehnjährig, fand keine Stellung und um ihrer kranken Schwester zu helfen, suchte sie auf dieselbe Weise Geld zu verdienen und wurde ebenfalls krank. Die jüngste, die erst 15 Jahre alt war, zeigte auch eine rührende Schwesterliebe und opferte ihre Unschuld, um den beiden Kranken Brot zu verschaffen. Als die Polizei einschritt, zeigte es sich, daß das fünfzehnjährige Kind nicht nur seine beiden Schwestern, sondern auch noch einen Zuhälter mitemännlich, indem es Nacht für Nacht seinen Leib preisgab.

Daß die Prostitution in Kopenhagen, wie man ja nach dem in der Versammlung Befragten annehmen muß, nun einen außerordentlich großen Umfang angenommen hat, ist offenbar nicht nur den Mängeln des neuen Gesetzes zuzuschreiben, sondern zu einem guten Teil auch eine Folge der furchtbaren Wirtschaftskrise, die es allzu vielen Frauen und Mädchen unmöglich macht, irgendwie lohnende Arbeit zu finden, und andererseits sonst heimatlustigen Männern den Mut und die Mittel nimmt, eine Familie zu gründen. Die Prostitution ist eben nicht nur ein feltamer Schmutzflack auf unserer vielgerühmten Kultur, gleich wie ein Fleck auf einem schönen Kleide, den man durch chemische Mittel beseitigen kann, sondern sie paßt wie Schmutz zu Schmutz in das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bildet, und kan darum auch, solange diese besteht, selbst durch das beste Gesetz nicht ausgerottet werden.

## Verfassungen.

Die **Verwaltungskasse Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes** nahm am Sonntag in ihrer bei Keller in der Kopenstraße abgehaltenen Generalversammlung Stellung zu der Verbandsgeneralversammlung, welche zu Pfingsten in Hamburg stattfindet. Eine Reihe von Anträgen zum Verbandstag sind bereits in den Berliner Bezirksversammlungen besprochen. Diese Anträge lagen nun der Generalversammlung zur Diskussion und Beschlussfassung vor. Mehrere Anträge, welche sich auf die Stafflung der Beiträge und Veränderungen im Unterstufungsbesitz beziehen, wurden zurückgestellt bis zur nächsten, am 21. d. M., stattfindenden Generalversammlung, weil inzwischen voraussichtlich die Kommission, welche der Rühener Verbandstag mit der Beratung dieser Angelegenheit betraut hat, ihren Bericht veröffentlicht haben wird.

Die übrigen Anträge wurden der Reihe nach diskutiert. Angenommen wurde ein Antrag, wonach die Erörterung über die **Reisefee** aus dem Bericht über den Gewerkschaftszustand ausgeschlossen und als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt werden soll. — Ein Antrag, den die Verbandsvorstände nach Berlin zu verlegen, wurde nach kurzer Debatte mit 642 gegen 548 Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde ein Antrag zur Debatte gestellt, welcher bezüglich der Delegierten zum Verbandstag eine Statutenbestimmung folgenden Inhalts fordert:

„Wählbar sind nur vollberechtigte Mitglieder, sofern dieselben nicht angestellte Beamte des Verbandes sind. Jedoch haben die Beamten das Recht, bezirksweise auf je 15 Beamte einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden, der an derselben mit beratender Stimme teilnimmt. Außerdem nehmen an der Generalversammlung mit beratender Stimme teil: Die beiden Vorsitzenden, der Hauptkassierer, der Sekretär, der Vertreter der Weisheit des Vorstandes, die Redakteure des Verbandsorgans und die übrigen Mitglieder des Verbands.“

**Richter** sagte zur Begründung des Antrages, gegen die Verbandsangestellten würden häufig Angriffe — oft auch unberechtigte — seitens der Mitglieder erhoben. Da aber solche Angriffe sich immer wiederholen, so müsse doch manches nicht so sein, wie es sein sollte. Auf die Entscheidungen der Angestellten, besonders des Hauptvorstandes, haben die in Arbeit stehenden Mitglieder wenig Einfluß. Die Generalversammlung sei die Instanz, wo die in Arbeit stehenden Kollegen ihre Ansichten vertreten sollen. Das könne aber nicht geschehen, wenn die Mehrheit der Generalversammlung aus Angestellten des Verbandes bestehe. Auf einer so zusammengesetzten Generalversammlung würde immer der Verbandsvorstand seinen Willen durchsetzen können. Vor eine solche Generalversammlung könne der Vorstand nicht mit dem Verantwortungsbewußtsein hintraten, wie vor eine, in der Mehrheit aus arbeitenden Kollegen bestehende Generalversammlung. Diermit solle kein Mißtrauen gegen die Angestellten ausgesprochen werden. Der Hauptvorstand habe einen großen Einfluß auf die Organisation und müsse ihn haben. Aber auf der Generalversammlung dürfe der Vorstand nicht einen so großen Einfluß haben. Den Verbandsangestellten seien große Vollmachten gegeben, die sie natürlich haben müssen. Ein Gegengewicht dagegen solle die Generalversammlung bilden, und deshalb müßten die in Arbeit stehenden Mitglieder auf derselben die Mehrheit bilden. Wenn der Antrag angenommen werde, dann hätten immer noch 50 bis 60 Angestellte Zutritt zur Generalversammlung. Dazu kämen dann etwa dreimal soviel in Arbeit stehende Kollegen. Das sei das richtige Verhältnis. Der Antrag entspreche den demokratischen Grundsätzen.

**Cohen** trat dem Antrage entgegen. Auch hier hätten die Angestellten auf einer Generalversammlung die Mehrheit gehabt. Die Rühener Generalversammlung sei von allen bisherigen Generalversammlungen am zahlreichsten von Verbandsangestellten besetzt gewesen, und doch seien unter den 200 Delegierten nur 53 Angestellte gewesen. Das sei also das Verhältnis, welches Richter als das richtige bezeichnete. Die Angestellten seien auf den Generalversammlungen immer in der Minderheit gewesen. Die Arbeiter kämpften darum, daß ihre Angestellten als Vertreter beim Gewerkschaftsgericht, beim Schiedsgericht, beim Reichsversicherungsamt zugelassen werden. Den Gegnern, welche solche Vertretungen verhindern wollten, würde man Material liefern, wenn die Arbeiter selbst ihre Angestellten von der Generalversammlung ausschließen wollten. Ein solches Verlangen müßte Mißtrauen in die Reihen der Arbeiter tragen. Es sei eine irdige Auffassung der Antragssteller, wenn sie glauben, die örtlichen Angestellten ständen ohne weiteres auf der Seite des Hauptvorstandes. Im Gegenteil. Sie hätten doch in erster Linie die Wünsche und Interessen ihrer Mitgliedschaften vertreten, denn hier liegen ja die starken Wurzeln ihrer Kraft. Es sei ein Mißtrauensvotum für die Angestellten, wenn man sie nur mit beratender Stimme an der Generalversammlung teilnehmen lassen wolle, denn damit sage man: Wir brauchen zwar eure Sachkenntnis bei den Beratungen, aber an der Entscheidung dürft ihr nicht teilnehmen.

Nachdem noch mehrere Redner teils für, teils gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf wurden mehrere Anträge beraten, welche sich auf die Festsetzung der Diäten für die Delegierten zum Verbandstag bezogen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach die Diäten 12 M. betragen und 6 M. für entgangenen Arbeitsverdienst gezahlt werden sollen.

Die Beratung der sonst noch vorliegenden Anträge wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Berufszählungsergebnisse für das Deutsche Reich.

Nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 wurde im Deutschen Reich eine Gesamtbevölkerung von 61 720 529 Personen festgestellt.

Table with 4 columns: Berufskategorie, 1907, 1895, 1882. Rows include Erwerbstätige im Hauptberuf, Dienende, Angehörige, Beruflose Selbständige, and Zusammen.

Wie in Preußen so hat auch in Deutschland die weibliche Arbeitskraft stärker zugenommen als die männliche, wie die folgende Tabelle erkennen läßt.

Von je 100 der männlichen oder weiblichen Bevölkerung rechneten zur Gruppe

Table with 6 columns: Berufskategorie, 1882, 1895, 1907, 1882, 1895, 1907. Rows include Erwerbstät. im Hauptber., Dienende, Angehörige, Beruflose Selbständige.

Die Ergebnisse für das Reich bestätigen, wie die preussischen Resultate, ein Zurückdrängen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, einen Vormarsch von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr.

Table with 5 columns: Berufsabteilungen, Erwerbstätige, Dienende, Angehörige, Berufszugehörige insgesamt. Rows include A. Landwirtschaft, B. Industrie, C. Handel, D. Häusliche Dienste, E. Militär, F. Ohne Beruf.

Der landwirtschaftliche Volksteil umfaßt nicht einmal mehr ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, der Anteil, der auf Industrie und Gewerbe entfällt, beträgt allein mehr als ein Viertel aller Gezühten.

Table with 4 columns: Berufsabteilungen, 1907, 1895, 1882. Rows include A-F and Summe.

Die Angaben beweisen, daß seit der letzten Berufszählung die Berufsangehörigen zur Landwirtschaft (Gärtnerei und Tierzucht) heruntergegangen sind von 26,19 auf 22,19 Proz.

Das neue Weingesetz.

Die Weingesetzkommission hat in dritter Lesung den Regierungsentwurf mit zum Teil sehr wesentlichen Änderungen angenommen.

habe! Auch wurde weiter festgestellt, daß der saure Wein bezahlt wird als der milde, weil er zuderungs- und damit vermehrungsfähiger ist.

Ferner ist — gleichfalls der Kontrolle wegen — den Weinhandlern und Wenzern eine Durchführung vorgeschrieben, ans der Einkauf und Verkauf des Weines und der Produkte zur Kellerbehandlung, eventuell auch welche Weinbergesflächen abgeerntet sind, hervorgehen muß.

Weiter ist nicht unwichtig, daß ausländischer Wein in Deutschland zu keiner Zeit und nirgends geduldet werden darf.

Gezuckerter Wein darf nicht in einer Weise feilgehalten werden, die auf eine besondere Reinheit des Weines oder auf besondere Sorgfalt bei der Gewinnung der Trauben schließen läßt.

Nicht minder schwierig als die Regelung der Zuderungsfrage gestaltete sich die der Zulässigkeit des Weinschnitts.

Auch bei der Angabe einer besonderen Weinbergslage hat die Kommission in dritter Lesung eine Fälligkeit eintreten lassen.

Wie bei der Zuderung, so ist auch beim Weinschnitt der Auslandswein schlechter gestellt.

Auch der noch der französischen Stadt Cognac benannte Weinschnitt wird der Kontrolle unterworfen.

Die Strafen sind erheblich verschärft. Während das bisherige Gesetz nur Geldstrafen kennt, sind jetzt auch Gefängnisstrafen und in besonders schweren Fällen für die Bierbrauer zur Weinbereitung verbotener Stoffe sogar bis zu zwei Jahren vorgesehen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Weingesetzkommission haben in der Schlussabstimmung für die so abgeänderte Vorlage gestimmt, weil sie den Schwindel treffen und den Weinbauern wie den Weintrinkern schätzen will.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, 11. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michalek eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Vor der Sitzung ist der Ausschuss für die Vorlage betr. die Festschreibung von Blutlinien für die Verlängerung der Alten Jakobstraße bis zum Planufer, sowie der Pflasterausbau gewählt worden.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag Krons und Genossen (Soz.):

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihre die Maßnahmen, welche der Magistrat in Verfolg des Beschlusses der Versammlung vom 31. Mai 1906, die Neueinteilung der dritten Abteilung betreffend, getroffen hat, zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.“

Stadtv. Borgmann (Soz.): Wir haben jetzt Februar 1909. Es ist bisher noch keine Mitteilung gemacht worden, in welcher Weise der Magistrat den Beschl. vom 31. Mai 1906 durchführen will.

während andererseits eine ganze Anzahl mit nur 3000 bis 4500 Wählern vorhanden sind. Diese Verschiebung war ja vorauszu-

Stadtrat Bohm: Ich bin bereit, die Anfrage sofort zu beantworten. Der Magistrat hat infolge des Beschlusses eine Kommission eingesetzt, mit der Aufgabe, die Frage zu prüfen, ob und wie eine Neueinteilung der Wahlbezirke vorzunehmen sei.

Stadtv. Borgmann: Ich war auf eine solche Antwort nicht vorbereitet. Seit 1906 ist doch so viel Zeit gewesen, daß nicht jetzt erst die Sache vor den Magistrat zu geben brauchte.

Der Antrag wird abgelehnt. Stadtv. Borgmann (zur Geschäftsordnung): Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abstimmung in einer Form vor sich gegangen ist, so daß die meisten Mitglieder nicht gehört haben und hören konnten, worüber abgestimmt wurde.

Die Vorlage wegen Neufassung des § 1 Abs. 2 der Ordnung für die Erhebung der Umsatzsteuer im Bezirk der Stadt Berlin wird nach kurzer Besprechung, an der sich Stadtrat Lourdé und die Stadtv. Galland (A. L.) und Werner (A. L.) beteiligten, einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Berichterstattung des Ausschusses für den Antrag der Stadtv. Gelpke und Genossen (Fr. Fr.) wegen Einrichtung besonderer Abteilungen für zahlende Kranke in den städtischen Krankenhäusern und Irrenanstalten.

Den Magistrat zu ersuchen, nach Möglichkeit in den Krankenhäusern Sorge tragen zu wollen, daß eine größere Anzahl Zimmer durch Teilung vorhandener größerer Säle beschafft wird.

Es geht ein Antrag Cassel-Sachs (A. L.) ein: „Den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation über den Antrag Gelpke zu beraten.“

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir hatten ursprünglich keine Veranlassung, zu dem Ausschussantrag noch besondere Stellung zu nehmen, nachdem die Mehrheit des Ausschusses sich ungescheh auf die von mir in der ersten Lesung vertretene Auffassung beruht hatte.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir hatten ursprünglich keine Veranlassung, zu dem Ausschussantrag noch besondere Stellung zu nehmen, nachdem die Mehrheit des Ausschusses sich ungescheh auf die von mir in der ersten Lesung vertretene Auffassung beruht hatte.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir hatten ursprünglich keine Veranlassung, zu dem Ausschussantrag noch besondere Stellung zu nehmen, nachdem die Mehrheit des Ausschusses sich ungescheh auf die von mir in der ersten Lesung vertretene Auffassung beruht hatte.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir hatten ursprünglich keine Veranlassung, zu dem Ausschussantrag noch besondere Stellung zu nehmen, nachdem die Mehrheit des Ausschusses sich ungescheh auf die von mir in der ersten Lesung vertretene Auffassung beruht hatte.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir hatten ursprünglich keine Veranlassung, zu dem Ausschussantrag noch besondere Stellung zu nehmen, nachdem die Mehrheit des Ausschusses sich ungescheh auf die von mir in der ersten Lesung vertretene Auffassung beruht hatte.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir hatten ursprünglich keine Veranlassung, zu dem Ausschussantrag noch besondere Stellung zu nehmen, nachdem die Mehrheit des Ausschusses sich ungescheh auf die von mir in der ersten Lesung vertretene Auffassung beruht hatte.

Städt. Cassel (H. A.): Die überwiegendste Mehrzahl meiner Freunde hält dafür, daß die Sache im Ausschuss nicht erschöpfend beraten worden ist. Wir sehen nicht ein, warum nicht auch für andere Bürger unsere Krankenhäuser da sein sollten, vorausgesetzt, daß die Stadt die vollen Selbstkosten erstattet erhält, warum nicht solche Bürger dort Aufnahme finden können, die diese Leistung auf sich nehmen können, aber nicht die teuren Sätze der Sanatorien usw. Zuvörderst erscheint uns namentlich die Prüfung der Frage durch eine gemischte Deputation. Im Prinzip stehen wir auf dem Boden des Antrages Gelpke, dessen Verdienst es ist, die Sache in Fluss gebracht zu haben.

Städt. Deutsch (H. A.): äußert sich im wesentlichen im gleichen Sinne. Die Möglichkeit müsse gewahrt werden, daß die Angehörigen des Mittelstandes in den städtischen Krankenhäusern eine angemessene Aufnahme finden, wenn sie angemessen bezahlten. Oberbürgermeister Kirschner: Im Magistrat besteht wie in der von ihm eingesetzten Kommission eine dem Wünsche geneigte Stimmung, die Wohlthaten der städtischen Krankenhäuser auch weiteren Kreisen des Mittelstandes zugänglich zu machen. Die Frage, wie dieses Ziel erreicht werden kann, ist außerordentlich schwierig. Vor allen Dingen muß Klarheit darüber herrschen, daß das nicht geschehen kann auf Kosten der Behandlung, die jetzt den armen Kranken zuteil wird; die darf in keiner Weise verschlechtert werden. Aber ob sich das Ziel erreichen läßt durch allgemeine Verbesserungen oder dadurch, daß verschiedene Klassen eingerichtet werden, das einzelne Stationen oder besondere Krankenhäuser für diesen Zweck errichtet werden, das sind alles sehr schwierige Fragen. Mit der Ausschussberatung ist nach meiner Meinung nicht vollständige Klarheit gewonnen und auch der jetzige Ausschussantrag bietet keine Lösung. (Zustimmung.) Haben Sie das Bedürfnis, von vornherein bei der weiteren Erörterung mitzuwirken, so kann das unter Umständen den Weg ebnen. Der Magistrat wird wohl bereit sein, dem Beschlusse, wenn Sie ihn fassen, zuzustimmen.

Städt. Singer (H. A.): Wenn es sich um eine allgemeine Verbesserung und Vervollkommenung unserer Krankenhäuser nach jeder Richtung handelte und das aus den Worten des Oberbürgermeisters hervorginge, würde man darüber reden können. Aber die Einsetzung einer gemischten Deputation ist dann überflüssig. Der Oberbürgermeister hat heute vernieden, seine oder die Magistratsauffassung über den Antrag Gelpke direkt zum Ausdruck zu bringen. Wir aber werden unsererseits gehindert, dem Antrag Cassel zuzustimmen, weil aus diesem Antrag hervorgeht, daß die alte Linke dem Prinzip jenes Antrages zustimmt und man nun versuchen will, diesen Antrag auf einem Umwege zur Annahme zu bringen. Wir müssen gerade prinzipiell dem Antrage Gelpke Widerstand leisten. Sie wollen

**Klassenkrankenhäuser schaffen.**

(Widerspruch), sowie wir auch ein Dreiklassenparlament haben. (Choi.) Man nennt doch am besten die Dinge beim rechten Namen. Der Zweck geht dahin, den Leuten, welche mehr bezahlen können, auch mehr zu leisten an Bequemlichkeit, guter Nahrung, Verpflegung und Heilbehandlung. Nun ist der Oberbürgermeister sicherlich davon durchdrungen, daß solche Einrichtungen nicht auf Kosten der sogenannten Armenkranken erfolgen sollen. Aber er und die Versammlung haben nicht die Kraft, zu verhindern, daß, wenn zwei Klassen errichtet sind, diejenigen Kranken, die nicht soviel zahlen wie die anderen, notwendigerweise darunter leiden müssen. (Sehr richtig.) Dann brauchen wir aber auch ein so erheblich größeres Personal und müssen soviel mehr ärztliche Aufwendungen machen, daß der Preis der sogenannten Sanatorien nahezu erreicht würde. Daß unsere Krankenanstalten ursprünglich Armenkrankenhäuser seien, wie es nach dem Wortlaut der Städteordnung scheinen könnte, ist eine längst antiquierte Auffassung. Eine ganze Anzahl wirtschaftlich gutsituerter Personen, die mehr bezahlen können, gehen in unsere Krankenanstalten, weil sie mit Recht der Meinung sind, daß sie dort gut und sachgemäß untergebracht sind; sie gehen auch deswegen dahin, weil die Stadt über allererste Qualitäten in ihrem leitenden Arztpersonal verfügt. Ist dies so, dann haben wir nicht notwendig, verschiedene Klassen einzurichten. Das Streben muß dahin gehen, daß der Grundsatz: „Jeder Berliner ist vor dem Gesetze gleich“ wenigstens dahin verwirklicht wird, daß jeder Kranke vor der Stadt Berlin gleich ist. Diese Klasseneinteilung muß notwendigerweise zur Herabdrückung des Status der anderen Kranken führen. Deshalb stimmen wir auch gegen die Einsetzung einer gemischten Deputation, die man bloß haben will, um dem Antrag Gelpke um jeden Preis eine Mehrheit zu schaffen.

Städt. Kohnen (H. A.): Auch der Kollege Singer erkennt das Bedürfnis für derartige Einrichtungen an, ein durchaus wertvolles Zugeständnis. Gewiß ist die Lösung der Frage sehr schwierig; sicher aber ist, daß auf dem Wege der Subvention sie nicht gelöst werden kann. Ich erinnere nur an das Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus. Ich freue mich sehr über die Erklärung des Oberbürgermeisters. Die Plutokratie wird deshalb noch nicht in unsere Krankenhäuser eingehen.

Städt. Sachs: Herr Singer hat gemeint, daß wir mit dem Antrage unsere Krankenhäuser wieder zu Armenkrankenhäusern degradieren würden. Er übersieht, daß unsere Nachbarcommunen, die uns so oft als Muster vorgehalten werden, die beantragte Einrichtung längst ebenso besitzen, wie eine große Reihe von Städten in allen Teilen Deutschlands.

Städt. Dr. Beul: Herr Sachs irrt. Es ist doch etwas anderes, wenn bei uns nach 85 Jahren zum erstenmal der Versuch gemacht wird, eine Klasseneinteilung vorzunehmen, die in den anderen Städten von jeher besteht. Nur Charlottenburg und Schöneberg machen eine Ausnahme. Es liegt in der Natur der Sache, selbst wenn die ärztliche Behandlung, Verpflegung und Versorgung ausgezeichnet ist, daß schon das Gefühl der Armenkranken dahin gehen muß, sie seien Kranke niedrigerer Klasse. In Schöneberg und Charlottenburg werden die Betten 1. Klasse kaum benutzt; mit der 2. Klasse, wo 7,50 M. zu zahlen sind, macht Schöneberg sehr schlechte Geschäfte. Ich habe nie geglaubt, daß die Tiergartenwälder sich leeren werden, und alle die Herrschaften dort sich auf den Betten der Krankenhäuser Berlins niederlassen werden (Heiterkeit); aber eine solche Scheidung machen, nenne ich die Plutokratie einführen. Sie machen uns doch sonst den Vorwurf, den Klassenhaz zu schüren; mit der einheitlichen Krankenbehandlung wollen wir doch gerade den Klassenhaz aufheben. Sie wollen das Gegenteil. Sie wollen mit einer gebundenen Marschroute in die gemischte Deputation hinein; Sie wollen den Antrag Gelpke durchbringen, koste es, was es wolle. Wir haben die Auffassung, daß dieser Antrag zum Verderben der Armenkranken ausschlägt. In der gemischten Deputation würden wir einfach abgeschlachtet werden.

Es geht ein Schlußantrag ein und wird genügend unterstützt. Gemeldet ist noch Städt. Cassel. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Städt. Cassel: Bisher haben wir in unseren Krankenhäusern überwiegend Kranke, die nicht bezahlen; jetzt wollen wir Wege ausfindig machen, auch solche aufzunehmen, die bezahlen können. Nicht um jeden Preis wollen wir den Antrag Gelpke durchbringen, im Gegenteil soll die Stadt dabei überhaupt keine Opfer bringen.

Nach dem Schlußwort des Referenten Städt. Jacobi bemerkt Städt. Singer persönlich gegen den Städt. Sachs: Ich habe gesagt, wir wollen den Antrag Gelpke ablehnen, um nicht Klassenkrankenhäuser zu schaffen.

Hierauf wird der Antrag Cassel-Sachs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Von der Alten Linken Städt. Giese und Gen. ist beantragt: „Den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu beraten, ob und welche Änderungen des bisherigen Verfahrens beim Abschluß von An- und Verkäufen von Grundstücken und bei Vermietungen seitens der Stadtgemeinde zweckmäßig sind.“

Städt. Giese verweist auf den Vorgang mit dem Verkauf des Grundstückes Schlüterstraße Ecke Liebenburgerstraße in Charlottenburg, wo dem bez. Ausschusse das Recht der selbständigen Verhandlung mit anderen Interessenten bestritten worden sei. Es

müsse ferner geprüft werden, ob mit die Zuziehung von Agenten zulässig sein solle. Auch über die Vermietungen müßten feste Regeln aufgestellt werden.

Städt. Kollmann (H. A.): freut sich des Antrages, der ebf. eine modernere Bedienung der Stadt auf diesem Gebiete anbahnen werde.

Der Antrag gelangt darauf mit großer Mehrheit zur Annahme. Die Vorlage betr. die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für 1909 beantragt Städt. Liebenow (H. A.) einem besonderen Ausschusse zu überweisen. Wieder sollen 122 neue Beamtenstellen geschaffen werden, da sei besonders gründliche Vorprüfung notwendig.

Städt. Kosenow (H. A.) tritt dem Antrage Liebenow bei, ebenso Städt. Kohnen. Es müße endlich an die Reorganisation der ganzen städtischen Verwaltung herangegangen werden, mit der einzigen Beamtenvermehrung könne es nicht weitergehen.

Städt. Singer: Die Frage ist ja im Schöße einer gemischten Deputation schon lange Zeit begraben; bedauerlich ist nur, daß ihre Beratung gar keinen Fortgang zu nehmen scheint, offenbar wegen der Ueberlastung des Magistrats. Auch ich meine, es handelt sich hier viel weniger um die Nachprüfung der Notwendigkeit jeder einzelnen neuen Stelle, als darum, die ganze Frage bei dieser Gelegenheit einmal in Fluss zu bringen. Dingenwieser werden muß auch auf einen Umstand, der uns neuerdings auch in der Budgetkommission des Reichstages beschäftigt. Ich bin ein lebhafter Anhänger des Achtstundentages, namentlich für die Arbeit, die jemand im Dienst und Lohn anderer macht. Gegenüber bestimmten Puraentätigkeiten haben wir das Recht, zu verlangen, daß da auch acht Stunden gearbeitet wird. Ich glaube nun, daß auch in unseren Bureaus mehrfach unter acht Stunden gearbeitet wird. Da muß Remedur eintreten; das wird gehen, ohne daß den Beamten zuziel zugemutet wird; andererseits wird dann eine Beamtenvermehrung leichter vermieden werden können.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Schluß gegen 8 Uhr.

**Soziales.**

**Zur Ueberarbeit ist der Arbeiter nicht verpflichtet.**

Der Metallarbeiter H. war bei der Sprachmaschinenfabrik Albert Schön bis zum 22. Dezember 1908 im Arbeitsschicht beschäftigt. Er wurde entlassen, weil er sich nach zweistündiger Ueberarbeit geweigert hat, noch länger zu arbeiten. H. klagte nun gestern beim Gewerbegericht. Kläger verlangte den auf ihn entfallenden Teil des Restlohnes für den Afford, an dem er beteiligt war, in Höhe von 83,50 M. Beklagte wendet ein, daß einjährige Mündigkeitsfrist vereinbart sei, die auch auf die im Affordlohn beschäftigten Arbeiter Anwendung finde. Deshalb wäre der Anspruch des Klägers unberechtigt. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Böbling war mit Recht anderer Ansicht. Auch den Einwand der Beklagten, daß die Kolonne, zu der Kläger gehörte, hinsichtlich der Arbeitszeit sehr kummrig gewesen sei, denn sie kamen und gingen wie sie gerade wollten, konnte das Gericht nicht gelten lassen. Es befahl die Beklagte dahin, daß sie nach § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet ist, dem Kläger den vereinbarten Lohn zu zahlen. Die Weigerung, noch weitere Ueberstunden an jenem Abend zu leisten, kann als beharrliche Verweigerung der Arbeit nicht betrachtet werden und demzufolge auch als Entlassungsgrund nicht in Frage kommen. Nach dieser Belehrung verglichen sich die Parteien auf 75 M.

**Vom Schicksale der Arbeit.**

In der Nr. 4 des „Liefbau“ vom 23. Januar 1909 veröffentlicht der Vorstand der Liefbau-Vereinsgenossenschaft eine Uebersicht der in den Jahren 1906, 1907 und bis Ende Dezember 1908 zur Anmeldung gekommenen Unfälle. Es wurden Unfälle gemeldet:

im Jahre 1906	12 801, darunter tot	176
1907	13 405, „	252
1908	16 229, „	250

Es ist dies gegen die beiden Vorjahre eine ungeheuerliche Steigerung der Unfälle im Liefbaugewerbe. Selbst dem Vorstand der Liefbau-Vereinsgenossenschaft scheint vor der Veröffentlichung obiger Uebersicht etwas Bange gewesen zu sein, denn schon in der Nr. 2 des „Liefbau“ bringt er im voraus eine Entschuldigung. In einem Artikel: „Ueber Unfallstatistik für das Jahr 1907“ sagt er:

„Wenn deshalb die Unfallmeldungen noch weiter zunehmen, auch im Jahre 1908 hat eine starke Zunahme stattgefunden, so ist damit noch keine Verleumdung in der Besetzung der Unfallverhütungsvorschriften bewiesen. Die Zunahme kann sowohl durch eine regere Vortätigkeit, als auch darauf zurückgeführt werden, daß stets mehr auch leichtere Unfälle gemeldet werden.“

Regere Vortätigkeit! Es ist erstaunlich wie hier die nackten Tatsachen verdrängt und auf den Kopf gestellt werden. Aber nicht nur Verdrängung; bewusste Unwahrheit ist es, was über die „regere Vortätigkeit“ gesagt wird. In derselben Nr. 2 des „Liefbau“, nur eine Seite vorher, veröffentlicht der Vorstand der Liefbau-Vereinsgenossenschaft den „Stand des Katasters am 1. Januar 1909“. Danach waren beschäftigte Personen katastriert:

am 1. Januar 1908	297 500; dagegen
am 1. Januar 1909	283 954.

Mitbin wurden weniger beschäftigt im Jahre 1908 . . . . . 13 606 Personen.

Im Laufe des Jahres 1909 wurden beschäftigte Personen neu angemeldet 187 579; abgemeldet dagegen 201 165 Personen. Seit 1898 ist es das erste Mal, daß das Liefbaugewerbe einen Rückschlag zu verzeichnen hat. Von Jahr zu Jahr sind die im Liefbau beschäftigten Personen gestiegen. Prozentual mehr gestiegen sind in derselben Zeit allerdings die Unfälle, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Jahreszahl	Anzahl der Vollarbeiter*)	Anzahl der gemeldeten Unfälle
1.	2.	3.
1898	112 886	6 488
1899	119 153	7 185
1900	126 952	7 285
1901	121 938	7 943
1902	117 896	8 951
1903	122 239	9 429
1904	131 886	11 118
1905	141 109	11 659
1906	152 876	12 058
1907	165 447	12 720

\*) 1 Vollarbeiter = einem Arbeiter, welcher im Jahre 300 Tage arbeitet. Die Arbeitszeit eines Liefbauarbeiters beträgt im Durchschnitt höchstens 180 Tage im Jahre.

In Anbetracht obiger Zahlen ist die Steigerung der gemeldeten Unfälle im Jahre 1908 auf 16 229, trotzdem die Zahl der beschäftigten Personen erheblich zurückgegangen ist, ganz ungeheuerlich. Und wenn der „Liefbau“ behauptet die Unwahrheit sagt, wenn er zur Erklärung dieser hohen Unfallziffer eine „regere Vortätigkeit“ annimmt, so wird ihm auch das, was er weiter zur Erklärung anführt:

„daß stets mehr auch leichtere Unfälle gemeldet werden“ kein Recht glauben.

Die rund 4000 im Jahre 1908 mehr gemeldeten Unfälle mögen zum Teil durch die wirtschaftliche Krise und die verminderte Arbeitsgelegenheit zu erklären sein. Den Unternehmern wurden neue Arbeiten nur zu gedrückten Preisen übertragen, deshalb mußten auch

die Betriebskosten herabgedrückt werden. Zum anderen Teil ist die Erhöhung der Unfälle auch durch die Heranziehung ungeeigneter ausländischer Kräfte erklärlich.

**Aus Industrie und Handel.**

**In 18 Monaten 33 Millionen Mark Ausfuhrprämie.**

Daß die Zollpolitik weiter nichts ist als ein Schutz der Interessen, magt kaum noch ein Mensch zu bestreiten. Daß aber der Zollschutz dem Deutschen Reich seit einigen Jahren noch bares Geld kostet, ist leider noch viel zu wenig bekannt.

Die letzte Weizenerte, ebenso die Roggenernte, ist für Deutschland qualitativ und quantitativ sehr günstig ausgefallen. Das deutsche Volk hat davon aber keinen Vorteil. Die guten Qualitäten der deutschen Ernten haben zu einem immer größer werdenden Export angeregt. Der ausschlaggebende Grund für stärkere Ausfuhr ist aber der, daß Deutschland mit seinen Auslandspreisen unter die Parität des Weltmarktes gehen kann, was bei dem bestehenden System der Zollrückvergütung auch wohl so bleiben wird. Nachfolgend Angaben über die Verschiebung im deutschen Getreide-Außenhandel.

	Einfuhr				Ausfuhr			
	in 1000 Doppelzentner				in 1000 Doppelzentner			
	1907/08	1908/09	1907/08	1908/09	1907/08	1908/09	1907/08	1908/09
Weizen	12 885	10 225	1089	2829	—	—	—	—
Weizenmehl	—	—	352	800	—	—	—	—
Roggen	2 785	1 286	1438	5231	—	—	—	—
Roggenmehl	—	—	352	615	—	—	—	—

Für Weizen und Roggen zeigt sich die Tatsache der Ausfuhrzunahme noch schärfer. In dem Halbjahre August bis Februar betrug die Einfuhr

Wenn ein Großgrundbesitzer 200 Tonnen Roggen nach dem Auslande verkauft, so erhält er an der Grenze 200 X 50 M. Zoll gleich 10000 M. rückvergütet. Um diesen Betrag kann er im Auslande das Getreide billiger verkaufen, für die „Zollrückvergütung“ andere Waren einführen. Er tut dies aber nicht, sondern verkauft die Ausfuhrscheine mit vielleicht zwei vom tausend Verlust, und hat so eine angenehme Extralibiesgabe in der Tasche!

Früher wurde der Zoll nur im Veredelungsverkehr rückvergütet. Auf Drängen der interessierten Kreise wurde der Identitätsnachweis aufgehoben. Die Folge ist, daß nun der Staat seine Zolleinnahme um vieles verringert. Die Einnahmen aus den Getreideböden verringern sich um den Betrag der für die Ausfuhr gezahlten Einfuhrscheine. Beim Hafer war im vergangenen Erntejahre die Ausfuhr größer als die Einfuhr. Reinen Zolleinnahmen stehen „Zollausgaben“ von rund 12 Millionen Mark gegenüber. Seit dem 1. August 1908, dem Beginn des neuen Erntejahres, hat das Deutsche Reich an Zöllen für Roggen rund 6 1/2 Millionen Mark eingenommen, dagegen rund 27 1/2 Millionen an Einfuhrscheinen „rückvergütet“! Also bis jetzt in der ersten Hälfte des Erntejahres ein und zwanzig Millionen Mark Defizit resp. Extralibiesgabe an die Junker.

Der Großgrundbesitz hat in den letzten Jahren, wie es selbst von der Regierung zugegeben worden ist, gute, zum Teil hohe Preise gehabt, die den Industrieprofiten um nichts nachstehen. Die deutsche Regierung gibt den Junkern dazu noch jährlich Millionen als Extralibiesgabe, indem sie aus der Roggen- und Haferausfuhr, vom 1. August 1907 bis jetzt, dreihundertsechzig Millionen Mark in bar aus der sinesischen schon kontrollierten Staatskasse!

Und jetzt wo die feudale Gesellschaft auch nur mit einem Bruchteil ihres Besitzes durch die Erbschaftsteuer für die Staatskasse etwas mit beitragen soll, kämpft sie dagegen mit allen Mitteln der Demagogie, ihrer gesellschaftlichen und politischen Macht.

**Die Getreidepreise an deutschen Fruchtmarkten.**

Der Preis für Weizen stellte sich im Januar an 58 Marktorten bei einem Umsatz von 105 403 Doppelzentnern im Durchschnitt auf 19,92 M. pro Doppelzentner gegen 19,72 im Dezember 1907. Der höchste Preis wurde in Bayern mit 22,67, der niedrigste in Pommern mit 17 M. bezahlt. Für die einzelnen Getreidearten war die Preisbewegung folgende:

	Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner in Mark		
	Januar 1908	Dezember 1907	Januar 1909
Weizen	21,70	19,72	19,92
Speis	22,01	20,69	20,80
Roggen	16,80	16,08	15,87
Gerste	16,96	16,85	16,89
Hafer	16,70	15,63	15,77

Am Donnerstag notierte Weizen an der Berliner Börse bei 220 M. Das ist der höchste Preis seit Beginn der neuen Ernte. Seit Anfang Januar macht die Steigerung zirka 15 M. aus. Demnach wären jetzt sogar die Preise des Januar 1908 schon überholt.

**Der wirtschaftliche Rückschlag.**

Der Bruttoüberschuß der Bergwerks-Gesellschaft Sibertia im 4. Quartal 1908 beträgt 2 817 607 M., gegen 3 801 510 M. im 4. Quartal des Jahres 1907.

Eine Illustration für die Wertlosigkeit des von den Schutzöllnern aller Länder aufgestellten Ideals einer sogenannten günstigen Handelsbilanz, d. h. eines Ueberflusses der Ausfuhr über die Einfuhr, bietet die Statistik über den auswärtigen Handel der Vereinigten Staaten im Jahre 1908. In diesem Jahre hat Nordamerika weit mehr exportiert als importiert, und dabei war es doch die Zeit eines unerhörten wirtschaftlichen Niederganges. Was noch bemerkenswerter ist: die Monate, in denen sich die Bilanz am günstigsten gestaltete, waren die Zeit, in der das Wirtschaftsleben am meisten daniederlag. Im Januar insbesondere belief sich der Ausfuhrüberschuß auf 120 Millionen Dollar, und nie war die nordamerikanische Industrie weniger beschäftigt und erreichte die Arbeitslosigkeit einen höheren Stand als gerade in diesem Monat.

Nach dem statistischen Ausweis des Handelsministeriums über den Außenhandel des österreichisch-ungarischen Reiches betrug im Jahre 1908 der Export 2 332,4 Millionen Kronen, die Einfuhr 2 225,0 Millionen Kronen, was ein Plus von 80,4 bzw. ein Minus von 132,3 Millionen Kronen gegen 1907 bedeutet.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 7. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Aus Wolochs Schandbuch. — Natalie Liebkecht! Von A. Debel. — Der Kampf ums Dasein. Von Gustav Götze. — Ein theoretischer Kulturlampf. Von Ant. Pannofel. — Die persische Revolution. Von Tigran Demisch. — Literarische Rundschau: Dr. Konrad Guesenher, Vom Urtrieb zum Menschen. Von Dr. Alexander Sokolowski, Beobachtungen über die Psyche der Menschenaffen. Von K. K. L. Plate, Der gegenwärtige Stand der Abstammungslehre. Von Dr. G. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Festschrift des Reichswissenschaftlichen Ausschusses für die geisteswissenschaftlichen Fakultäten, herausgegeben von Prof. Dr. H. Senator und Dr. E. Kammer, 25 Lieferungen à 50 Pf. S. Schottländer, Berlin W. 35.

Die Festschrift des Reichswissenschaftlichen Ausschusses für die geisteswissenschaftlichen Fakultäten, herausgegeben von Prof. Dr. H. Senator und Dr. E. Kammer, 25 Lieferungen à 50 Pf. S. Schottländer, Berlin W. 35.

Die Festschrift des Reichswissenschaftlichen Ausschusses für die geisteswissenschaftlichen Fakultäten, herausgegeben von Prof. Dr. H. Senator und Dr. E. Kammer, 25 Lieferungen à 50 Pf. S. Schottländer, Berlin W. 35.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**6. Wahlkreis.**  
Sonntag, 14. Februar, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolberger Straße 23:  
**Öffentliche politische Versammlung u. Frauen.**  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Genossen Redakteur **Paul John: Die Frauen und die Politik.**  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Einberufener: **E. Graf, Wöhlertstr. 2.**  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, 14. Februar, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8:  
**Große Versammlung**  
aller in der Jalousien-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
Die Arbeitsverhältnisse in den Jalousien-Fabriken und unsere nächsten Aufgaben.  
Kollegen und Kolleginnen, kommt alle und agitiert für guten Besuch der Versammlung.  
**Der Obmann.**  
Zur Beachtung! Wegen der Arbeitslosenzählung werden die Bureau des Verbandes heute Freitag abends 6 Uhr geschlossen!  
Die Ortsverwaltungs-Sitzung fällt aus. 70/1

**Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands**

Bezirk Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 14. Februar 1909, nachmittags 1 Uhr:  
**Konferenz der Provinz Brandenburg**  
im Gewerkschaftshause, Berlin, Engelauer 15, Saal 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Die einzuführenden Unterstützungsanrichtungen in unserem Verbands. Referent: Kollege Döbner, Leipzig, 2. Verschiedenes. 281/11  
Zu dieser Konferenz sind die Kollegen und Kolleginnen sowie die Verwaltungen sämtlicher Konsumvereine der Provinz Brandenburg freundlichst eingeladen. — Gäste willkommen.  
Z. N.: **H. Lammé,**  
Berlin, Rixdorf, Stiehmeyerstraße 51.

**Tischler-Verein E. H. No. 89.**

Sonntag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Wöhlertstr. 15:  
**Versammlung.**  
Vortrag des Herrn **C. Rieth: Vulkan und Erdbeben.** — Unterhaltungsgehalt. — Willkommensgabe zum Wäldenball am 27. Februar im Lokale „Santouci“. 198/6  
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

**Bauhandwerker-Krankenkasse**

für Berlin und Umgegend.  
(Eingeschriebene Hilfskassa No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 38.)  
**Ordentliche General-Versammlung**  
am Sonntag, den 14. Februar 1909, vormittags 10 Uhr, bei **Fritz Wilke, Brunnenstraße 188.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung des 1. Kassierers, Revisionsbericht, Bericht des Vorstandes und Ausschusses.  
2. Regelung der Entschädigung sämtlicher Kassensfunktionäre.  
3. Ersatzwahl des Vorstandes: 1. Kassierer, 2. Vorsitzender, 3. Beisitzer und 4. Ersatzmänner, Wahl des Ausschusses und 4. Ersatzmänner.  
4. Sonstige Kassensangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
**Der Vorstand.**  
Z. N.: **Heinrich Metzke, 1. Vorsitzender.**

Gefunde, Nervöse, Herz-, Magen-, Nierenleidende und Alle, die ihr aufregende Getränke wie Kaffee, chinesisches Tee etc. meiden sollt,  
**kauft schnell in der**  
nächsten Apotheke oder Drogerie  
**Sieber's Aepfeltee!**  
Pakete zu 30 Pfg., 50 Pfg. und 1 Mark überall erhältlich.  
Generalvortr.: **Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M.**  
Alleinverkauf f. Berlin u. Vororte:  
**Joh. Zschernack, Berlin N. (Tel. III, 7856.)**

**Gast- und Schankwirte!**

Montag, 15. Februar, nachm. 3 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:  
**Protestversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Die Brausteuer und ihre Folgen. Referent: **Otto Strauß.**  
2. Die drohende Vernichtung des Gastwirtsberufes durch die Reichsfinanzreform. Referent: **Paul Litfin.**  
3. Der Vorschlag des Schutzverbandes der norddeutschen Brauereigemeinschaft auf Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Referent: **Dr. W. Lohmann.**  
Es ist dringende Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen sowie die Interessenten unseres Gewerbes zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen.  
**Verband der Gast- u. Schankwirte für Berlin u. die Provinz Brandenburg (E. V.)**  
Z. N.: **Otto Strauß.**  
**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.** Z. N.: **Paul Litfin.**  
**Gastwirte-Zinnung zu Berlin.** Z. N.: **Otto Vogel.**  
**Gastwirte-Zinnung des Kreises Teltow.** Z. N.: **Albert Griebel.**  
**Verein der Mineralwasserfabrikanten von Berlin u. Umg.** Z. N.: **Dr. W. Lohmann.**  
**Schutzbund Berliner Mineralwasserfabrikanten.** Z. N.: **G. Baum.**  
**Verein der Selterwasserfabrikanten von Berlin und Umgegend.** Z. N.: **H. Duffe.**  
**Norddeutscher Gastwirte-Verband, Hamburg.** Z. N.: **P. Hiesgen.**  
**Local-Verband Leipzig der vereinigten Gastwirtsvereine.** Z. N.: **Guthardt.**

**Zentral-Krankenkasse der Maurer**

„Grundstein zur Einigkeit“  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Sonntag, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr, bei Jannasch, Inselstraße 10:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenericht vom 4. Quartal und Jahresbericht. 2. Die Antwort des Vorstandes zum letzten Versammlungsbotschaft. 3. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Revisors. 149/3  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
**Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.**  
Die örtliche Verwaltung.

**Neue Welt**  
Hasenheide 108-114.  
Original **bayer. Beck-Bier-Fest**  
Original-Alpendekoration.  
Sensationelle Original-Prämierungen.  
Orig.-Bauernkapelle **Baron Muckl.**  
Orig.-Meistersänger **Max vom Heede.**  
Original bayerische Madl.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnt. 3 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.**  
Filiale Berlin 18.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Gustav Lück** am 9. Febr., vormittags 11 1/2 Uhr, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedrichs-Kirchhofes, Wilhelmshagen, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
269/2 **Die Ortsverwaltung.**

Am 10. Februar verstarb nach schwerem Leiden im Alter von 35 Jahren unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Schriftföher **Emil Schmidt.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 1 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Oberschönauweide statt.  
Das Personal 944b der Buchdruckerei G. Bornstein.

**Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 10. Februar, nach schwerem Leiden unser treuer Mitglied, der Kollege **August Nuggel** (Bezirk Schönhauser Vorstadt) im Alter von 38 Jahren gestorben ist. 192/4  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Gethsemane-Gemeinde II in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Auf Teilzahlung**  
wöchentlich nur 1 Mark  
Uhren jeder Art und Goldwaren sowie Zithern, Sprechmaschinen und Musikinstrumente. 59402\*  
**Jahre & König,**  
Dorfhauser Str. 68. Reinickendorfer Str. 101. Wäldenstr. 19.  
Blumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer,** nur Mariannen-Straße 2.

**1000 wertvolle Geschenke**  
für die Leser dieser Zeitung.  
Jeder, der bei uns einen 10 Pf. Enaille-Eimer Delikatess-Pharmaceutus franko für M. 2.50, oder einen 10-Pf. Enaille-Eimer künstl. Honig franko für M. 3.25 oder 8 Pf. feinste Delikatess-Margarine franko für M. 5. — bestellt, erhält ein wertvolles Geschenk. Keine Nebenkosten.  
Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser ausgegeben sind. — Jeder Besteller erhält einen prakt. Gebrauchsgeschenk, gratis.  
**Versand-Gesellschaft**  
Magdeburg 60 Postf. 164.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders, des **Waldhütermeisters Karl Schellenberger** sagen wir allen seinen Freunden, Bekannten und Kollegen sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein für Schönauweide und Umgegend unseren herzlichsten Dank.  
Ghemmit, im Februar 1909.  
Die trauernde Witwe nebst Geschwistern. 942b

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Branche der Drechsler.  
Am 7. Februar verstarb plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser langjähriges Mitglied, der Drechsler **Eduard Karger** im 42. Lebensjahre. 79/2  
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen unserer besten Kollegen und treuen Mitarbeiter. Sein offenes Ausreten, wie seine angenehmen Umgangsformen machten ihn jezt um zum Freunde, so daß er uns dauernd im Andenken bleiben wird.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thoman-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße aus statt.  
**Die Kommission.**

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie direkt Engrospreisen in der **Möbel**fabrik von **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kein Laden, Tel.: A. III, 5157 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel**  
**Drogerie Zaremba,**  
Berlin N., Weinbergsweg 1.  
— Ein Versuch — führt zu dauernder Kundenschaft.

**Gelegenheitskauf!**  
**Allgemeine Geschichte der Literatur**  
von ihren Anfängen bis auf die Gegenwart.  
Von **Gustav Karpeles.**  
Neue Ausgabe, fortgesetzt bis Ende des 19. Jahrhunderts.  
Authentisch illustriert mit 145 Tafeln, Farbendruck und 668 Porträts und Abbildungen im Text.  
3 Bände gebunden statt 32 M. nur 15 M.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Aden).

**Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!**  
Die bestsortierte und billigste **Einkaufsquelle** in **Zigaretten, Zigarren und Tabaken** sämtlicher eingeführter Fabrikate ist **Max Ziegenhals,** BERLIN N. O. 18, Keibelstr. 20, Alexanderplatz. ::: dicht am :::  
Telephon: Amt VII, 4730.

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Joseph Keller** geboren am 11. 2. 65, am 9. d. Mts. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
169/3 **Der Vorstand.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4



# Arbeitslosenzählung

am **Sonnabend, den 13. Februar 1909.**

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!

Heute abend und am Sonntagvormittag hat sich jeder Organisierte zur Mitarbeit bei der Arbeitslosenzählung zu stellen.

Es gilt, ganze Arbeit zu verrichten, und dazu gehört, daß außer Kranken und Gebrechlichen niemand fehlt.

Zur allgemeinen Kenntnis über die zu verrichtende Arbeit und Ausfüllung der Fragekarte sei hier noch einmal folgendes angeführt:

Das Austragen der Fragekarten erfolgt heute abend von 6 bis 9 Uhr.

Die Fragekarten werden in allen Wohnungen, wo Arbeitslose oder bei verkürzter Arbeitszeit Beschäftigte vorhanden sind, bis zu drei Stück abgegeben.

Wo der Zähler niemand in der Wohnung antrifft, hat er drei Karten in den Briefkasten zu legen oder den betreffenden Mieter am anderen Tage abends aufzusuchen.

Bei jeder Abgabe von Fragekarten ist dem Empfangnehmenden ausdrücklich zu sagen: „Bitte auszufüllen, wird am Sonntag wieder abgeholt.“

Am Sonntagvormittag werden die Fragebogen eingekammelt.

Ist ein Mieter nicht anwesend, so muß sich der Zähler bei den Nachbarn nach den Karten erkundigen und im Notfall mehrere Male hingehen.

Wo der Zähler unbeschriebene oder gar keine Karten zurückbekommt, hat er Nachfrage nach Arbeitslosen oder Verkürzterarbeitenden zu halten.

Der Zähler hat die Pflicht, beim Empfang der Karten dieselben anzusehen, eventuell Rücksprache mit dem Mieter oder Arbeitslosen zu nehmen und das Fehlende am Sonntag eventuell selbst hinzuzufügen.

(Bleistift ist mitzubringen.)

Dann hat der Zähler die unbeschriebenen Fragekarten von den beschriebenen getrennt zu halten und beide Sorten an den Bezirksführer abzugeben.

Die Zähler haben auf jede ausgefüllte Karte ihren Namen und ihre Adresse aufzuschreiben.

Der Bezirksführer hat die unbeschriebenen Karten noch einmal durchzusehen und nur die beschriebenen an den Abteilungsleiter und dieser wiederum dieselben nach dem Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Auergebäude, Saal 9 und 10, einzuliefern.

Die beschriebenen Fragekarten der Vororte werden im Saal 11 abgegeben.

Um Irrtümern vorzubeugen und mehrfachen Anfragen Rechnung zu tragen, bringen wir nachfolgende Erläuterungen zu der Fragekarte.

Am Kopfe der Karte heißt es: „Nur bei Arbeitslosigkeit oder bei verkürzter Arbeitszeit auszufüllen.“

Darunter soll verstanden werden: Wer zurzeit nicht arbeitslos ist oder nicht bei verkürzter Arbeitszeit arbeitet, soll die Karte nicht ausfüllen.

Personen unter 16 Jahren, die sonst erwerben, jetzt aber arbeitslos sind oder verkürzte Zeit arbeiten, haben die Karte auszufüllen.

Bei der Frage 8 braucht nicht das Datum des Zugangs angegeben werden; es genügt, wenn geschrieben wird, 1/4, 1/2, 3/4 oder wieviel Jahre am Ort.

Die Frage 7 soll den ge- oder erlernten Beruf erkennen lassen, damit durch Beantwortung der Frage 8 der eventuelle Berufswechsel ersichtlich wird.

Bei der Frage 9 kommen nur die drei angegebenen Versicherungen in Frage; andere Versicherungen fallen weg.

Unter der Frage 10 soll angegeben werden, wie lange jemand jetzt hintereinander arbeitslos ist, auch wenn die Arbeitslosigkeit in das Jahr 1908 zurückgeht; nur darf der Betreffende dieselbe Zeit nicht noch einmal unter der Frage 12 beantworten.

Mit der Frage 11 soll eine Trennung zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheit herbeigeführt werden.

Krankheit gilt nicht als Arbeitslosigkeit; es sind deshalb die Krankenwochen auszuscheiden resp. abzurechnen.

Die Frage 12 ist so aufzufassen, wie schon am Kopf der Karte gesagt, „nur von kurzer Arbeitslosigkeit und Verkürzterarbeitenden auszufüllen.“ Personen, die jetzt nicht arbeitslos sind, dürfen die Karte nicht ausfüllen, auch wenn sie im Jahre 1908 arbeitslos waren. Anders die Verkürzterarbeitenden; bei ihnen ist das Verkürzterarbeiten oftmals der Arbeitslosigkeit gleichzuachten und wechselt mit Aussetzen; deshalb sollen von ihnen die Aufzeichnungen wie bei den zurzeit Arbeitslosen mit ausgenommen werden.

Die anderen Fragen bedürfen keiner Erläuterung.

Als Tag der Zählung gilt der 13. Februar.

Eine Aenderung gegen die erstmalige Festsetzung unserer Abgabestelle ist insofern geschehen, daß die Fragebogen nicht im „Vorwärts“ abzuliefern sind, sondern, wie oben schon dargelegt, im Gewerkschaftshause, Saal 9 und 10, für die Vororte Saal 11.

Run tue jeder Genosse seine Pflicht! Wir wollen den staatlichen und städtischen Verwaltungen zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft auch allein in der Lage ist, Aufgaben, wie die Zählung der Arbeitslosen eine ist, zu lösen.

Seien wir alle heute abend und am Sonntag zur Stelle!

Wir wiederholen daher:

**Freitag, den 12. Februar, abends von 6 Uhr an:**  
Austragen der Karten.

**Sonnabend, den 13. Februar:**  
Ausfüllung der Karten durch alle Arbeitslosen oder bei verkürzter Arbeitszeit Beschäftigten.

**Sonntag, den 14. Februar, vormittags von 8 Uhr an:**  
Einholen der Karten.

Parteilgenossen, an die Arbeit!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. Der Zentralvorstand der sozialdemokr. Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Die Zählung findet in der Stadt Berlin und in folgenden 45 Vororten statt:

- |                              |                             |
|------------------------------|-----------------------------|
| Niederhof,                   | Nieder-Schönebeide,         |
| Alt-Glienide,                | Nieder-Schönehausen,        |
| Nowawes,                     | Nowawes,                    |
| Vorsigwalde - Waldmannslust, | Ober-Schönebeide,           |
| Brix,                        | Pankow,                     |
| Charlottenburg,              | Reinickendorf-Ost und West, |
| Dahlem,                      | Rixdorf,                    |
| Gähwalde,                    | Rosenthal,                  |
| Erlener,                     | Rummelsburg-Vorhagen,       |
| Französisch-Buchholz,        | Schmargendorf,              |
| Friedenau,                   | Schöneberg,                 |
| Friedrichsfelde,             | Spandau,                    |
| Friedrichshagen,             | Steglitz,                   |
| Groß-Lichterfelde,           | Stralau,                    |
| Grünau,                      | Tegel,                      |
| Johannisthal,                | Tempelhof,                  |
| Königs-Wusterhausen,         | Treptow,                    |
| Köpenick,                    | Velten,                     |
| Lautwig,                     | Wansee,                     |
| Lichtenberg,                 | Weißensee,                  |
| Mahlsdorf,                   | Wilmerdorf,                 |
| Mariendorf,                  | Zehlendorf.                 |
| Mariensfelde,                |                             |

### Zusammenkunftsorte der Parteilgenossen.

Die Parteilgenossen treffen sich heute abend zur Entnahme des Materials zur Arbeitslosenzählung in ihren Zahlabendlokalen und zwar rechtzeitig, um die Zählkarten noch heute auszutragen.

Von folgenden Vororten sind uns in dieser Beziehung noch nachstehende besondere Mitteilungen zugegangen:

**Niederhof.** Heute abend findet im Lokal von Kaul, Widmarstraße 16, ein Extrazahlabend statt.

**Reinickendorf-West.** Diejenigen Genossen vom 4., 5. und 6. Bezirk, die in ihren Bezirken überzählig sind, treffen sich bei Schulz, Scharnweberstraße 22, die Genossen vom 1., 2. und 3. Bezirk bei Wansch, Antonienstraße. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften, die sich an der Arbeitslosenzählung beteiligen wollen, finden sich gleichfalls in den oben angegebenen Lokalen ein. Sonntagvormittag nach Einholung der Zählkarten treffen sich sämtliche Funktionäre bei Schulz, Scharnweberstraße 22.

**Schmargendorf.** Die Genossen werden ersucht, sich heute, Freitag, den 12. d. M., abends 1/8 Uhr, recht zahlreich im Restaurant Lindenbaum, Spandauerstr. 40, einzufinden.

**Steglitz.** Sämtliche Mitglieder des Wahlvereins haben sich heute abend 7 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen einzufinden.

Die nur gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben ebenfalls die Verpflichtung, bei dieser Arbeit mitzuhelfen. Diese finden sich zu der oben angegebenen Zeit in folgenden Lokalen ein: Schellhase, Ahornstr. 15a; Gölzow, Forststraße 23; Schönefeld, Schildbornstr. 88; Rohmann, Schloßstr. 117; Räther, Marktstr. 1; Krüger, Feste 1; Döge, Däppelstr. 82; Schläger, Albrecht- und Eichenstr. 66; Feigmann, Flora- und Däntherstr. 66; Moser, Potsdamer Str. 1.

Jeder gehe in das seiner Wohnung am nächsten gelegene Lokal. Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen.

**Wilmerdorf-Palensee.** Die Materialausgabe an die Zähler bei der Arbeitslosenzählung erfolgt heute abend in den einzelnen Bezirkslokalen. Die Genossen und sonst mittätigen Personen wollen sich rechtzeitig einfinden, damit eine korrekte Erledigung der Zählung ermöglicht wird. Der Vorstand.

**Nieder-Schönehausen-Nordend.** Diejenigen Genossen, die am letzten Zahlabend nicht anwesend waren, haben die Pflicht, sich heute Freitag abend von 6 1/2 Uhr ab in ihren Bezirkslokalen zu der Arbeitslosenzählung den Bezirksführern zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand.

**Nowawes.** Die unterzeichneten Vorstände ersuchen die organisierte Arbeiterschaft, sich an dem am Freitag stattfindenden Austragen der Arbeitslosen-Zählkarten zu beteiligen. Die arbeitslosen Genossen treffen sich gegen 1/8 Uhr nachmittags, die übrigen Genossen später beim Genossen Singer. Ebenfalls sind die Genossen verpflichtet, am Sonntagvormittag die Zählkarten einzuholen und beim Genossen Singer abzuliefern. Wir erwarten, da dies die erste Arbeitslosenzählung ist, die hierorts stattfindet, daß die Genossen sich recht zahlreich an dieser wichtigen Arbeit beteiligen. Der Vorstand des Wahlvereins.

**Friedenau.** Die Genossen werden ersucht, sich am heutigen Abend zur Arbeitslosenzählung vollzählig im „Rheinschloß“ einzufinden.

**Vorsigwalde-Wittenau.** Zur Arbeitslosenzählung treffen sich die Genossen heute abend 7 Uhr und zwar die Genossen von Wittenau bei A. Schulze, Hauptstraße, die von Vorsigwalde Bezirk I bei Zühlke, Bezirk II bei B. Schulze.

**Hermendorf.** Die Genossen, welche sich an der Arbeitslosenzählung beteiligen wollen, haben sich heute abend 7 Uhr im Restaurant zum Forsthaus, Augusta-Viktoriastraße, einzufinden.

## Partei-Angelegenheiten.

**Niederbarnim.** Auf Beschluß des Kreisvorstandes ist mit dem heutigen Tage der engere Vorstand des Bezirkes Pankow seines Amtes entsetzt. Bis zur Neuwahl der Bezirksleitung werden folgende Genossen provisorisch die not-

wendigen Arbeiten (Arbeitslosenzählung usw.) erledigen: Liebusch, Goerschstr. 14; Fenzler, Florastr. 69; Pang, Kreuzstr. 17. Der Vorstand des Kreises Niederbarnim.

**Alt-Glienide.** Am Sonntag, den 14. Februar, findet in unserem Orte eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich bei ihren Bezirksführern zu melden. Flugblattausgabe Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Troppas, Rudower Straße 64.

**Königs-Wusterhausen und Umgegend.** Die Parteilgenossen werden auf die am Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Weidhornischen Lokale stattfindende Wahlvereinsversammlung hingewiesen. Die Tagesordnung wird in der Sonntagsummer noch bekanntgegeben. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Ueber den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, dem Magistrat eine Auskunft darüber abzunotieren, wie es eigentlich um die längst versprochene Neuaufgrenzung der Gemeindegemeindebezirke dritter Abteilung steht, wurde gestern nicht lange verhandelt. Genosse Borgmann erinnerte daran, daß der Magistrat mit dieser Arbeit bis spätestens 1909 hätte fertig werden sollen, und wies nach, daß die Ungleichheit der Wahlbezirke nachgerade unerträglich geworden ist. Stadtrat Wöhm antwortete, die vom Magistrat eingesetzte Kommission habe ihren Auftrag bereits erledigt, nun werde auch das Plenum des Magistrats bald beschließen und so sei zu erwarten, daß schon in diesem Herbst in den neuabgegrenzten Bezirken werde gewählt werden können. Demgegenüber stellte Borgmann fest, daß der Magistrat sich für seine, wirklich nicht allzukomplizierte Arbeit sehr viel Zeit gelassen hat. Ob sie tatsächlich noch für die diesjährigen Wahlen fertig werden wird, das ist noch sehr zweifelhaft. Im November finden die Wahlen statt, die Listen aber werden bereits im Juli ausgelegt. Selbstverständlich müßte die Neuaufgrenzung der Bezirke noch vor Aufstellung der Listen zustande kommen.

Die Frage der Schaffung von Sonderabteilungen in den Krankenhäusern ist durch die Beratung des Ausschusses, dem der diesbezügliche Antrag bereits überwiesen worden war, ihrer Lösung nicht nähergeführt worden. Die einzig richtige Lösung wäre: Ablehnung. Im Ausschuss hatte sich keine Mehrheit für den Antrag zusammenbringen lassen, aber im Plenum der Versammlung wurde gestern glücklich ein Weg gefunden, ihn vielleicht doch noch zu retten. Der Ausschuss war zu dem Ergebnis gelangt, die Versammlung solle sich nur für die Zerlegung der großen Krankensäle in kleinere Räume aussprechen. Es ist möglich, daß auch hinter diesem Vorschlage der stille Wunsch sich barg, einer späteren Wiedereinbringung des Planes der Sonderabteilungen und seiner schließlichen Durchführung vorzuarbeiten. Doch die freisinnigen Gönner der „besonderen“ Kranken wollten so lange nicht warten und beantragten daher die Einsetzung einer gemischten Deputation, die möglichst rasch die Entscheidung herbeiführen soll. Gegen diesen Antrag wandte sich die sozialdemokratische Fraktion. Genosse Wehl legte dar, daß der Vorschlag des Ausschusses, kleinere Räume zu schaffen, zu billigen sei, nur unter der Voraussetzung, daß die Kranken lediglich nach der Art ihrer Krankheit auf die einzelnen Räume verteilt werden. Die zahlungsfähigeren Kranken dürfe man schon deshalb nicht absondern, weil zur Erkenntnis und Beseitigung der Mängel, die in den Krankenhäusern der Stadt bestehen, es dringend nötig sei, daß auch der Wohlhabende sie mal an eigenen Leibe erfahre. Die freisinnige Mehrheit will die „besonderen“ Kranken hervorheben, das ließ namentlich Herr Cassel deutlich genug durchmerken. Den Eifer dieser Herrschaften unterstützte Oberbürgermeister Kirchner durch die verheißungsvollen Ausführungen, in denen er die Zustimmung des Magistrats in Aussicht stellte. Unser Genosse Singer prägte dann das treffende Wort, daß hier zum Dreiklassenwahlsystem das Dreiklassenkrankenhaus sich geselle. Die freisinnigen beschlossen die gemischte Deputation: Die Rückbildung der Krankenhäuser unserer Stadt wird nun nicht mehr lange auf sich warten lassen.

### Parteilreter.

Just in demselben Augenblick, als sich die Berliner Parteilgenossenschaft anschickte, alle Kräfte für das große und schwierige Werk einer selbständigen Arbeitslosenzählung mobil zu machen, haben es Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Pankow für angebracht gehalten, vielen Berliner Zahlabenden ein gedrucktes Flugblatt zuzusenden, das sich im wesentlichen mit den inneren Streitigkeiten eines Teiles der Pankower Genossen mit dem Vorstand des Kreises, mit der Firma Hinge u. Co. und einiger anderer mit den Differenzen zusammenhängenden Angelegenheiten beschäftigt. Der Inhalt dieses mit der Anrede: „Parteilgenossen!“ überschriebenen Zirkulars enthält so zahlreiche Unrichtigkeiten, grobe Entstellungen und allgemeine Verdächtigungen, daß es in demselben Fehler wie die Verfasser verfallen hieße, wollten sich die Angegriffenen dazu herbeilassen, alles das zu wiederholen, was sie schon längst des öfteren widerlegt haben und was auch schon Gegenstand verschiedener Schiedsgerichte gewesen ist. Das letzte Schiedsgericht, das in dieser Streitfrage eingesetzt war, hat den Pankower Vorstandsmitgliedern hauptsächlich ihre Erregung zugute gehalten, ein Umstand, der durch die Drucklegung und Verbreitung des oben bezeichneten, mit Gustav Adler unterzeichneten Flugblattes nicht mehr in Frage kommt.

Und deshalb ist es auch an der Zeit, endlich einmal offen auszusprechen, daß das Verhalten der Verfasser des Flugblattes, ihre Differenzen in andere Kreise zu tragen, nicht nur höchst tadelnswert sondern auch direkt parteischädigend ist. Wir hatten bisher geglaubt, das endlich einmal auch bei der Mehrzahl der Pankower Genossen und den Vorstandsmitgliedern die bessere Einsicht Oberhand gewinnen und das Interesse an der Partei sie bald zu gemeinsamer Arbeit mit den anderen Kampfgenossen zusammenführen würde. Nach der neuesten Leistung des Flugblattes und nach einigen weiteren Maßnahmen scheint diese Hoffnung sich so bald nicht erfüllen zu sollen. Seit Jahr und Tag werden in Pankow in den Zusammenkünften der Genossen fast nichts als innere Streitigkeiten verhandelt; kaum eine Versammlung kann mehr stattfinden, ohne daß Differenzen persönlicher Natur behandelt werden, so daß bezweifelt werden muß, ob

Aberhaupt der gute Wille vorhanden ist, sich einzufügen in den Rahmen, den nun einmal unsere Organisation sich notwendigerweise gezogen hat. Da kann man nicht mehr anders als annehmen, daß alle die Quertreibereien nur geschehen aus Freude am Skandal, aus Lust am Standal. Freude können nur unsere Gegner an einem solchen Treiben finden, wie es in Pantow beliebt wird und wir sind fest überzeugt, daß die Macher des Flugblattes bei den Berliner Genossen, an die sie sich gewandt haben, nicht weiter ausblieben, als eine entschiedene Abgabe. Jeder ehrliche Parteigenosse muß sich, angewidert von einer derartigen Skandalstunde, abwenden von Leuten, die nur die Geschäfte der Gegner besorgen.

Aus der gestern stattgefundenen Kreisversammlung erhalten wir hierzu noch folgende Mitteilung:

Bekanntlich hatte das Parteischiedsgericht, welches gegen die Mitglieder des engeren Vorstandes von Pantow eingeleitet war, zwei große Disziplinbrüche der Angeklagten festgestellt, von ihrer Ausschließung aber abgesehen, weil es ihnen ihre damalige Erregung zugute hielt. Der Kreisvorstand hat die neuen Disziplinbrüche des früheren Vorstandes von Pantow, nämlich die Aufforderung, den „Vorwärts“ abzusetzen und die Verbreitung des erwähnten Flugblattes der Kontrollkommission als weiteres Material für den Ausschlußantrag unterbreitet. Ferner hat der Kreisvorstand, um weiteren Parteischädigungen vorzubeugen, den früheren engeren Vorstand von Pantow seines Amtes entsetzt. Die Parteigenossen erfahren aus der Mitteilung des Kreisvorstandes unter Parteinahrufen die Namen der Genossen, an die sie sich zu wenden haben, insbesondere damit die Arbeitslosenzählung durch die Quertreibereien einzelner nicht geschädigt wird.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Damit sich auch unsere Mitglieder heute abend an den Vorarbeiten zur Arbeitslosenzählung beteiligen können, fängt der Unterricht erst 9 1/2 Uhr an.

#### Verweigerte Arbeitslosenzählung.

Um ein recht zuverlässiges Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit zu erhalten, war auch die Zählung der in den Ämtern unterkunft Suchenden in Aussicht genommen, zu welchem Zwecke sich mehrere sozialdemokratische Stadtverordnete zur Verfügung gestellt hatten. Soweit es sich um das städtische Obdach in der Preßstraße handelte, wollte Genosse Wolf Hoffmann sich dieser Nähe unterziehen. Auf sein diesbezügliches Gesuch erhielt er folgende Antwort:

Magistrat Berlin.

Deputation fürs Arbeitshaus und Obdach  
11. Februar 1900.

In Beantwortung des an Oberinspektor Föbel gerichteten Ersuchens vom 8. d. Mts. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Ihnen die Zählung der im städtischen Obdach sich aufhaltenden Arbeitslosen nicht gestattet werden kann.

Fischel.

Warum und weshalb die Zählung „nicht gestattet“ werden kann, ist aus dem Schreiben nicht ersichtlich; unseres Erachtens kann auch nicht der geringste stichhaltige Grund für diese Weigerung beigebracht werden. Im wohlthuenden Gegensatz hierzu steht, daß die Verwaltung des Ämtes des Ämtervereins in der Wiesenstraße die Zählung bereitwillig gestattet hat.

Von den Fernsprechneten der Vororte von Berlin ist nach wie vor das größte das von Charlottenburg, obgleich ein Teil dieses Bezirkes zum Amt 8 in Berlin gehört. Es zählt nach der letzten Aufnahme insgesamt 15000 Anschlüsse, von denen 9441 Hauptanschlüsse sind. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Vermehrung von 1067 Anschlüssen. Dieser Umfang wird auch nicht annähernd von einem anderen Vororte erreicht. Selbst Wilmersdorf hat nur 8338 Anschlüsse mit 4287 Hauptanschlüssen. Ganz Rixdorf zählt nur 2729 Anschlüsse, darunter 1833 Hauptanschlüsse. Es folgen Friedenau mit 1852 Hauptanschlüssen, Groß-Lichterfelde mit 1730, Steglitz 1414, Lichtenberg 1185, Pantow 1107, Treptow 1086. Alle übrigen Vororte haben unter 1000 Anschlüsse, am meisten Weißensee mit 948, dann Oberschöneweide mit 929, Reinickendorf 769, Zehlendorf 641 und Hagenpark 60. Ein Zwerg neben diesen Nebenämtern ist das Amt Großbeeren, das nur 12 Haupt- und 3 Nebenanschlüsse zählt. Das kleinste Amt in Berliner Bezirk ist aber das Amt Rühlendeb mit nur 8 Haupt- und keinem einzigen Nebenanschluß.

#### Echt deutsch.

Der Deutsche Ostmarkenverein tut sich viel zu gute auf sein Deutschtum. Als Motto seines Wirkens hat er den Ausspruch Bismarcks erkoren: „Kein Fuß breitet deutscher Erde soll verloren gehen und ebenso soll kein Titel deutschen Rechts geopfert werden, das ist unsere Politik.“ Dieses Brüllen mit dem Deutschtum erhält eine interessante Beleuchtung, wenn man hört, in welcher skandalösen Weise dieser Verein mit seinen Angestellten verfährt in punkto Entlohnung. Im „Lokal-Anzeiger“ erschien Anfang Februar folgendes Gesuch:

Junger Mann, mit Registreurarbeiten vertraut, sofort oder 1. März gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter F. 708 Filiale Expedition d. Bl., Wilowstr. 26.

Auf dieses Inserat hin meldeten sich verschiedene Bewerber. Diesen wurde von der Geschäftsstelle des Ostmarkenvereins mitgeteilt, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt unter Vorlegung ihrer Originalzeugnisse im Bureau des Ostmarkenvereins, Augsburger Straße 1, vorzustellen. Wörtlich heißt es in dem Antwortschreiben auf die Offerte: „Wir machen darauf aufmerksam, daß die bei uns offene Stelle mit einem monatlichen Ansatze von 35 Mark verbunden ist.“

Die Zahlung von Hungerlöhnen an Angestellte scheint echt deutsche Politik zu sein.

Zum Umzug der königlichen Bibliothek. Die Generalverwaltung gibt bekannt: Am 24. Februar wird der Betrieb der Druckereiabteilung (um 3 Uhr der Zeitschriftenlesesaal, um 8 Uhr die Leihstelle und die Benutzung der Kataloge, um 9 Uhr der große Lesesaal) geschlossen. Der Zeitschriftenlesesaal ist übrigens bereits vom 10. d. Mts. an nur noch bis 3 Uhr geöffnet. Vom 25. an werden keine Bücher mehr ausgegeben; entlehnte Werke, soweit ihre Ausleihfrist nicht bis zum 24. einschließlich abläuft, werden bis zur Wiedereröffnung im neuen Gebäude nicht zurückgefordert. Können aber bis auf weiteres wochentäglich von 9 bis 3 Uhr in der bisherigen Leihstelle zurückgegeben werden. Die Einrichtung des neuen Zeitschriften- und des großen Lesesaales soll zunächst beschleunigt und die in diesem aufgestellten Handbibliothek möglichst bald wieder zugänglich gemacht werden. Die Handbibliothekabteilung, die Musik- und die Kartenabteilung verbleiben vorläufig noch in den alten Räumen in der Behrenstraße und sind bis auf weiteres noch dem Publikum zugänglich.

#### Kommune und Arbeitslosigkeit.

In der gestrigen Sitzung der gemischten Deputation zur Linderung der Arbeitslosigkeit kam es über den Antrag unserer Genossen, ohne Vergütung 300 000 M. zur Unterstützung der Ausgesteuerten in den gewerkschaftlichen Organisationen aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen, noch nicht zur Abstimmung, da man sich über die Form der Verwendung dieser Gelder noch immer nicht einig ist. Auf keinen Fall hält man die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften für geeignet dazu. Da die Mehrheit der Deputation auch bedürftige Selbständige, also Handwerksmeister und kleine Geschäftsleute aus einem solchen Fonds

unterstützt wissen will und dazu den vorhandenen Apparat der Armenverwaltung zur Auszahlung dieser Gelder zu benutzen gedenkt, sprachen sich unsere Genossen Dupont und Bloke trotz aller Erklärungen, auch des Oberbürgermeisters, daß das politische Nachteil für keinen der Unterstützungsbedürftigen haben sollte, entschieden dagegen aus, da das Odium der Armenunterstützung dem ungewissen anhaftet und jeder organisierte Arbeiter darauf verzichtet. Sie beantragten als Amendement zu einem Antrag Kelle, der sich von dem Antrage unserer Genossen dadurch unterscheidet, daß er offen läßt, wem die Unterstützung zusteht, nur müsse die Bedürftigkeit und eine mindestens einjährige Anfallsigkeit nachgewiesen werden, die Einsetzung einer besonderen sogenannten Notstandsmission, bestehend aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten unter Hinzuziehung je eines Vertreters der in Betracht kommenden gewerblichen Organisationen. Am nächsten Montag soll definitiv Beschluß gefaßt werden.

Nicht nach vier Wochen, sondern erst nach acht Wochen fand die zweite Sitzung der gemischten Deputation am Mittwoch voriger Woche statt. Dies zur Verichtigung der Notiz im „Vorwärts“ vom Freitag voriger Woche.

Falsche Einmarschkarte befinden sich zurzeit in großer Menge im Umlauf und werden fortgesetzt in den Ortshäusern der Mark Brandenburg vertrieben. Die Verbreitung dieser Falschitate ist eine um so leichtere, als sie ganz vorzüglich gearbeitet worden sind und sich weder im Klang, noch in der Prägung von den echten Münzen unterscheiden. Die Falschitate, die anscheinend auch Silbergehalt besitzen, tragen sämtlich das Prägungszeichen A und die Jahreszahl 1874. Sie sind etwas leichter als die echten Geldstücke und vor allen Dingen daran kenntlich, daß sie sich fellig anfühlen. Es wird angenommen, daß die Prägungsstelle der Falschitate sich in Berlin befindet.

Ein schwerer Unglücksfall, bei welchem drei Artilleristen zu Schaden kamen, ereignete sich vorgestern auf dem Exerzierplatz Hagenhorst, woselbst die Garde-Fußartillerie Fährübungen ausführte. Durch das Scheitern eines Gespannes wurde ein Beobachtungswagen umgeworfen und die vier auf demselben befindlichen Soldaten unter dem Wagen begraben. Zwei der Leute erlitten schwere innere Verletzungen und mußten nach dem Garnisonlazarett gebracht werden. Ein dritter trug leichtere Wunden davon und wurde, nachdem er einen Verband erhalten, als stubenkrank nach der Kaserne gebracht, während der vierte Artillerist glücklicherweise unverletzt geblieben war.

Bei der Stadtverordnetenwahl im zwölften Gemeindebezirk der zweiten Abteilung, die durch die Mandatübertragung des Stadtverordneten Fährdrich notwendig geworden war, wurde der Schuldirektor Dr. Knauer mit 745 von 1371 abgegebenen Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Hufschmitt, erhielt 626 Stimmen. Der Gewählte wird der Fraktion der alten Linken beitreten, in der Hausagrarier, Rationalliberale und andere Scheinliberale aller Art friedlich zusammensitzen.

Mit Typhus vergiftet hat sich gestern der in der Treddomstr. 65 wohnende Schuhmann Hoffmann. Längeres Kranksein soll die Ursache zu diesem Verzweiflungsschritt sein.

Wo steckt die Polizei? Ein Leser schreibt uns: Zu Ihrem Bericht in Nr. 35 — Wo die Polizei am Dienstag fehlte — möchte ich noch einen Vorgang melden, der sich am Mittwoch in der Mittagsstunde abgespielt hat. Im Norden von Berlin — am Aninplatz — fiel ein dem Handwerkerhande angehöriger Mann auf der Straße hin. Der Mann, der anscheinend die Krämpfe hatte, wurde von hilfsbereiten Passanten in das Haus Stolpische Straße 13 gebracht. Nach einem Schuhmann spähte man vergebens. Der Zufall wollte es aber, daß ein im genannten Hause wohnender Schuhmann zum Dienste mußte und sich des Mannes annahm. Da der betreffende Beamte aber selbst wenig Zeit hatte, sandte er einen Mann auf das circa 50 Schritte entfernt liegende Polizeirevier mit der Bitte, sofort einen Schuhmann zu schicken. Der Mann kam mit der Mitteilung zurück, es wäre nur ein Beamter auf der Wache und dieser müsse einen Verbrecher überwachen — darum könne keiner kommen. Der Schuhmann, der sehr schufschwillig auf seinen Kollegen wartete, schüttelte selbst verzweifelt mit dem Kopfe und die anwesenden Passanten waren über solchen Sicherheitsdienst sehr entrüstet.

Man sollte kaum glauben, daß bei einem so großen Polizeiherr, wie Berlin es hat, es möglich sein kann, daß doch an gewissen Tagen ein Mangel an Schuppleuten zu konstataren ist und meistens da, wo es sich um den wirklichen Schutz der Leute handelt.

Der Frauenmörder, über dessen Taten wir ausführlich berichteten, ist noch nicht ermittelt. Die Leiche der erstickten Droschkenkutscherin Marie Schäfer wurde vom Krankenhaus am Friedrichshain nach dem Schauhaufe gebracht und dort gestern nachmittag obduziert. Anfänglich dachte man daran, daß es der Buchdrucker Paul Minow sein konnte, der im Juli 1907 die Kinder Grete Planitz, Else Knispel und Verta Sens im Nordost der Stadt verletzete. Minow befindet sich aber, wie die Nachfrage alsbald ergab, in sicherem Gewahrsam in Wuhlgarten. Alle bisherigen Siftierungen können nicht aufrechterhalten werden, auch die eines Arbeiters D. nicht. Der Arbeiter J., der am Oranienburger Tor mit einem Messer in der Hand aufgegriffen wurde, wird nach Herzberge zurückgebracht. Ein Mädchen machte gestern vormittag Mitteilung von einem Vorgange, der es am Dienstagabend in der Kobalistrasse in Mitleidenschaft zog. Dort ging ein Mann hinter ihr her und suchte sich dicht an sie heranzudrängen. Er folgte ihr auch die Treppe zu ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung hinauf. In der Wohnung entdeckte sie, daß ihr Kleid beschmutzt war und drei Schnitte enthielt. Die Art der Beschmutzung stellt es außer Zweifel, daß der Messerstecher ein verwerd veranlagter Mensch war. Der Vorgang spielte sich abends um 8 Uhr ab. Bis 10 Uhr konnte der Mann bequem nach dem Schlesiens Busch und der Köpenicker Landstraße kommen. Die Personbeschreibung stimmt auch einigermaßen. Trotzdem ist es immer noch fraglich, ob zwischen dem Vorgang in der Kobalistrasse und dem Verbrechen am Schlesienschen Tor ein Zusammenhang besteht. Mit einer anderen Verbindung hat sich ein Droschkenkutscher gemeldet, der in der kritischen Zeit zwischen 10 1/2 und 10 3/4 Uhr mit seinem geschlossenen Wagen an der Ecke der Wäldchen- und Warschauer Straße mit der Front nach der Stralauer Allee hielt. Zu ihm kam ein junger Mann mit den Worten: „Wo ist hier ein Schuhmann?“ Auf die Frage des Kutscher, was denn geschehen sei, antwortete er, an der Hochbahn sei eine Frau gestochen worden. Der Kutscher fragte noch, weshalb er denn den Messerstecher nicht festgehalten habe, und begab sich dann mit seinem Gespann nach dem Hochbahnhof. Hier sah er, daß schon ein anderer Wagen, eine mehr geeignete offene Droschke zum Transport der Frau benutzt wurde. Es waren etwa acht Personen zugegen. Diese sollten sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei melden, vor allem aber auch der junge Mann, der den Kutscher anrief. Er hat vielleicht den Täter noch gesehen.

Vermutlich ist der Messerstecher ein Mann, der nach dem Ueberfall auf Frau Schäfer von einem anderen in dem Durchgange zwischen der Warschauer und der Rotherstraße gesehen worden ist. Dem Pförtner der Hochbahn erzählte ein junger Mann, ihm sei in diesem Durchgange ein Mann begegnet, der eiligst davonlief, während sich alle anderen um die hilflose Frau bemühten. Wahrscheinlich kann der junge Mann, der dem Pförtner die Mitteilung machte, den Flücht-

ling, den mutmaßlichen Täter, auch genauer beschreiben. Er wird deshalb erlucht, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei zu melden. Das ist um so nötiger, als die bisherigen Beschreibungen des Täters äußerst mangelhaft sind. Auch alle die Leute, die bei der Ueberführung der Frau Schäfer nach der Unfallstation und dem Krankenhaus geholfen haben oder zugegen waren, wollen sich sofort melden. Vielleicht hat der eine oder der andere doch etwas gesehen, was auf die Spur des Täters führen könnte. Die Abführung der Leiche, auch der Aneipen und Schlupfwinkel, die die Kriminalpolizei vorgestern nachmittag, im Laufe der Nacht und gestern früh wieder vornahm, blieb erfolglos. Ein Mann, der schon vor einiger Zeit einmal in Treptow angehalten wurde, kommt ebenso wenig in Betracht wie die beiden anderen.

In seinem Bureau erschossen hat sich gestern nachmittag der Expediteur Wilhelm Steinhardt, Weisbergstraße 16. St. war der Inhaber eines bekannten Expeditionsgeschäftes im Westen Berlins. In letzter Zeit trug er ein schweres Gemüths Wesen zur Schau und öfter zeigten sich Spuren von Geisteskrankheit bei ihm. Gestern nachmittag wurde er in seinem Bureau in der Kurfürststr. 90a erschossen aufgefunden. St. hatte sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe das Leben genommen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Bei einem Brand erstickt ist der 52 Jahre alte Klempnermeister Karich aus der Weihenburger Straße 47. K. wurde gestern abend von dem Hausverwalter in der verqualmten Wohnung tot aufgefunden. Der Fußboden des Wohnzimmers war in Brand geraten und K., der sich vermutlich etwas schlafen gelegt hatte, war von dem Feuer während des Schlafes überfallen worden. Man fand ihn tot in seinem Lehnstuhl. Das Feuer hatte noch keine größere Ausdehnung angenommen, da es keinen Abzug gefunden hat. Infolgedessen hatte sich ein starker Qualm gebildet, der sich bald in allen Zimmern verbreitet hatte. Die Leiche des K. wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Die Ursache des verhängnisvollen Brandes ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß aus dem Herd glühende Kohlen heraussielen und den Fußboden allmählich entzündeten.

Erbrochen worden ist nach dem Ergebnis der gerichtsarztlichen Untersuchung das neugeborene Mädchen, das am 7. d. M. in einer Notunde am Schlesienschen Tor tot aufgefunden wurde. Die Leiche war eingepackt in einen Korsettsack, dessen Deckel eine Blumenverzierung, die Abbildung eines Korsetts und in Gold die gefrorene Aufschrift Stahlfederlorscht trägt.

Ein zweiter Hennig wird am 18. d. M. in Guben vor dem Schwurgericht erscheinen. Es ist der 43 Jahre alte Kaler Albert Senger, der unter dem dringenden Verdachte steht, den 26 Jahre alten Hausdiener und Kassierer August Franke aus der Hebbellener Straße durch eine falsche Vorspiegelung im August v. J. in den Wald des Grafen Brühl bei Forst in der Niederlausitz gelockt und dort ermordet und beraubt zu haben. Franke wurde am 27. August von einem Reisigfuchser eine Meile vom Wege entfernt im Walde mit einer Schußwunde im Kopfe tot aufgefunden. Der Ermordete war zuletzt Kassierer bei der Versicherungsgesellschaft Victoria und suchte eine neue Stellung. Die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ergaben, daß ihm Senger eine schöne Stellung auf einem Schloß in der Provinz versprochen hatte. Der Verdacht gegen Senger, der aus Forst gebürtig und schwer verurteilt ist, zuletzt in Kiel mit Justizhaus, wurde durch die weiteren Nachforschungen so stark, daß die Anklage wegen Raubmordes erhoben wurde. Das Verbrechen erinnert in der Anlage des Planes und den Einzelheiten der Ausführung ganz an die Ermordung des Kellners August Sternath durch den später hingerichteten Lederarbeiter Rudolf Hennig im Grunewald.

Zeugen gesucht. Am 28. November 1907, abends gegen 10 Uhr, kam es zwischen dem Schmied Otto Schulze und einem Bahnsteigschaffner zu einem Zusammenstoß an der Fahrartenperre beim Aufgang zum Ringbahnhof Schönhauser Allee. Der Beamte, der beschuldigt war, den Schulze bei dieser Gelegenheit mit der Willeitzunge über den Kopf geschlagen und ihm Verletzungen beigebracht zu haben, ist in einem Strafverfahren freigesprochen, und es ist gegen Schulze ein Meineidsverfahren eingeleitet worden. Dem Vorfall hat eine größere Anzahl Personen beigewohnt. Augenzeugen werden dringend ersucht, ihre Adresse sogleich dem Verteidiger Schulzes, Rechtsanwalt Dr. Ostasohn, Berlin, Landsberger Straße 58, mitzuteilen.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus soll vom 1. April ab für die Klasse III durchweg um 50 Pfennig erfolgen. Die Sätze werden demnach betragen: für Erwachsene 8 M. pro Tag für Einheimische und 8,50 M. für Auswärtige, für Kinder 2,50 M. für Einheimische und 3 M. für Auswärtige, Kranke in der I. Pflegeklasse 16 M. für Einheimische und 21 M. für Auswärtige, in der II. Pflegeklasse 7,50 M. für Einheimische und 12 M. für Auswärtige. Das Krankenhaus hat gegenwärtig 325 belegbare Betten. Die durchschnittliche tägliche Belegung wird nach den bisherigen Betriebsergebnissen angenommen, so daß vorhanden sind: 300 Erwachsene, 36 Kinder, 2 Kranke I. Pflegeklasse und 15 Kranke II. Pflegeklasse. Hiernach sind an Kur- und Verpflegungskosten zu berechnen 308 862 M., mehr gegen das Vorjahr 60 714 M. Von diesem Betrag entfallen allein 40 000 M. auf die hiesige Ortskrankenkasse. Die Folge der Erhöhung der Sätze wird sein, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber nachmals, obwohl es gar nicht allzu lange her ist, zu den Kosten des Ausgleiches herangezogen werden müssen, wenn es der Klasse nicht gelingt, diesen Schlag auf eine andere Weise von ihren Mitgliedern abzuwenden. Mit dieser Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten beabsichtigt der Magistrat zweifellos einen Druck auf die Gemeinden auszuüben, die es bis jetzt verstanden haben, um den Bau eines eigenen Krankenhauses herumzukommen.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch zunächst die Delegierten zu dem außerordentlichen Brandenburgischen Städtetag, der am Sonnabend in Berlin stattfindet und sich mit dem Lehrerbefolgungsgesetz sowie mit dem Gesetzentwurf betr. Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten befaßt. Die Wahl fiel u. a. auf unsere Genossen Girlich und Will.

Die Vorlage betr. Stiftung eines neuen Stadtpreises für den Charlottenburger Schwimmverein gelangte unter Ablehnung eines Antrags Geberl (Goz.) auf Vertagung zur Annahme. Die Ablicht des Vertagungsantrages ging dahin, erst festzustellen, welche Kreise der Bevölkerung von dem Verein Vorteil haben.

Von verschiedenen Vorlagen, die die Nachbewilligung von Mitteln zum Zweck haben, seien besonders die betr. die Nachbewilligung von weiteren 65 000 M. für die Charlottenburger Brücke und die betr. Nachbewilligung von 43 150 M. für den Armenetat genannt. Erstere veranlaßte unseren Genossen Zietzsch, in nicht mißzuverstehender Weise die gewaltigen Schädigungen anzudeuten, die der Stadt daraus entstehen, daß die Entwürfe wiederholt auf Wunsch des Kaisers abgeändert sind. Der sozialdemokratische Redner wandte sich nicht nur aus etatsrechtlich-moralischen Gründen gegen die Bewilligung der Mittel, sondern übte auch abfällige Kritik an diesem neuesten „Kunstwerk“. Natürlich ohne Erfolg, die Mehrheit stimmte dem Magistratsantrage zu. Für die Nachbewilligungen im Armenetat traten auch die Sozialdemokraten ein, nachdem Genosse Girlich in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer vorbeugenden Armenpflege betont und vor



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 12. Februar:**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Einfonten-  
konzert der Königl. Kapelle.  
**Königl. Schauspielhaus.** Wilhelm  
Tell.  
**Deutsches.** Die Lehrerin.  
Kammerstücke. Der Graf  
von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.)  
**Neues Schauspielhaus.** Faust.  
I. Teil.  
**Leffing.** Kohlenholm.  
**Thalia.** Wo wohnt sie denn?  
Anfang 8 Uhr.  
**Romische Oper.** Tosca.  
**Berliner.** Einer von unsrer Leut.  
**Neues.** Die fremde Frau.  
**Kleines.** Moral.  
**Hebbel.** Revolutionshochzeit.  
**Lustspielhaus.** Seine kleine Freundin.  
**Reichshallen.** Kammere dich um Amelie.  
**Schiller.** O. Wallner-Theater.  
**Gottsche.** Sueder.  
**Schiller.** Charlottenburg. Charleys  
Tante.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Lumpen-  
vogelbandus.  
**Westen.** Der tapfere Soldat.  
**Luisen.** Das Mädchen auf Irrwegen.  
**Trianon.** Der Sahr.  
**Neues Operetten.** Die Dollar-  
prinzessin.  
**Berliner Operetten-Theater SW.**  
Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Bernhard Rose.** Das Warenhaus-  
Fräulein.  
**Gastspiel-Theater.** Ein toller  
Einfall. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Karth  
Gebrüder Herrschel. Die beiden  
Bindelhands.  
**Wpoko.** Onkel Kasimir. Spezialitäten.  
**Metropol.** Donnerwetter - tadellos!  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Carl Götterland.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Volthalla.** Spezialitäten.  
**Hebbel Caprice.** Servus Pöbelina.  
Lustige Ehemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Kasino.** Augland. Spezialitäten.  
**Gustav Behrens.** Tobias Braut-  
fahrt. Spezialitäten. Anfang  
8 1/2 Uhr.  
**Parodie.** Der geschundene Hand-  
ritter. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Urania.** Taubentruhe 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis  
Korfu.  
**Sternwarte.** Inballdenstr. 57/62.

**Lessing-Theater.**  
Freitag 7 1/2 Uhr: Jöben - Jöfus,  
lebende Vorstellung: Rosamund.  
Sonntag 8 Uhr: Der König.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr:  
Einer von unsrer Leut'.  
Morg.: Herodes und Marianna.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die fremde Frau.**  
(La femme X...)  
Morgen und folgende Tage: Die  
fremde Frau.  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der tapfere Soldat.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
Freitag, 12. Februar, Anfang 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Lumpenvogelbandus.**  
Sonntag: Husarenlieder.  
**Hebbel-Theater**  
Königsdröber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.  
**Revolutionshochzeit.**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Scheffebauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.  
**Residenz-Theater.**  
- Direction: Richard Alexander. -  
Abends 8 Uhr:  
„Kammere dich um Amelie.“  
Schwank in drei Akten (vier Bildern)  
von Georges Feydeau.  
Morgen u. folgende Tage: Kammere  
dich um Amelie.  
Sonntag, 14. Februar, nachm. 3 Uhr:  
Ferrool. Schauspiel in 4 Akten von  
Gardou.  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Mädchen auf Irrwegen.**  
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-  
vorstellung: Kottkappchen. Abends:  
Die Ehe.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die  
Kinder des Kapitän Grant. Abends:  
Das Mädchen auf Irrwegen.  
Montag: Epiphonie.

**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147.  
Sonntag, den 14. Februar 1909:  
Gastspiel des Berliner Operetten-Ensemble  
unter Leitung von Carl Grubin.  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Beantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter - tadellos!**  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Frouad.  
Musik von Paul Lincke. Regie  
Direktor Schultz.  
**Hansary - Perry**  
**Holden - Bender**  
**Glampietro - Kettner**  
**Pfann - Thielischer.**

**Wintergarten**  
Abends 8 Uhr:  
**Hedi Herdina**  
in ihrer Glanznummer  
**Hoch der Kaviar!!**  
Dazu das  
glänzende Februar-Programm.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Einz. König Eduards v. England  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Onkel Casimir**

**Passage-Theater.**  
Heute Premiere!  
**Hanako**  
Japans größte Schauspielerin, mit  
ihrem Ensemble in  
**Otaka**  
Dramolet in 1 Akt  
und das großartige  
**Februarprogramm.**  
Keine erhöhten Preise!  
Vorverk. bei Worthalm u. a. d.  
Theaterkasse Untor d. Linden 22.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24, 2 Minuten vom  
Bahnhof Döber.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Das gänzlich neue  
**Februar-Programm.**  
**12 Debüts 12**  
Neu! Neu!  
**Der arme Kasimir.**  
Schwank in 1 Akt v. Schmidt-Greif.  
Familienkurten, auf allen  
Plätzen halbe Preise, nur  
am Wochentagen gültig,  
überall gratis zu haben.

**Brunnen-Theater**  
Bodstraße 58. Direction: Willi Voigt.  
Freitag, den 12. Februar 1909:  
**Gewonnene Herzen.**  
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von  
Gugo Müller.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
O. (Wallner-Theater.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Kontesse Guckerl.**  
Lustspiel in 3 Akten von Franz von  
Schönthan und Franz Koppel-Wald.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Herr Ministerialdirektor.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Ein Volksfeind.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Charleys Tante.**  
Schwank in 3 Akten von Brandon  
Thomas.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Jungfrau v. Orleans.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Ein Volksfeind.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Julius Caesar.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**

**Brauerei Friedrichshain.**  
Heute Freitag: Elltotag.  
**Gr. Münchener Bock-Feste**  
Berühmtester Festwirt  
**Schorsch Ehrengreber** aus  
München  
mit seiner Original-Oberlandler-Truppe  
(60 Personen).  
Heute Freitag:  
**Gratisverlosung von ca. 400 Gegenständen.**  
Jedes vierte Los gewinnt.  
Jeder Besucher erhält an der Kasse  
ein Los gratis. Entree 20 Pf.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Seine kleine Freundin.**  
**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Warenhaus-Fräulein**  
Wochentagspreise.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Die  
Königskinder. (Am Abend bleibt  
das Theater geschlossen.)

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von Abbazia bis Korfu.**  
**Gastspiel-Theater**  
Königsdröber Straße 68. Anf. 8 1/2 Uhr:  
**Ein toller Einfall.**

**Passage-Panoptikum.**  
Neu! Neu!  
**Singhalesen.**  
Gaukler-Truppe  
in ihr wilden Heimatstreifen  
**Salome.**  
**das blaue Weib.**  
O. Opfer unbarbar. Tätowation.  
Alles ohne Extra-Entree.  
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

**Bürgerliches Schauspielhaus**  
Kastanienallee 7-9.  
Heute zum erstenmal:  
**Narzis.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Draßboger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Sonntag nachm.: Othello. Abends:  
Narzis. Montag: Der Goldbauer.

**Walhalla-  
Varieté-Theater**  
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.  
Anfang 8 Uhr. Die neuen  
Februar-Spezialitäten.  
Im Tunnel: Bockbierfest. Regi-  
mentstanz. Theaterbel. freien Eintr.

**Gebrüder  
Herrnfeld-**  
Anfang Theater. Vorverk.  
8 Uhr. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Heute Freitag, 12. Februar,  
sum 135. Mal:  
**Die beiden  
Bindelhands**  
dazu neuer Variétéstoll  
5 Greblets - Lyrico-  
Quartett - Diederich  
Ulpts - Georg Schindler  
Les Astrées.

**Gebrüder  
Herrnfeld-**  
Anfang Theater. Vorverk.  
8 Uhr. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Heute Freitag, 12. Februar,  
sum 135. Mal:  
**Die beiden  
Bindelhands**  
dazu neuer Variétéstoll  
5 Greblets - Lyrico-  
Quartett - Diederich  
Ulpts - Georg Schindler  
Les Astrées.

**Warum wollen Sie gleiche Preislagen anderer Fabrikate teurer bezahlen, wenn Sie 10 Stück JOSETTI VERA CIGARETTEN für 30 Pfg. kaufen können. Es gibt viele Marken, die teurer und doch qualitativ geringer sind. Josetti Vera m. u. o. M. 10 Stück 30 Pfg.**

**Zirkus Schumann**  
Heute Freitag, den 12. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große komische Vorstellung.**  
Nur kurzes Gastspiel:  
**Tiberio**  
der Mann mit den eisernen Mus-  
keln. Tiberio bricht jede  
Kette. Ringkampf mit dem  
Sitter.  
**Schimpanse Pael**  
als Kunstradfahrer.  
**4 Regals.**  
Clown Armando mit seinem  
Tiergärtner und  
**boxende Känguruh.**  
Um 9 1/2 Uhr:  
Das Wanege-Pracht-Schauspiel  
**Gold, Meeräuber.**  
Sonntag, 14. Februar: Zwei  
Vorstellungen.

**W. Noacks Theater**  
Direction: Rob. Dill. Oranienstr. 16.  
Auf allgemeinen Wunsch:  
**Flaur, die werte Frau.**  
Schausp. n. d. belam. Mariti-Roman.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntag Extravort. Premiere:  
Winklerfrisen.

**Parodie-Theater.**  
Dresdenerstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Täglich:  
**Der geschundene  
Raubritter.**

**Königstadt-Kasino.**  
Volgmarktstr. 72.  
Täglich: Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Auffreten erklaffiger Kräfte.  
**Frans Sobanski**  
Chiggi Chigetti. - Joe de Diaz.  
Kola Girella. - Jim und Jam.  
**Riesen-Erfolg!**  
Liebsraueumlich.  
Operette in 1 Akt.  
Anf. d. Vorf. 8. Sonntag 8 1/2 Uhr.

**Folies Caprice.**  
Zum 61. Male:  
**Ein lediger Ehemann.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Sensationell!  
**Rußland.**  
Aktuell!  
**Rußland.**  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.  
**Theater Variété Brillant**  
(City-Passage)  
Dresdener Str. 52/3 Annonci. 42/3  
Täglich: Auffreten von nur er-  
klastigen Spezialitäten bei gän-  
zlich freiem Eintr. auch Son-  
tag. Sonntag und Sonntag  
nach der Werkf.: Gr. Freitag.  
Kinematograph.

**Seidler als Palast**  
Ständige Eisbahn.  
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.  
**Konzert und  
Kunstlaufen.**

**XIV. Saison!**  
**Zirkus Busch.**  
Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Gala-Vorstellung**  
Um ca. 9 Uhr:  
Auffreten des weltberühmten  
**Konsul Peter!**  
Die Vieilles!  
Olympia Dervall!  
Ferner: Herr Burkhards-Football,  
Schulreiter, Herr G. Schumanns  
Reiterdress, Bourgeois u. Ranetti,  
Reitkünstler. Um ca. 9 1/2 Uhr:  
**Auswanderer!**  
sowie das große Programm!

**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 6.  
Direction Wilhelm Reimer.  
Jeden Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns  
Norddeutscher Sänger**  
u. Tanzkränzchen.  
Einakter, Ensembleszenen.  
Aktuelle Vorträge in Wort  
und Lied usw.  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß:  
**Der Kompagniebalk.**  
Militärische  
Humoreske  
von Meyssol.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonnt. 7 U.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
Große Frankfurter Str. 136.  
Medizinische Bäder aller Art  
in werktätlich ununterbrochen ge-  
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen  
466 L. und Herren.  
3 Wannenbäder mit je 2 Hand-  
töchern 75 Pf. (40 Minuten Badeseit.)  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Prachvolles Haar**  
erhält jede Dame mit  
**Haarblondin**  
entwickelt beim Waschen  
**Sauerstoff,**  
d. h. die Lebenskraft aller Organismen,  
also auch der Haare.  
Haarblondin entfernt jede Spur von  
Schwefelabsonderung, Schuppen und  
Schuppen, öffnet die Poren, erweitert  
die Kapillaren und befördert das Wach-  
stum der Haare. Soll Haarblondin die  
Haare reinigen, die Farbe aber nicht  
verändern, so wäscht man nur 5 bis  
10 Minuten. Wünscht man hingegen  
feinen Haaren einen hellern Farbton  
zu geben, so wäscht man dieselben  
mindestens 1/2 Stunde lang und  
wiederholt eben, bis der gewünschte  
Farbton erreicht ist.  
Haarblondin macht die Haare glänzend  
und seidenschön; es verleiht das  
Spektrum und Reichtum der Haare und ist  
garantiert unschädlich.  
Zu haben in Parfüm- u. Drogerien  
Glas dort nicht zu haben, wenden  
Sie sich an den Fabrikanten:  
**Fritz Kratz, Drogenhaus,**  
Berlin N. - Tempel. II. 201.  
Reinholdsdorfer Straße 110.

**Zum 100. Geburtstag**  
von  
**Charles Darwin**  
empfehlen wir die Werke seiner  
Schriften:  
**Die Abstammung des Menschen**  
(Vollausgabe) 1 M.  
**Die geschlechtliche Zuchtwahl**  
(Vollausgabe ca. 800 S.) 1 M.  
**Die Entstehung der Arten durch  
natürliche Zuchtwahl**  
(Vollausgabe 300 S.) 1 M.  
**Die Abstammung des Menschen und  
die geschlechtliche Zuchtwahl**  
in 1 Bd., geb. 4,20 M.  
**Die Entstehung der Arten durch  
natürliche Zuchtwahl**  
(Ausgabe Hensel) geb. 3,20 M.  
**Reisereisebuch über die während  
der Weltumsegelung berührten  
Länder**  
(Ausgabe Hensel) geb. 2,70 M.  
Ferner verdienen wir auf die neu  
erschienenen Schrift  
**Darwin.**  
Seine Bedeutung im Ringen  
um Weltanschauung und Lebens-  
wert.  
Sechs Aufsätze von  
Wilhelm Bißchofs Bruno Wille  
Eduard David Max Apol  
Rud. Penzig Friedr. Naumann  
Preis 1 M.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW.  
Lindenstr. 69, Laden.